



#dp25

Digitalprogramm des Landes Brandenburg 2025

Digital. Vernetzt. Gemeinsam.

Impressum

Herausgeber

Landesregierung Brandenburg
Staatskanzlei
Referat 42
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

E-Mail: digitales@stk.brandenburg.de
Internet: www.stk.brandenburg.de

Redaktion

Referat 42 „Digitale Gesellschaft“
Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Gestaltung

BlockDesign – Agentur für Kommunikation

Bildrechte

Rainer Weisflog
Porträt Benjamin Grimm: Volker Tanner/Staatskanzlei
S. 40: De Visu/Shutterstock

Druck

Landesvermessung und Geobasisinformation
Brandenburg (LGB)

Stand

Barrierefreie Version, Juli 2022

<https://digitalesbb.de/>



*Diese Publikation darf nicht während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift den Empfänger*innen zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.*

#dp25

Digitalprogramm des Landes Brandenburg 2025

Digital. Vernetzt. Gemeinsam.





»Den digitalen Wandel zu gestalten ist eine Kernaufgabe für uns alle. Mit dem Digitalprogramm Brandenburg gehen wir sie beherzt an. Damit stellen wir die Weichen dafür, dass Bildung, Wirtschaft, öffentliche Daseinsvorsorge aber auch Kultur und zivilgesellschaftliches Engagement in Brandenburg zukunftsfester werden. Packen wir die digitale Transformation unseres Landes gemeinsam an!«

Dr. Benjamin Grimm

Digitalisierung gemeinsam gestalten. Für Brandenburg und seine Menschen.

Der Videochat via Messenger-App, die Suchmaschine im Internet oder das Smartphone als ständiger Begleiter – unser Alltag ist durchdrungen von digitalen Technologien, die uns bei unseren Aufgaben unterstützen, Informationen liefern und uns mit anderen Menschen vernetzen. Die Digitalisierung ist damit eine große Chance für jede und jeden Einzelnen – aber auch für uns als Gesellschaft.

Als Landesregierung verstehen wir die Digitalisierung als einen Wandlungsprozess, der nahezu alle Lebensbereiche umfasst. Sie schafft neue Entwicklungsmöglichkeiten für unser Land Brandenburg, seine Bürgerinnen und Bürger und eröffnet Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft vielfältige Chancen. Die Corona-Pandemie hat uns zudem vor Augen geführt, dass Digitalisierung die Krisenfestigkeit von Staat und Gesellschaft stärkt. Aber ganz klar: Die Corona-Pandemie hat auch schonungslos bestehende Schwächen aufgezeigt.

Aus diesen Erfahrungen lernen wir und nehmen die notwendigen Weichenstellungen vor. Um die großen Potenziale der Digitalisierung für jede und jeden Einzelnen, die Gesellschaft insgesamt, die Wirtschaft und eine moderne Verwaltung zu heben, gehen wir mit dem Digitalprogramm 2025 nun einen wichtigen nächsten Schritt.

Es ist ein handlungsorientiertes Programm für die Gestaltung der digitalen Transformation in Brandenburg bis zum Jahr 2025. Es beinhaltet Vorhaben, die eine große Relevanz für den Digitalisierungsfortschritt unseres Landes haben, und fasst sie in ressortübergreifenden Maßnahmenbündeln zusammen: vom Ausbau digitaler Infrastrukturen bis zum Aufbau digitaler Kompetenzen, von der Stärkung der digitalen Barrierefreiheit und bis zur Förderung der Digitalisierung in Bildung und Kultur, von der Unterstützung einer lokalen

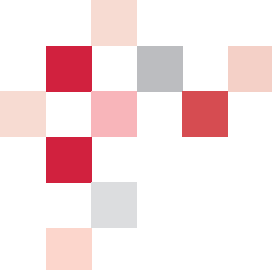
digitalen Wirtschaft bis hin zur digitalen Erziehung der Verwaltung. Mit dem Digitalprogramm verstärken wir so den gemeinsamen Nutzen zwischen den Ressorts und ihren verschiedenen Digitalvorhaben.

Mehr noch: Wir wollen die Gestaltung der Digitalisierung in unserem Land in Zukunft noch besser und effektiver koordinieren und steuern. Dafür werden wir gemeinsam Konzepte entwickeln, wie wir unsere Digitalisierungsausgaben erfassen, flexible Finanzierungsmechanismen für Digitalvorhaben schaffen und die Digitalkompetenzen in der Landesverwaltung weiter stärken können. Das Digitalprogramm 2025 ist damit nicht nur Meilenstein, sondern auch Auftakt für eine aktive, zukunftsorientierte Digitalpolitik in Brandenburg.

Digitalisierung lebt von der Vernetzung und dem konstruktiven Austausch von Lösungsansätzen und Positionen. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Digitalprogramm haben uns zahlreiche Ideen und Erfahrungen erreicht. Dafür mein Dank allen, die sich beteiligt haben. Sie haben uns viele Impulse gegeben und dazu beigetragen, dass das Digitalprogramm an vielen Stellen noch konkreter und besser wurde. Auch für die Umsetzung des Digitalprogramms möchte ich Sie einladen, unsere Digitalpolitik kritisch und konstruktiv zu begleiten. Lassen Sie uns die Digitalisierung in Brandenburg gemeinsam gestalten.



Ihr
Dr. Benjamin Grimm
Staatssekretär in der Staatskanzlei des
Landes Brandenburg und Beauftragter für
Medien und Digitalisierung



Inhalt

Das Digitalprogramm des Landes Brandenburg 2025	1
Einleitung	3
Der Beteiligungsprozess zum Digitalprogramm 2025	5
Digitalisierung in Brandenburg	7
1. Der Rahmen für die Digitalpolitik: Resilienz, Raumstrukturen, Infrastrukturen und Technologie	10
1.1 Digitale Resilienz	12
1.2 Digitaler Raum	14
1.3 Digitale Infrastruktur	19
1.4 Digitale Technologien	21
2. Maßnahmenbündel für die digitale Transformation	27
2.1 Digitales Leben	27
Maßnahmenbündel I: Digitale Kompetenzen in allen Lebensphasen sicherstellen	27
Maßnahmenbündel II: Teilhabe an und durch Digitalisierung ermöglichen	36
2.2 Digitale Gesellschaft	41
Maßnahmenbündel III: Daseinsvorsorge durch digitale Angebote stärken	41
Maßnahmenbündel IV: Gesellschaftlichen und kulturellen Austausch im Digitalen fördern	49
Maßnahmenbündel V: Nachhaltigkeit durch digitale Instrumente unterstützen	52
Maßnahmenbündel VI: Die digitale Transformation der Wirtschaft fördern	56
2.3 Digitaler Staat	61
Maßnahmenbündel VII: Verwaltung und ihre Dienstleistungen modernisieren	61
Maßnahmenbündel VIII: Hoheitliche Aufgaben digital erfüllen	72

3. Gestalten und Verwalten: Der Weg zur Umsetzung des Digitalprogramms

3.1	Steuerung und Koordination	79
3.2	Finanzierung und Personal	81
3.3	Kommunikation und Dialog	83
3.4	Ausblick	84

4. Anhang

I	Vorhaben aus dem #dp25	86
II	Gremien und Akteure der Digitalkoordination in Brandenburg	102
III	Wichtige Dokumente für die Digitalpolitik in Brandenburg	103
IV	Digitalisierungsstrategien der Ministerien und der Staatskanzlei	104
V	Verzeichnisse	105



Das Digitalprogramm des Landes Brandenburg 2025 (#dp25)

Das Wichtigste in Kürze

Mit dem Digitalprogramm 2025 (#dp25) des Landes Brandenburg legen wir ein praxisorientiertes Programm für die Gestaltung der digitalen Transformation bis zum Jahr 2025 vor, das die spezifischen Besonderheiten des Landes in Raum-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstrukturen widerspiegelt. Die Vorhaben der Landesregierung für die digitale Transformation haben wir in acht Maßnahmenbündeln zusammengefasst:

Maßnahmenbündel I:

Digitale Kompetenzen in allen Lebensphasen sicherstellen

Um am digitalen Leben teilnehmen zu können, sind digitale Kompetenzen unverzichtbar. Daher stellen wir für alle Bürger*innen unseres Landes die Zugänge zum Erwerb digitaler Kompetenzen sicher. Dies umfasst Schulen und Hochschulen sowie Weiterbildungs- und soziale Einrichtungen. Die Schul-Cloud Brandenburg, eine digitale Lernumgebung für Lehrkräfte und Schüler*innen, ist eine von verschiedenen Maßnahmen, die wir in diesem Feld umsetzen.

Maßnahmenbündel II:

Teilhabe an und durch Digitalisierung ermöglichen

Alle Bürger*innen in Brandenburg sollen aktiv am politischen, kulturellen und sozialen Leben teilnehmen können. Wir legen einen Fokus auf die Verfügbarkeit und die Qualität der Zugänge zu digitalen Angeboten und ermöglichen damit digitale Teilhabe und Inklusion für alle Bevölkerungsgruppen. Mit dem

Projekt „Smart Surfen“ stärken wir beispielsweise die digitale Verbraucherkompetenz für ältere Menschen und andere Verbrauchergruppen.

Maßnahmenbündel III:

Daseinsvorsorge durch digitale Angebote stärken

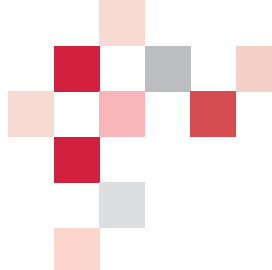
Die Daseinsvorsorge ist zentral für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und eine hohe Lebensqualität in ländlichen und urbanen Räumen. Wir heben die Potenziale digitaler Anwendungen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge und gestalten Angebote und Kommunikation zwischen Staat und Bürger*innen neu. So soll unter anderem im Rahmen des Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus (IUC) ein digital unterstütztes Netzwerk der Gesundheitsakteure in der Lausitz entstehen.

Maßnahmenbündel IV:

Gesellschaftlichen und kulturellen Austausch im Digitalen fördern

Der Aufbruch in eine digitale Kulturlandschaft Brandenburgs hat durch die Covid-19-Pandemie einen kräftigen Schub erfahren. Unser zentrales Anliegen als Landesregierung ist es nun, der Dynamik dieser Entwicklung weiteren Aufwind zu verleihen und den Kultursektor bei der strategischen Aufstellung und der Anwendung digitaler Technologien zu unterstützen. Weiterhin fördern wir Projekte von Archiven, Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten und der Denkmalpflege, um unser kulturelles Erbe digital zu sichern und zugänglich zu machen.

Abbildung links: Die „Schul-Cloud Brandenburg“ und Informatik-Projekte an zahlreichen Brandenburger Schulen, wie beispielsweise hier am Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium in Forst, fördern die digitalen Kompetenzen



Maßnahmenbündel V:

Nachhaltigkeit durch digitale

Instrumente unterstützen

Digitalisierung kann nachhaltigeres Wirtschaften fördern und helfen, die Umwelt- und Klimaschutzziele der Regierung zu erreichen. Vor diesem Hintergrund wollen wir Brandenburgs Rolle in der digitalen Forst- und Landwirtschaft ausbauen und Unternehmen sowie Wertschöpfungsketten bedarfsorientiert digitalisieren. Mit dem Digitalen Arten-Monitoring erheben wir zudem gemeinsam mit Bürger*innen und Fachleuten den Bestand geschützter und invasiver Arten in Brandenburg.

Maßnahmenbündel VI:

Die digitale Transformation der Wirtschaft fördern

Unternehmen stehen kontinuierlich vor der Aufgabe, die eigene Zukunftsfähigkeit zu sichern und den neuen digitalen Gegebenheiten anzupassen. Wir nehmen die Bedarfe und Sorgen der einzelnen Branchen ernst und stellen Hilfen für den digitalen Strukturwandel bereit. Wir sehen Kompetenzzentren, Experimentierräume und digitale Orte als wichtige Infrastrukturen für die Innovationskultur Brandenburgs und unterstützen Gründungen von Start-ups, zum Beispiel durch das Programm „Gründung innovativ“.

Maßnahmenbündel VII:

Verwaltung und ihre Dienstleistungen modernisieren

Wir wollen interne Strukturen und Prozesse verbessern und die Effizienz der Brandenburgischen Verwaltung durch digitale Arbeits- und Ablaufprozesse erhöhen. So sollen die

von Bürger*innen und Wirtschaft benötigten Verwaltungsleistungen qualitativ hochwertig und schnell bereitgestellt werden. Außerdem stellen wir nicht-personenbezogene Daten der Verwaltung als Open Data zur Verfügung und unterstützen damit die Forschung sowie die Entwicklung datenbasierter Geschäftsmodelle.

Maßnahmenbündel VIII:

Hoheitliche Aufgaben digital erfüllen

Wir treiben die Digitalisierung im Einsatzbereich des Justiz- und Polizeiwesens voran und wollen die digitale Transformation dafür nutzen, bundesweite Strukturen zu harmonisieren. Wir stärken digitale Instrumente im gesamten Verlauf von Gerichtsverfahren, um die Arbeit für alle Beteiligten zu erleichtern und ein Mehr an Transparenz zu erzeugen. Die flächendeckende Einführung der elektronischen Verfahrensakte (E-Akte) in der Justiz ist eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre.

Die enorme Innovationsgeschwindigkeit digitaler Technologien erfordert einen digitalen Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung. Bei der Umsetzung des Digitalprogramms sollen uns eine verbesserte Koordination, flexibler einsetzbare Ressourcen, gestärkte Digitalkompetenzen in der Landesverwaltung sowie mehr Transparenz und Kommunikation helfen, mit immer neuen Herausforderungen umzugehen. Wir erarbeiten ressortübergreifend Ansätze und Konzepte, um sowohl die Finanzierung als auch die Personalausstattung im Digitalbereich weiterzuentwickeln. Das betrifft auch die Stärkung der Digitalkompetenzen der Landesbediensteten.

Einleitung

Mit dem **Digitalprogramm 2025 (#dp25) des Landes Brandenburg** legen wir als Landesregierung ein praxisorientiertes Programm für die Gestaltung der digitalen Transformation bis zum Jahr 2025 vor. Die bisherige Landesdigitalisierungsstrategie von 2018 wird mit dem Digitalprogramm konzeptionell weiterentwickelt und in Bezug auf konkrete Vorhaben aktualisiert. Grundlage für die Entwicklung dieses Digitalprogramms sind die Evaluation der Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg im Jahr 2020, die Digitalisierungsstrategien aller Ressorts, die zwischen 2020 und 2021 erarbeitet wurden, und die Anregungen, die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Digitalprogramm 2025 von Bürger*innen, Verbänden und anderen Organisationen gegeben wurden.

Für uns als Landesregierung ist klar, dass der Mensch¹ im Mittelpunkt der Digitalisierung steht. Der Einsatz digitaler Technologien, um die Lebensqualität in allen gesellschaftlichen Bereichen zu steigern, kann jedoch nur gelingen, wenn sich die Digitalisierung an den Zielen einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung orientiert. Dabei werden Verbraucher- und Datenschutz sowie Informationssicherheit immer mit in den Blick genommen. Nur mit einem Höchstmaß an Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt können digitale Produkte, Dienstleistungen und neue Anwendungen langfristig Erfolg haben.

Das vorliegende Digitalprogramm haben wir entlang von **drei Leitebenen** strukturiert, um unterschiedliche **Nutzer- und Zielgruppen** der Digitalisierung noch stärker in den Mittelpunkt zu rücken:

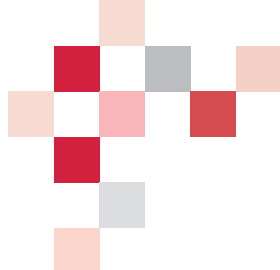
→ Digitales Leben

Wir wollen jedem einzelnen Menschen in Brandenburg die Möglichkeit geben, am digitalen Transformationsprozess teilzunehmen und ihn mitzugestalten. Grundlegende Voraussetzung dafür sind bedarfsgerechte Zugänge, die individuelle Vermittlung digitaler Kompetenzen und die Sicherstellung von Barrierefreiheit im weitesten Sinne für jede und jeden Einzelnen. Damit wollen wir die Teilhabe aller Brandenburger*innen am digitalen Leben gewährleisten und proaktiv fördern. In der Leitebene **Digitales Leben** nehmen wir diese Aspekte auf und legen den Fokus auf individuelle Bedürfnisse, die Wirkung der Digitalisierung auf den Menschen und den praktischen Lebensalltag.

→ Digitale Gesellschaft

Zentrale gesellschaftliche Bereiche wie Mobilität, Gesundheit, Kultur, Bildung und Umwelt bieten Raum für digitale Innovationen und können zu effizienteren, bedarfsorientierten Angeboten für die Gemeinschaft oder verschiedene gesellschaftliche Gruppen führen. Damit kann auch die öffentliche Daseinsvorsorge vor allem in ländlichen Räumen verbessert und weiterentwickelt werden. Durch vernetzte Strukturen im Gesundheitswesen, digitalisierte, bedarfsorientierte Mobilitätsangebote und virtuelle Zugänge zum kulturellen Erbe Brandenburgs, um nur einige Beispiele zu nennen, wollen wir die Digitalisierung in den Dienst der Gemeinschaft stellen und die **Digitale Gesellschaft** befördern. Hier stehen kollektive Bedürfnisse und Entwicklungsprozesse im Vordergrund.

¹ Im vorliegenden Dokument werden personenbezogenen Bezeichnungen mithilfe eines Sternchens gendergerecht formuliert. Alle Bezeichnungen gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.



→ Digitaler Staat

Durch die Digitalisierung unserer Verwaltungen und ihrer Prozesse, oft als Binnendigitalisierung bezeichnet, schaffen wir die Voraussetzungen für einen effizient und effektiv arbeitenden **Digitalen Staat**. Im Sinne eines bürgerzentrierten E-Governments wollen wir unsere Angebote und Dienstleistungen zum Wohle aller Bürger*innen Brandenburgs benutzerfreundlicher und transparenter gestalten. Hier steht die digitale Weiterentwicklung staatlicher Angebote und Organisation für die Bürger*innen des Landes im Vordergrund. Zudem wollen wir durch innovative digitale Prozesse und Anwendungen unsere staatlichen Organe, wie Polizei und Justiz, modernisieren.

Die drei Leitebenen **Individuum – Gesellschaft – Staat** stehen für den unterschiedlichen Zugang der jeweiligen Nutzergruppen zu Digitalisierungsthemen und damit verbunden für verschiedene Bedarfe und Instrumente, um diese zu adressieren. Entlang der Leitebenen haben wir daher ressortübergreifende Maßnahmenbündel entwickelt, die gezielt die drei Dimensionen der digitalen Transformation adressieren.

In den letzten Jahren wurde zudem deutlich, dass Digitalpolitik für die räumliche Entwicklung eine wichtige Rolle spielt. In einem dünn besiedelten Flächenland wie Brandenburg denken wir deshalb die Wirkung der Digitalisierung auf **Raum- und Siedlungsstrukturen** stets mit. Darüber hinaus hat die **Digitale Resilienz** an Bedeutung gewonnen. Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass digitale Anwendungen und IT-Infrastrukturen essenziell sind, um in Krisenzeiten die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten. Nun gilt es, aus den Erfahrungen der Pandemie zu lernen und die Krisenfestigkeit des Staates weiter zu stärken.

Als Landesregierung verstehen wir Digitalpolitik als Modernisierungs- und Gestaltungsaufgabe auf allen Ebenen. Dafür pflegen wir einen dezentralen, koordinierten und kooperativen Ansatz. Diverse Akteure müssen miteinander verzahnt, ein transparenter Informationsfluss organisiert und knappe Ressourcen effizient genutzt werden, damit Digitalpolitik als Aufgabe der gesamten Landesregierung gelingt. Im Kapitel „Gestalten und Verwalten“ zeigen wir auf, wie die Digitalpolitik im Land Brandenburg in diesem Sinne weiterentwickelt wird.

Digitalpolitik ist zudem eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, die weit über 2025 hinausreichen wird. Niemand weiß, welche Sprunginnovationen oder gesellschaftlichen Veränderungen auf uns zukommen, daher ist der Weg in die digitale Zukunft des Landes nicht völlig planbar. Wir glauben, dass dieser Prozess mit seiner Dynamik und Geschwindigkeit fruchtbar und nutzbringend für unser Land ist. Mit dem Digitalprogramm 2025 nehmen wir uns den aktuellen digitalpolitischen Herausforderungen und Chancen der Menschen in Brandenburg an. Dabei verlieren wir auch übergeordnete Aspekte der Digitalisierung, wie den steigenden Ressourcen- und Energiebedarf, IT-Sicherheit und Datenschutzbelange, Standardisierung, „Gute Arbeit“ sowie die Verfolgung gleichstellungsrelevanter Themen in der digitalen Arbeitswelt nicht aus dem Blick.

Der Beteiligungsprozess zum Digitalprogramm 2025

Als Landesregierung verstehen wir die Digitalisierung in Brandenburg als Herausforderung, die nur gemeinsam mit den zahlreichen Akteur*innen im Land bewältigt werden kann. Unser Ziel ist es, dass die Gestaltung der Digitalpolitik mit einer stetigen Vernetzung und einem intensiven Austausch auf verschiedensten Ebenen einhergeht. Wir profitieren dabei nicht nur von der vielfältigen Expertise aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Land, sondern schaffen einen Raum für den gesellschaftlichen Diskurs zu Digitalthemen und unterstützen die Entwicklung von Netzwerken und einer lebendigen Digitalcommunity in Brandenburg.

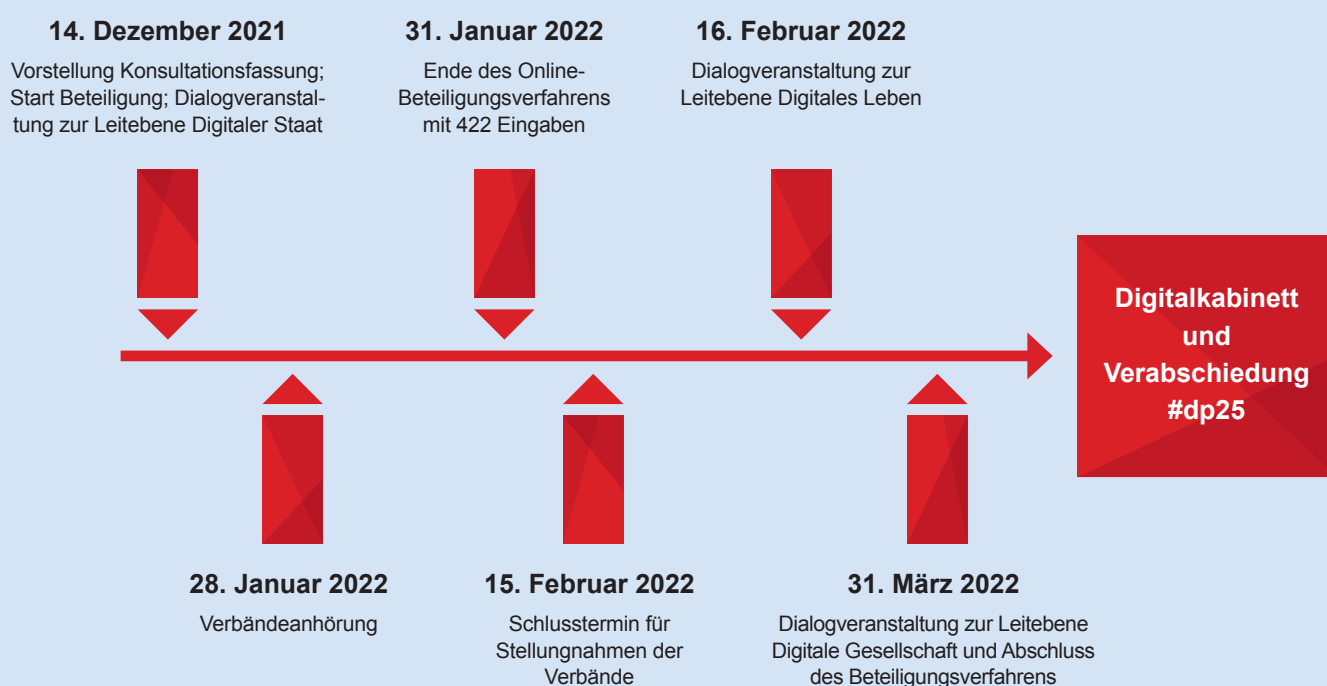
Um diesem Anspruch schon während der Erarbeitung des Digitalprogramms 2025 gerecht zu werden, initiierte die Staatskanzlei einen **umfassenden Beteiligungsprozess**,

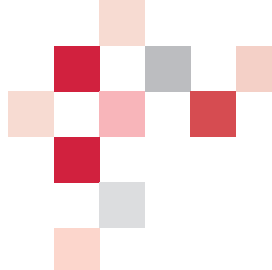
der sich von der Veröffentlichung der Konsultationsfassung im Dezember 2021 bis in den März 2022 erstreckte und verschiedene Beteiligungsformate für unterschiedliche Zielgruppen bot (siehe Abbildung 1).

Konkret umfasste der Beteiligungsprozess vier Elemente:

- **Ein Online-Beteiligungsverfahren** mit Fragen zu Struktur und Inhalt des Digitalprogramms sowie der Möglichkeit, Anregungen in einem Freitext anzubringen.
- **Eine Verbändeanhörung**, an der sich Gewerkschaften, Kammern, Kommunale Spitzenverbände sowie verschiedene gesellschaftliche Gruppen beteiligten und die Möglichkeit der schriftlichen und mündlichen Stellungnahme nutzten.

Abb.1: Der Beteiligungsprozess zum Digitalprogramm 2025





→ **Ein Aufruf zur schriftlichen Stellungnahme** zum Digitalprogramm an alle weiteren Verbände und Organisationen in Brandenburg.

→ **Drei Dialogveranstaltungen**, in deren Rahmen der Digitalbeauftragte des Landes sowie zahlreiche Expert*innen gemeinsam mit dem Publikum zu folgenden Themen diskutierten:

- 1. Dialogveranstaltung zur Leitebene Digitaler Staat am 14.12.2021
- 2. Dialogveranstaltung zur Leitebene Digitales Leben am 16.02.2022
- 3. Dialogveranstaltung zur Leitebene Digitale Gesellschaft am 31.03.2022

Insgesamt 34 schriftliche Stellungnahmen erreichten uns zum Digitalprogramm 2025 bis zum Ende des Beteiligungsprozesses im März 2022. Zusätzlich dazu nahmen 422 Personen an dem Online-Beteiligungsverfahren teil. Diese Zahlen zeigen: Der Wunsch ist groß, sich in die Gestaltung der Digitalpolitik in Brandenburg einzubringen. Die Rückmeldungen befassten sich konstruktiv-kritisch mit einem breiten Spektrum an Digitalthemen. Besonders relevant empfanden die Teilnehmer*innen der Online-Beteiligung etwa das Thema Ausbau digitaler Infrastrukturen. Sie betonten die Notwendigkeit eines zügigeren Breitbandausbaus im ländlichen Räumen und der Schließung sogenannter „weißer Flecken“. Außerdem beschäftigten sich die Teilnehmer*innen mit der Modernisierung der Verwaltung und äußerten vielfach den Wunsch nach digitalen Zugängen zu Verwaltungsleistungen und Bürokratieabbau. Ein drittes Schwerpunktthema des Online-Beteiligungsprozesses bildete der Bereich der digitalen Teilhabe und Kompetenzen und die Frage, wie diese für eine selbstbestimmte Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung gestärkt werden können. Auch Querschnittsthemen wie Datenschutz,

Datensicherheit und Barrierefreiheit im digitalen Raum wurden häufig genannt. Ebenso bewegte das Thema Nachhaltigkeit und Digitalisierung viele Verbände und Einzelpersonen in ihren Stellungnahmen.

Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens wurden alle Eingaben und Stellungnahmen durch die Staatskanzlei gesichtet und an die jeweiligen Ressorts in Fachverantwortung zur Prüfung und weiteren Ausgestaltung übergeben. In den Ressorts erfolgte eine Bewertung der Anregungen und Ideen auf deren Umsetzbarkeit, die in einer gezielten Ergänzung und Überarbeitung des Digitalprogramms 2025 mündete. So wurden beispielsweise folgende Themen noch stärker herausgearbeitet:

- Stärkung der digitalen Barrierefreiheit
- Förderung digitaler Kompetenzen und digitaler Teilhabe älterer Menschen
- Förderung der Souveränität im kritisch-reflektierten Umgang mit digitalen Medien
- Digitalisierung im Gesundheitswesen
- Gestaltung einer nachhaltigkeitsorientierten Digitalisierung
- Digitale Transformation der Wirtschaft in Brandenburg
- Cybersicherheit
- Bekämpfung von Kriminalität und Hass im Netz.

Über diese Beispiele hinaus wurde das Digitalprogramm 2025 an einer Vielzahl von Textstellen konkretisiert und untersetzt. Damit stellt die vom Digitalkabinett verabschiedete Fassung eine wesentliche Weiterentwicklung gegenüber dem Konsultationsentwurf dar.

Digitalisierung in Brandenburg

Von der Zukunftsstrategie zum Digitalprogramm 2025

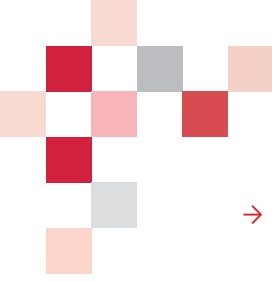
Mit der Zukunftsstrategie „Digitales Brandenburg“ (kurz: Zukunftsstrategie) haben wir 2018 einen wichtigen Meilenstein bei der aktiven Gestaltung des digitalen Wandels gesetzt und Ziele und Visionen für eine langfristige und zukunftsorientierte Entwicklung der Digitalpolitik in Brandenburg skizziert. Die Digitalisierung in Brandenburg geht seitdem auf allen Ebenen voran: Der allergrößte Teil der mit der Zukunftsstrategie beschlossenen Maßnahmen ist umgesetzt oder wird in Angriff genommen.

Digitalisierung ist aufgrund der rasanten Technologieentwicklung ein dynamischer, sich stetig wandelnder Prozess. Eine zentrale Aufgabe unserer Digitalpolitik ist es daher, unsere Gestaltungsansätze und -möglichkeiten für den digitalen Wandel regelmäßig zu überprüfen, Vorhaben einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) weiterzuentwickeln und unser digitalpolitisches Leitbild mit neuen Maßnahmen zu untersetzen. Hinzu kommen die Folgen und Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie, die bei der weiteren Gestaltung der Digitalpolitik des Landes beachtet werden müssen. Gleiches gilt für die digitalpolitischen Prioritätensetzungen im Koalitionsvertrag der Landesregierung (2019), die Erkenntnisse aus dem Evaluationsbericht (2020) sowie den Prüfbericht des Landesrechnungshofes (2020).²

² Für eine ausführlichere Chronologie und Entwicklung der Digitalpolitik in Brandenburg seit 2017 besuchen Sie unsere Webseite digitalesbb.de

Digitalisierungsstrategien der Brandenburger Ministerien sowie der Staatskanzlei

- **Staatskanzlei des Landes Brandenburg**
Besser vernetzt. Gemeinsam digital.
Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg
- **Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)**
Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)
- **Ministerium der Justiz (MdJ)**
Digitale Agenda des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg
- **Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE)**
Digitalisierungsstrategie des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg
- **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE)**
Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg
- **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)
- **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS)**
Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel

- 
- **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur
 - **Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV)**
Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025
 - **Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)**
Digitalpolitische Ressortstrategie – Digitalisierung im Dienst von Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
 - **Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)**
e-Government-Strategie des Landes Brandenburg

Durch eine Aktualisierung und Vertiefung haben wir die Inhalte der Zukunftsstrategie deshalb zum Digitalprogramm 2025 weiterentwickelt: Im Sinne eines programmatischen und handlungsorientierten Rahmens setzen wir

damit einen klaren Fokus auf die gegenwärtige und zukünftige Umsetzung übergreifender und in die Breite wirkender Maßnahmen in unserem Land. Die Digitalisierungsstrategien der Ressorts bilden dabei die inhaltliche Grundlage des Digitalprogramms 2025 und enthalten eine Auflistung aller Einzelmaßnahmen, die in den Fachbereichen in den kommenden Jahren digitalpolitisch geplant sind. Spätestens seit dem Kabinettsbeschluss 91/20 im April 2020 arbeiten die Ressorts intensiv daran, die digitale Zukunft ihrer jeweiligen Fachbereiche zu beschreiben.

Die politischen Ziele und Ansätze der auf lange Sicht angelegten Zukunftsstrategie behalten jedoch unverändert ihre Gültigkeit. Zentral für die Digitalpolitik unseres Landes ist das Leitbild, das aus dem Sachstandsbericht an den Landtag zur Digitalisierung im Jahr 2017 stammt. Unverändert gültig sind auch weiterhin die zehn Thesen des Digitalbeirats (2018). Gemeinsam spiegeln sie die individuellen Besonderheiten des Digitalen Brandenburgs in Raum-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstrukturen wider und sollen auch im Digitalprogramm 2025 als Leitbild des Digitalen Brandenburgs dienen.

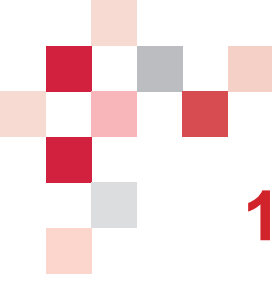
Infobox 1:

Die 10 Thesen des Digitalbeirats

1. Digitalisierung wird das menschliche Miteinander fördern.
2. Das ländliche Brandenburg wird zum noch attraktiveren Lebens- und Arbeitsort, geografische Entfernungen verlieren an Bedeutung.
3. Bildungsangebote werden umfassend verfügbar und frei zugänglich sein.
4. Ökonomie, Ökologie und soziale Rückwirkungen werden sektorenübergreifend gedacht.
5. Brandenburger*innen werden im Alltags- und Berufsleben von Routinetätigkeiten befreit sein und ein besseres Leben führen.
6. Die Demokratie in Brandenburg wird lebendiger, transparenter und partizipativer.
7. Brandenburg wird seine Stärken stärken und Räume für Innovationen schaffen.
8. Digitalisierung wird den sozialen Fortschritt fördern.
9. Kommunen werden als Ansprechpartner vor Ort an Bedeutung gewinnen.
10. Daten werden nachhaltig genutzt.

*Technische Nachrüstung eines
Mobilfunkturms für schnelle
Breitbandverbindungen*





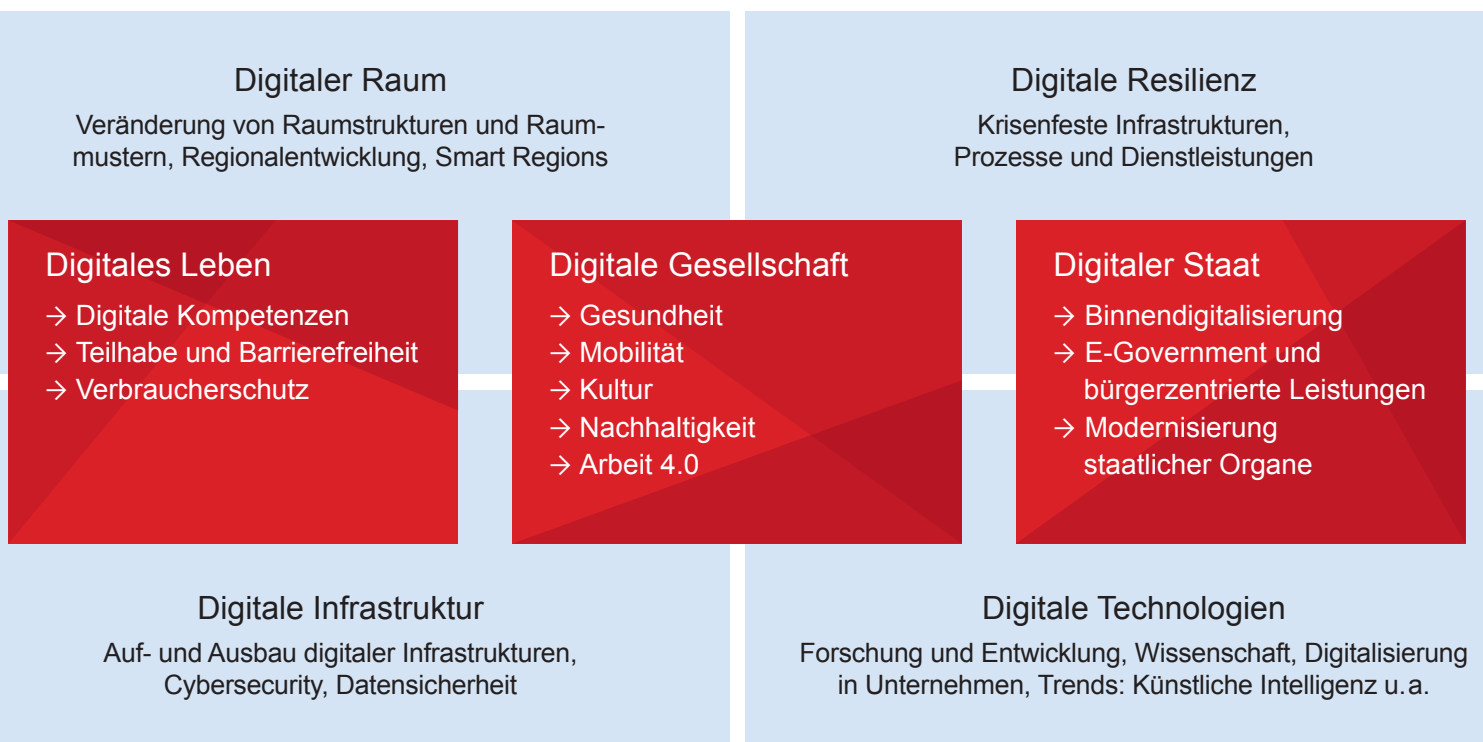
1. Der Rahmen für die Digitalpolitik

Resilienz, Raumstrukturen, Infrastrukturen und Technologie

Wir möchten die Potenziale der Digitalisierung zum Wohle aller Brandenburger*innen ausschöpfen. Um das zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen mitbedacht werden, in die die drei Leitebenen Individuum, Gesellschaft und Staat eingebettet sind. Dazu gehören die Veränderung von Raumstrukturen unter dem Stichwort Digitaler Raum, der Ausbau von Digitalen Infrastrukturen sowie die Entwicklung und Nutzung moderner Technologien, aber auch die Stärkung der Digitalen Resilienz, das heißt die Krisenfestigkeit durch und von digitalen Prozessen und Anwendungen (siehe Abb. 2).

Digitalpolitik muss die individuellen Bedürfnisse ebenso mitdenken wie gesellschaftliche Herausforderungen oder staatliche Modernisierungserfordernisse. Dabei ist sie gefordert, die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung aktiv so zu gestalten, dass die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der Digitalisierung zu einer **nachhaltigen Entwicklung** beitragen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung besagt, dass die Bedürfnisse heutiger Generationen nicht zulasten zukünftiger Generationen erfüllt werden dürfen. In ihrem Koalitionsvertrag (2019) hat sich die Landesregierung zu

Abb. 2: Leitebenen und Rahmenbedingungen für das Digitalprogramm 2025



Infobox 2:

Digitalisierung für Nachhaltigkeit – nachhaltige Digitalisierung

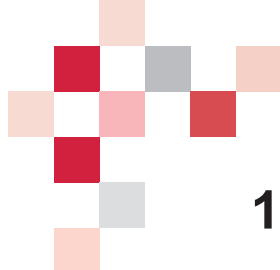
Nachhaltige Entwicklung ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit, die den digitalen Wandel in vielfältiger Weise betrifft – und gleichzeitig von ihm beeinflusst wird: Für die Produktion von digitalen Technologien kommen Rohstoffe zum Einsatz, deren Gewinnung oftmals mit hohen Umweltkosten und schlechten Arbeitsbedingungen einhergehen. Zudem ist die Produktionsphase besonders energieintensiv und findet heute zumeist in Ländern mit einem hohen Anteil von Kohlestrom statt. Durch schnelle Produktzyklen und mangelnde Strategien für eine möglichst lange Lebensdauer digitaler Geräte wächst die Menge an IT-Schrott und wird zunehmend zu einer ökologischen Belastung.

Auch in Hinblick auf gesellschaftliche Nachhaltigkeit stellt uns die Digitalisierung vor neue Herausforderungen, etwa in Bezug auf Diskriminierung durch Algorithmen, die Verbreitung von Falschnachrichten oder auch ungleiche Teilhabe am digitalen Leben. Gleichzeitig ermöglicht die Digitalisierung neue Zugänge zu Wissen, erlaubt ressourceneffizientere Produktionsweisen, schafft Ansätze für neue nachhaltigere Geschäftsmodelle und kann eine zentrale Rolle bei der Energiewende spielen. Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung ganzheitlich, das heißt mit ihren Wechselwirkungen für Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft, zu betrachten, ist daher eine wichtige Aufgabe zukunftsorientierter Digitalpolitik.

diesem Leitbild und den Prinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie klar bekannt.

Die Rolle der Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung ist jedoch ambivalent (siehe Infobox 2) und gerade deshalb eine wichtige **politische Gestaltungsaufgabe**. Bereits 2014 hat die Landesregierung eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die u.a. konkrete und für die Digitalisierung wichtige Ansätze beinhaltet, etwa die energiesparende Konzeption und Nutzung von Technologien oder auch die Produktion, Verwendung und Entsorgung von IT-Geräten im Sinne einer Kreislaufwirtschaft. Mit der Fortschreibung der Strategie im Jahr 2019 erfolgte eine Aus-

richtung an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN Sustainable Development Goals, SDGs). Diese soll mit der für die 7. Legislaturperiode vorgesehenen Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie fortgesetzt und verstärkt werden. Mit der Weiterentwicklung strebt die brandenburgische Landesregierung an, den Nachhaltigkeitsgedanken noch stärker in die Gesellschaft zu tragen und Nachhaltigkeit noch deutlicher als Entscheidungskriterium im Regierungs- und Verwaltungshandeln zu verankern. Dabei werden auch Chancen und Beitragsmöglichkeiten der Digitalisierung eine Rolle spielen.



1.1 Digitale Resilienz

Entwicklung krisenfester Prozesse und Anwendungen

Digitale Prozesse und IT-Infrastrukturen sind grundlegend für die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung sowie zur Sicherstellung der Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Covid-19-Pandemie hat dies verdeutlicht und die Relevanz krisenfester digitaler Infrastrukturen und Anwendungen noch stärker in den Fokus gerückt. Mit der im März 2020 verabschiedeten Sofort-Strategie haben wir einen ersten Rahmen geschaffen, um die Herausforderungen der Pandemie durch die Nutzung von Ermessensspielräumen flexibel zu meistern und die Digitalisierung der Ressorts noch schneller voranzubringen.

Nun ist es wichtig, aus der Pandemie die notwendigen Lehren für den weiteren Transformationsprozess und die Krisenfestigkeit digitaler Infrastrukturen und Prozesse zu ziehen. In einem Ende 2020 in Auftrag gegebenen Gutachten wurde deshalb bis zum Sommer 2021 untersucht, welche Aspekte der Digitalen Resilienz (siehe Infobox 3) im Land bereits erfüllt werden und wo noch Handlungsbedarfe bestehen. Die Studie zeigte unter anderem, dass die Handlungsfähigkeit der Verwaltung weitgehend unterbrechungsfrei sichergestellt werden konnte und bei den geschäftskritischen Fachverfahren und IT-Komponenten des Landes keine Ausfälle auftraten. Vollumfänglich mobiles und sicheres Arbeiten der Verwaltung war jedoch nicht sofort flächendeckend möglich, da es an den dafür notwendigen Softwarelösungen mangelte. Auch die Entwicklung einer Digitalkultur in der Verwaltung steht noch am Anfang. Auf Basis der Ergebnisse wurden fünf Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Digitalen Resilienz entwickelt:

- 1. Fortführung der Binnendigitalisierung** durch eine konsequente technische Ausstattung der Mitarbeiter*innen und elektronische Aktenführung, um mobiles Arbeiten, die Nutzung von Videokonferenzsystemen sowie die dauerhafte Umsetzung und das Monitoring geschäftskritischer Fachverfahren zu ermöglichen.
- 2. Weiterentwicklung der organisatorischen Rahmenbedingungen** für mehr Flexibilität im mobilen Arbeiten und im ressortübergreifenden Austausch zu Datenschutzthemen. Zentral ist auch die Entwicklung einer Krisenstrategie. Ziel ist die digitale Souveränität auf Landesebene.
- 3. Verbesserung der Schnittstellen zu Bürger*innen und Unternehmen** mit einer höheren Barrierefreiheit und der Ermöglichung von Teilhabe, z.B. durch die Mehrsprachigkeit von Anwendungen.
- 4. Intensivierung des ressortübergreifenden Austauschs** und des Austauschs mit den Ländern, um für gemeinsame Herausforderungen Lösungen zu entwickeln.
- 5. Beschleunigung des Kulturwandels** durch Strategien für Personalentwicklung und Lehr- und Lernmethoden, um eine größere Akzeptanz digitaler Formate in der Verwaltung zu erreichen.

Diese Empfehlungen sind in den drei Dimensionen „Technologie“, „Recht und Organisation“ sowie „Digitalstrategien und Digitalkultur“ verortet (siehe Abbildung 3).

Diese fünf elementaren Handlungsempfehlungen werden bei der Planung und Durchführung zukünftiger Digitalisierungsvorhaben berücksichtigt und so zu einem integralen Bestandteil resilienter Digitalpolitik in Brandenburg.

Infobox 3:

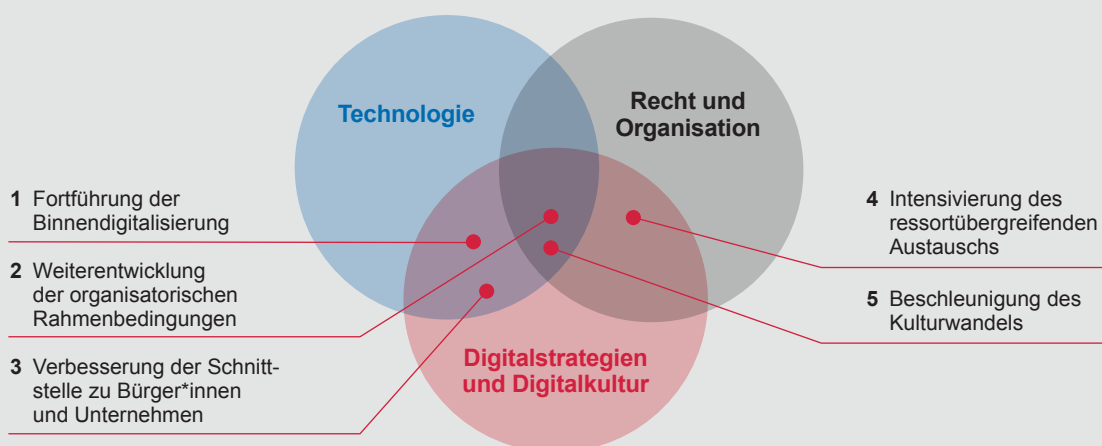
„Digitale Resilienz“ – Was ist das?

Der Begriff der digitalen Resilienz spielt in Politik und Fachöffentlichkeit eine zunehmend wichtige Rolle. Jedoch ist er keineswegs eindeutig definiert. Resilienz selbst kann etwa als die Fähigkeit eines Systems verstanden werden, nach überstandener Krise erfolgreich in seinen ursprünglichen Zustand zurückzufinden. Mehr und mehr wird mit Resilienz jedoch auch die Fähigkeit verbunden, aus Störereignissen zu lernen und sich weiterzuentwickeln, um besser für zukünftige Krisen gewappnet zu sein. Störungen können dabei vielfältige Ursachen haben, etwa Naturkatastrophen, menschlich Fehler oder auch gezielte Angriffe. Die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Digitalpolitik der Landesregierung hat vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderung der Corona-Pandemie und mit Blick auf die Rahmenbedingungen in Brandenburg folgendes gemeinsames Verständnis für den Begriff der digitalen Resilienz erarbeitet: „Digitale Resilienz beschreibt die Fähigkeit, die öffentliche Daseinsvorsorge, Verwaltungsleistungen und Infrastrukturen bei endogenen oder exogenen Schocks mittels digitaler Instrumente sowie Kompetenzen aufrecht zu erhalten und anpassen zu können. Ein System ist resilient, wenn es einen Schock übersteht, sich selbstständig erneuert und aus Erfahrungen lernt. Somit wird durch eine hohe Digitale Resilienz die Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in Krisen gesichert. Hierfür sind vorausschauende rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, individuelle Entscheidungs- und Digitalkompetenz sowie belastbare Prozesse für den Schutz und die Wiederherstellung leistungsfähiger technischer Infrastrukturen fundamental. Die pragmatische Anwendung digitaler Instrumente und Dienstleistungen in den jeweiligen Politikfeldern sowie eine umfassende Binnendigitalisierung der Verwaltung erleichtern die Krisenbewältigung.“

Ressortübergreifende Definition der IMAG Digitalpolitik, 2021

Auf diesem Verständnis baute die Studie zur digitalen Resilienz in Brandenburg (2020) auf.

Abb. 3: Dimensionen und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Digitalen Resilienz

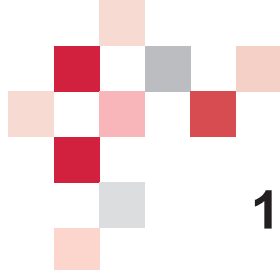


Quelle: Gutachten „Handlungsfähigkeit in Krisen sichern – Evaluation der Digitalen Resilienz des Landes Brandenburg“, 2021

Zum Gutachten gelangen Sie über diesen Link und den nebenstehenden QR-Code:

https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/09/210624_Evaluation-der-Digitalen-Resilienz_mit-Vorwort.pdf





1.2 Digitaler Raum

Entstehung neuer Strukturen und Potenziale für die Regionalentwicklung

In den zurückliegenden Jahren ist die Zahl der Brandenburger*innen stetig gewachsen – vor allem durch Zuzug aus Berlin. Möglichkeiten des mobilen Arbeitens, etwa in Coworking-Spaces, digital gestützte Mobilitäts- und Gesundheitsangebote, Onlinehandel und nicht zuletzt auch digitale Verwaltungsdienstleistungen können zukünftig wesentlich dazu beitragen, dass sich immer mehr Menschen gegen ein Leben in den Ballungszentren entscheiden. Damit verändern Digitalisierung und digitale Infrastrukturen räumliche Strukturen und erfordern angepasste Konzepte der Regionalentwicklung und -planung.

Mit dem Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (SGHR) haben wir mit dem Land Berlin eine Strategie zur gemeinsamen Raumentwicklung vorgelegt, in der die digitalen Veränderungsprozesse und deren Auswirkungen auf räumliche Strukturen in einem eigenen Handlungsfeld „Digitale Transformation“ adressiert werden (Handlungsfeld 6, siehe Infobox 4 „Verflechtung mit Berlin“). Die darin

gesetzten Schwerpunktthemen sehen wir für eine künftige digitalpolitische Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg als besonders vielversprechend an. Gemeinsame administrative Schnittstellen sind dabei die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt, dass die digitale Transformation nur gemeinsam mit Berlin möglich ist. Die smarte Hauptstadtregion soll hier zu Transparenz und gegenseitigem Verständnis beitragen. Im Rahmen von Smart City-Maßnahmen werden neue Formen der Kooperation zwischen Kommunen, Verwaltungen, Unternehmen und der Zivilgesellschaft erprobt und verbreitet.

Bei der **Regionalentwicklungsstrategie (RES)** stehen sogenannte „Digitale Raummuster“ und die Ermittlung ihrer tatsächlichen Wirkung im Fokus. Eine zentrale Frage ist dabei, inwieweit digitale Infrastrukturen und Anwendungen die Lebensqualität und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum verbessern und letztlich den Zuzug in ländliche Regionen Brandenburgs unterstützen und den

Infobox 4:

Verflechtung mit Berlin – Schwerpunktthemen im Handlungsfeld 6 „Digitale Transformation“ des SGHR

1. Digitaler Wirtschaftsraum Hauptstadtregion: Mittelstand, Gründerszene und länderübergreifende Vernetzung
2. Digitalkompetenz und digitale Talente: länderübergreifende Bildungs- und Wissenschaftskooperation
3. Digitales Gesundheitswesen: veränderte Versorgungsstrukturen und Anwendungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund digitaler Angebote
4. „Smart Capital Region“: Digitalisierungsaspekte im Rahmen der Regionalentwicklung; Kooperation der Digitalagenturen beider Länder
5. Digitalisierung und Vernetzung von Verwaltung und Justiz: Verwaltungsdigitalisierung; Kooperation der IT-Dienstleister beider Länder

Infobox 5:

Innovative Infrastrukturen für strukturschwache Räume

Das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner bringt im Rahmen der Initiative Heimat 2.0 seine Expertise zu digital unterstützten sozialen Innovationen ein. Das IRS untersucht digitale Lösungen für peripher gelegene und strukturschwache ländliche Räume, die über die Bereitstellung von physischer Infrastruktur hinausgehen. Damit werden Fragen digitaler Kompetenzen sowie die Voraussetzungen der möglichst effizienten Nutzung digitaler Infrastrukturen und den damit verbundenen Perspektiven für ländliche Räume, welche in Brandenburg tiefgreifenden demografischen Änderungen unterworfen sind, adressiert.

Wegzug verhindern können. Hierfür ist die Expertise und das Erfahrungswissen der DigitalAgentur Brandenburg (DABB) eine wichtige Quelle, um besser zu verstehen, wie digitale Angebotsstrukturen zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land beitragen und den inneren Zusammenhalt im Land stärken können.

Zudem unterstützen wir die ländlichen Regionen, bei der Entwicklung des digita-

len Fortschritts nicht nur Schritt zu halten, sondern die spezifische Lebensqualität auf dem Land sowie das kulturelle und natürliche Erbe herauszustellen und fortzuentwickeln. Die **Strategische Leitplanke (SLP)** „Digitalisierung verbindet Potenziale und überbrückt Räume“ der Regionalentwicklungsstrategie ermöglicht, regionale Schlüsselvorhaben im Bereich der Digitalen Raummuster zu begleiten und zu fördern. Durch die gezielte digitale Vernetzung zwischen städtischen bzw.



Studentinnen der Biotechnologie an der Hochschule Lausitz (FH) in Senftenberg untersuchen Zellstrukturen an hochauflösenden Mikroskopen und werten die Ergebnisse in Echtzeit digital aus. Die Hochschule bietet Studiengänge wie Computational Mechanics, medizinische Technik, Life Sciences und Biotechnologie an und verfügt über eine hochwertige Ausstattung mit digitaler Technik.



überregionalen Angebotsstrukturen sowie Orten im ländlichen Raum verbessern wir deren Versorgung und Teilhabe.

Für die Auswirkungen der digitalen Transformation auf Räume und Funktionen, und damit auch auf deren Planung, lassen sich Trendmuster erkennen. So etwa im Bereich der regionalen Energieversorgung in Kombination mit Smart Grids, wo immer mehr kleinräumige Lösungen für Produktion und Nutzung entstehen, oder auch im Bereich des Onlinehandels, der differenzierte räumliche und funktionale Auswirkungen auf die Innenstädte hat. Diese Trendmuster spiegeln zum einen die räumlich-funktionellen Zusammenhänge wider und eröffnen gleichzeitig neue Steuerungsmöglichkeiten durch den Einsatz moderner Technologien. Um deren Potenziale nutzen zu können, unterstützen wir die Städte und Kommunen bei der Entwicklung

von Smart-City- und Smart-Region-Konzepten. Dabei stehen wir ihnen und den kommunalen Spitzenverbänden durch Wissenstransfer, Vernetzung und Beratung zur Seite. So bieten wir beispielsweise fachliche Unterstützung bei der Erarbeitung von Digitalisierungsstrategien und -maßnahmen im Bereich **Smart City** an. Zudem fördern wir die Umsetzung des Qualifizierungsprogramms „**Smart City Manager*in**“, das kommunale Verwaltungsmitarbeiter*innen dazu befähigt, den digitalen Transformationsprozess vor Ort zu gestalten.

Die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation, Kollaboration und Organisation führen dazu, dass der Wohnort nicht mehr zwangsläufig von der Nähe zum Arbeitsort bestimmt wird. Mit alternativen Mobilitätsangeboten kann in Zukunft eine noch stärkere Dezentralisierung erfolgen, die auch die ländlichen

Infobox 6:

Smarte Städte und Smarte Regionen

Die räumliche Entwicklung Brandenburgs im Kontext der Digitalisierung zu unterstützen und Smarte Städte und Regionen zu fördern, ist eine zentrale Aufgabe. Durch die DigitalAgentur Brandenburg wurde ein breites Informations- und Beratungsangebot aufgebaut, um die Entwicklung von Strategien für Smarte Städte und Regionen zu begleiten und den Akteuren vor Ort konkrete Impulse zu geben. Die DigitalAgentur Brandenburg wirkt dabei als leistungsfähiger Unterstützungspartner der Kommunen bei der Entwicklung von digitalen Lösungen für die Daseinsvorsorge, insbesondere im ländlichen Raum. Diese Arbeit soll weitergeführt und durch Wissenstransfer, Vernetzung, Beratung und Arbeitshilfen erleichtert werden. Ziel ist es, die vielen guten lokalen und regionalen Lösungen zu bündeln und breit nutzbar zu machen. Dazu leistet auch die Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ einen wichtigen Beitrag: Neun Brandenburger Modellstädte erarbeiten Strategien für die künftige Stadtentwicklung, auch unter Einbeziehung des zentralen Querschnittsthemas digitale Transformation.

Abbildung rechts: Die BTU Cottbus-Senftenberg arbeitet gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut (IFF) an einer „Transferplattform Moderne Industrie Brandenburg 4.0“. Ziele der Plattform sind die Nutzung bestehenden Know-hows in der Digitalisierung der Wertschöpfungsketten von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) zur Erhöhung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit in Brandenburg. Das Ziel ist die intelligente Fabrik (Smart Factory), die sich durch Wandlungsfähigkeit, Ressourceneffizienz und Ergonomie sowie die Integration von Kunden und Geschäftspartnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozesse auszeichnet.



Infobox 7:

Modellprojekt Coworking-Space

In Frankfurt (Oder) entsteht ein Coworking-Space für die Brandenburgische Landesverwaltung. Der Modellversuch wird unter der Federführung des Ministeriums der Finanzen und für Europa sowie dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen umgesetzt. Die Pilotierung soll als Grundlage für mögliche zukünftige Angebote im Flächenland Brandenburg dienen. Neben der Erprobung der technischen Infrastruktur und der Attraktivität des Standortes steht dabei die Frage im Fokus, wie gut das Angebot von den Beschäftigten angenommen wird.

Räume Brandenburgs erreicht. Dieser Trend wird auch durch die Entwicklung von Coworking-Spaces in ländlichen Gebieten unterstützt. Dabei entstehen Möglichkeiten, wohnortnah gut ausgestattete Arbeitsplätze zu nutzen, ohne täglich weite Pendelstrecken auf sich zu nehmen. Auch für die öffentliche Verwaltung schaffen Coworking-Spaces ein Angebot, um ortsflexibles und mobiles Arbeiten zu verbinden und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie die Kooperation zwischen den Verwaltungsstandorten zu steigern.

Wenn Arbeiten auch dort möglich ist, wo Menschen gerne leben wollen, verbessert das die Lebensqualität an vielen Orten im Land und stärkt die Identität der Regionen. Voraussetzung ist, dass auch andere Rahmenbedingungen, allen voran die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, vorhanden sind. Auch hier bietet Digitalisierung Lösungen und neue Nutzungsmodelle: Mobilität ist durch Apps bedarfsgerecht planbar, Kultur- und Bildungsstätten erarbeiten digitale Angebote und viele Verwaltungsleistungen erfordern in Zukunft nicht mehr zwingend die persönliche Anwesenheit von Antragstellenden oder Sachbearbeiter*innen. Dabei entstehen immer mehr sogenannte **hybride Räume** – Angebote werden nicht ausschließlich analog oder digital vorgehalten, sondern miteinander kombiniert.

Mithilfe der Digitalisierung lassen sich nicht nur typische Merkmale des ländlichen Raums für Innovationen nutzen, sondern situations- und problemspezifisch neue, lokale Lösungsmodelle entwickeln. Handwerker*innen, landwirtschaftliche Betriebe, aber auch die Kreativbranche nutzen die Möglichkeit, über Plattformen ihre Produkte und Dienstleistungen anzubieten, auch überregional und international. So entwickelt beispielsweise ein Projekt der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) in Brandenburg an der Havel Prozesse und Software, um die Produktion und Logistik zwischen Gemüsebaubetrieben und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen zu koordinieren.



Gründungszentrum am Campus der BTU Cottbus-Senftenberg: Unternehmen und Gründer mit High-Tech-Kompetenzen nutzen dort Büros, Werkstätten, Gemeinschafts- und Tagungsräume, so dass wichtige Synergien entstehen können.

1.3 Digitale Infrastruktur

Voraussetzungen für die digitale Gesellschaft

Grundlegende und rahmengebende Voraussetzung für einen gelingenden Transformationsprozess sind **digitale Infrastrukturen**. Der flächendeckende Ausbau mit hochleistungsfähigen, modernen Infrastrukturen ist für die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens unabdingbar und wird deshalb weiter forciert. Dazu gehören auch regionale Rechenzentren. Ein zügiger und flächendeckender Breitband- und Mobilfunkausbau trägt nicht nur zur Attraktivität von Städten und Regionen bei – er ist auch ein maßgebliches Kriterium für die digitale Daseinsvorsorge und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie gleicher Bildungschancen in Brandenburg. Die Landesregierung wirkt darauf hin, dass die digitale Infrastruktur an modernsten Standards ausgerichtet ist und hohen Sicherheitsanforderungen standhält.

In den nächsten Jahren werden die digitalen Infrastrukturen in Brandenburg weiter zu hochleistungsfähigen **Gigabitnetzen** ausgebaut. Eine leistungsfähige, verlässliche und sichere Infrastruktur ermöglicht die Kommunikation und den Austausch von Daten und sichert die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Unternehmen. Bis zum Jahr 2025 ist geplant, den **Breitbandausbau** weiter voranzutreiben und alle sogenannten „Weißen Flecken“, d. h. Regionen, in denen ausschließlich Bandbreiten von unter 30 Mbit/s verfügbar sind, zu schließen. Insbesondere dort, wo der privatwirtschaftliche Telekommunikationsmarkt nicht für eine ausreichende Anschlussgeschwindigkeit sorgt, hilft das Land Brandenburg mit Fördermitteln. Im Rahmen des Bundesprogramms zum Breitbandausbau unterstützt die Landesregierung den **Ausbau zukunftsfähiger Glasfaseranschlüsse** (bis zu 1 Gbit/s) mit mehreren hundert Millionen Euro. Das gilt insbesondere für noch nicht angeschlossene Schulen. Schulen, die in bereits erschlosse-

nen Gebieten befinden, werden auch weiterhin gefördert.

Parallel zum laufenden Umsetzungsprozess in den „Weißen Flecken“ soll der Ausbau der sogenannten „Grauen Flecken“ im Land Brandenburg vorbereitet werden. Gemäß der von der EU-Kommission genehmigten Rahmenregelungen der Bundesrepublik Deutschland entfällt die aktuelle Aufgreifschwelle. Damit sind die rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben, einen geförderten Ausbau überall dort zu ermöglichen, wo keine Glasfasernetze bestehen und in naher Zukunft privatwirtschaftlich nicht ausgebaut werden. Die Einzelheiten dazu wird eine neu aufzulegende Förderrichtlinie des Bundes regeln.

Die flächendeckende Einführung des schnelleren und sicheren **Mobilfunkstandards 5G** – in regulatorischer Zuständigkeit des Bundes – garantiert eine lückenlose Versorgung mit Zugang zum Netz für alle Brandenburger*innen sowie brandenburgische Unternehmen. Wir verstehen 5G als Innovations-treiber für Brandenburg und als Grundlage für neue, vernetzte Konzepte im Gesundheitswesen, dem öffentlichen Nahverkehr oder der Landwirtschaft. Zahlreiche **5G-Innovationsprojekte** im Land nutzen die Technologie bereits, um beispielsweise die Waldbrandbekämpfung zu vereinfachen, die Logistik in der Landwirtschaft zu verbessern oder die Versorgung in Krankenhäusern durch gezielteren Datenaustausch zu optimieren. Auch in Zukunft werden wir als Landesregierung solche Vorhaben anstoßen und mitfinanzieren, um zentrale Herausforderungen in Brandenburg wie den Strukturwandel oder die demografische Entwicklung zu steuern.

Damit unterstützt die Landesregierung den Bund bei der Erreichung gemeinsamer Ziele der Mobilfunkversorgung, die auch die 5G-Technologie beinhaltet. Im Rahmen des 5G-



Ostprignitz-Ruppin: Leerrohre für Glasfaserkabel werden in ein dickes Erdkabel eingeführt und im Anschluss mit Lichtleiterbündeln versehen. Brandenburg wird den Glasfaserausbau in den kommenden Jahren weiter vorantreiben.

Innovationswettbewerbs des Bundes wurden in Brandenburg überdurchschnittlich viele Projektskizzen für die Erstellung von konkreten 5G-Konzepten gefördert, davon drei in der Lausitz und drei weitere in den anderen Landesteilen. Für eine Förderung der Umsetzungsphase, für die bis zu 4 Mio. Euro bereitgestellt werden, konnte bereits 2020 ein brandenburgisches Projekt überzeugen. Weitere fünf Projekte aus Brandenburg wurden für die Weiterqualifizierung ihrer Anträge ausgewählt. Neue Projekte werden weiterhin durch Antragswerkstätten und Fachveranstaltungen unterstützt. 2022 lässt die Landesregierung eine Strategie zum Einsatz von 5G-Technologien im Land Brandenburg, besonders aber in der Lausitz und im Umfeld des BER, erarbeiten.

Infrastrukturen und IT-Systeme sind weltweit jedoch auch immer wieder Einfallstor für Cyberkriminalität. Um uns vor Schäden zu schützen, existieren auch in Brandenburg verschiedene technische und organisatorische Präventionsmaßnahmen. Zur Vorbeugung gehört unter anderem die Sensibilisierung von potenziell Betroffenen, beispielsweise durch das Bekanntmachen möglicher Angriffsmuster. Zum **Schutz kritischer Infrastrukturen** entwickeln wir deshalb in Brandenburg gezielte präventive und reaktive Maßnahmen im Hinblick auf Cyberangriffe und zum Schutz unserer IT-Systeme. Dabei arbeiten wir eng mit Partnern aus Bund und Ländern zusammen, zum Beispiel dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) oder dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI).

1.4 Digitale Technologien

Mittel und Antrieb der Transformation

Neben den digitalen Infrastrukturen sind die Entwicklung und der **Einsatz digitaler Technologien** Dreh- und Angelpunkt der digitalen Transformation Brandenburgs. Mit unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir neue Technologien und digitale Innovationen in alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche transferieren. Durch gezielte Kooperationen im Umfeld digitaler Ökosysteme wollen wir zudem die Anziehungskraft der Hauptstadtregion mit den Potenzialen des ländlichen Raums verbinden.

Der Einsatz von **Künstlicher Intelligenz (KI)** spielt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung komplexer Probleme in zentralen Zukunftsbereichen, z.B. in den Bereichen Mobilität, Gesundheit, Meteorologie und Landwirtschaft. KI geht mit der Entwicklung neuer Branchen und Geschäftsmodelle einher und wird auch im Alltag vieler Menschen, beispielsweise durch intelligente Sprachassistenten oder Navigationssysteme, immer präsenter. Durch ihren Einsatz in sozialen Medien hat KI jedoch auch zunehmend Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und wirft ethische Fragen auf.

Als Konsequenz auf diese Entwicklungen bedarf es einer ressortübergreifenden **KI-Landesstrategie für Brandenburg**. Dafür erarbeiten wir in einem ersten Schritt bis Ende 2022 einen strategischen Rahmen für KI. Er wird die Grundlage für eine umfassende KI-Landesstrategie bilden, die bis spätestens Ende 2024 entwickelt wird. Unter Berücksichtigung der KI-Strategie des Bundes wollen wir prüfen, in welchen ausgewählten Schwerpunktfeldern wir KI-gestützte Lösungen für Brandenburg entwickeln und die entsprechenden Vorhaben im Land fördern können. Um diese Entwicklung ressortübergreifend zu begleiten und die KI-Vorhaben der Landesregierung zu koordinieren, haben wir eine **Interministerielle Arbeitsgruppe Künstliche Intelligenz (IMAG KI)** unter Leitung des MWFK eingerichtet. Erste strategische Ansätze bieten die vom MWFK im Oktober 2021 abgeschlossene Vorstudie „KI in Brandenburg“ und die vom MWAE zum Jahresende 2021 erarbeitete Studie zum „Einsatz von Künstlicher Intelligenz in brandenburgischen Unternehmen“. Sie wurde im Februar 2022 öffentlich vorgestellt und befindet sich nun in der Umsetzung.

Infobox 8:

„Precision Farming“ und Landwirtschaft 4.0

Künstliche Intelligenz kann über Mustererkennungen und die Auswertung sowie Erstellung von Prognosen und Zukunftsmodellen maßgeblich zu einer nachhaltigeren Bewirtschaftung von Flächen beitragen, etwa um die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern zu reduzieren. Hierbei widmet sich das Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie (ATB) in Potsdam den Fragen der Präzisionslandwirtschaft, der Digitalisierung und Landwirtschaft 4.0., die auf Versuchsflächen erforscht und in Zusammenarbeit mit Partnern der landwirtschaftlichen Praxis erprobt werden. Zukünftig werden diese Themen im Rahmen eines Leibniz-Innovationshofes weiter ausgebaut und landwirtschaftlichen Einrichtungen und Betrieben zur Verfügung gestellt, die damit unmittelbar von modernen digitalen Entwicklungen profitieren werden.



Die BTU Cottbus-Senftenberg erarbeitet im „Innovationscampus Elektronik und Mikrosensorik (iCampus Cottbus)“ gemeinsam mit außeruniversitärer Forschungseinrichtungen an Themen wie Landwirtschaft 4.0, Digitalisierung/Industrie 4.0, Life Sciences und Umweltsensorik. Eines der Projekte ist die Entwicklung intelligenter Drohnen für die Landwirtschaft. Ziel ist es, Erkrankungen von Nutzpflanzen oder Insektenbefall frühzeitig zu erkennen und bekämpfen zu können.

Die IMAG KI wird die Vielfalt, Komplexität und Dynamik von KI-Anwendungen berücksichtigen. Dabei werden eher unkritische Anwendungsfelder mit niedrigem Risikopotenzial von risikoreichen Einsatzgebieten der KI zu unterscheiden sein. Nicht beabsichtigte ethische und gesellschaftliche Folgewirkungen sind vor allem bei KI-Systemen zu erwarten, die das Potenzial aufweisen, individuelle Grundrechte oder grundlegende demokratische Werte zu schädigen. Vor diesem Hintergrund werden wir im Rahmen des Strategieprozesses zur KI-Landesstrategie Optionen für eine intensive Begleitung der Entwicklung und Anwendung von KI im Land Brandenburg unter datenschutzrechtlichen, ethischen und gesellschaftlichen Aspekten prüfen. Dazu wollen wir uns mit den landesspezifischen Auswirkungen der risikoadaptierten Regulierungsansätze auf Ebene der EU und den im Rahmen nationaler Kommissionen und Normungsprozesse erstellten Handlungsempfehlungen für die Risikoklassifizierung von KI befassen. Da-

bei werden wir auch und insbesondere die Anforderungen an Nichtdiskriminierung berücksichtigen. Zudem stellen wir strategische Überlegungen an, wie ein Kompetenzaufbau gelingen und eine praxisnahe Vorgehensweise für die risikoadaptierte Bewertung von KI-Anwendungen, die durch die Landesverwaltung eingesetzt werden, erarbeitet werden kann.

Zentrale Ansätze für das Voranbringen und die Nutzbarmachung von KI im Land wollen wir unter der Maßgabe des Datenschutzes und der Informationssicherheit betrachten. Das gilt insbesondere für die Erprobung von Modellen des Datenteilens und Experimentierräume für KI-Anwendungen in ausgewählten Schwerpunktbereichen.

Als Landesregierung werden wir zudem einen verstärkten Fokus auf **Open Data** als Grundlage für viele digitale Anwendungen und **datenbasierte Ansätze** legen. Mit der

Infobox 9:

Anforderungen an Digitalvorhaben – Datenschutz und Informationssicherheit

Für Digitalisierungsvorhaben der Landesregierung bestehen hohe rechtliche Anforderungen zum Datenschutz und zur Informationssicherheit, die verbindlich umzusetzen sind. Sie haben einen entscheidenden Einfluss auf den Erfolg von Digitalisierungsmaßnahmen. Für alle Vorhaben sind insbesondere konkret zu beachten:

- effektive Methoden der Anonymisierung und Pseudonymisierung von personenbezogenen Daten
- Verschlüsselungsverfahren zum Schutz der Daten
- transparente, verständliche, nutzerfreundliche Gestaltung für die jeweilige Zielgruppe
- datenschutzgerechte Technikgestaltung (frühzeitige Implementierung von technischen und organisatorischen Maßnahmen bei der Planung und Gestaltung der Digitalisierungsvorhaben)
- Festlegung von datenschutzfreundlichen Voreinstellungen und Funktionalitäten (Datenschutz by Design)
- effizient strukturierte Datenorganisation mit klaren Verantwortlichkeiten und effizienten Workflows
- Beschreibung, Bewertung und Reduzierung von Risiken (durch Risikoanalysen, Sicherheitskonzepte und Datenschutz-Folgenabschätzungen) und präventive Folgenbegrenzung

systematischen Aufbereitung und Bereitstellung nicht-personenbezogener Daten stärken wir nicht nur die Transparenz und das Vertrauen in Staat und Verwaltung, sondern schaffen die Basis für innovative Wertschöpfungsketten und die gemeinwohlorientierte Nutzung durch die Zivilgesellschaft. Daher planen wir eine gesetzliche Open-Data-Regelung, welche die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Verwaltungsdaten festlegt. Grundlage dafür ist die Erarbeitung einer **Datenstrategie**, in der wir die Eckpunkte für die gesetzliche Open-Data-Regelung darlegen. Über eine leistungsfähige **Geodateninfrastruktur** werden zudem verteilt vorliegende Geodaten durch Metadaten beschrieben und über Geodatendienste, Netzdienste und Netztechnologien nutzbar gemacht.

Auch für die Stärkung der hochschulübergreifenden, nationalen wie internationalen Kooperation und die umfassende Nutzung von Forschungsergebnissen ist die offene Verfüg-

barkeit digitaler Daten hochrelevant. Die Umsetzung unserer **Open-Access-Strategie** sowie die Einrichtung der Vernetzungs- und Kompetenzstelle Open Access Brandenburg und eines Publikationsfonds leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Im Sinne von Open Science und der Verbesserung der Sichtbarkeit der Forschungsleistungen streben die Brandenburger Hochschulen die Etablierung von Open Access als Publikationsstandard an. Für die Einführung beziehungsweise Weiterentwicklung von **Forschungsdatenmanagementsystemen** wurde im Herbst 2021 auf Grundlage nationaler Standards mit der Erarbeitung einer Forschungsdatenstrategie für unser Land begonnen. Um Digitalisierungsprozesse und den damit verbundenen Wissensaustausch weiterhin hochschulübergreifend zu fördern, werden zudem bestehende Kooperationsstrukturen wie das **Zentrum der brandenburgischen Hochschulen für digitale Transformation (ZDT)** ausgebaut und weiterentwickelt. Mit



Hilfe des ZDT werden sich die Hochschulen gemeinsam u.a. den Themen der Informati-
ons- und Datensicherheit, aber auch innova-
tiven technischen Lösungen für die digitale
Lehre und Forschung widmen.

Zur Förderung und Entwicklung digitaler
Technologien in Brandenburg streben wir als
Landesregierung an, mögliche **Kooperati-
ons- und Vernetzungspotenziale** innerhalb
und zwischen den Branchen zu identifizieren,
Wissen und Kompetenzen zu transferieren,
gemeinsame Ideen sowie technologie- und
branchenübergreifend Innovationspotenziale
zu entwickeln. Dafür fungieren die Innovati-
onsstrategie der Länder Berlin und Brande-
nburg innoBB 2025 und die Regionale Innova-
tionsstrategie Brandenburg innoBB 2025 plus
als Dachstrategien. Im Rahmen der innoBB
2025 werden Testfelder und Reallabore noch
besser bei der Realisierung sowie bei der
Partnerfindung unterstützt, etwa durch das
kontinuierliche Begleiten der Projekte, die
Vermittlung von bestehenden Fördermöglich-
keiten, die Vernetzung von Akteuren und wei-
tere Angebote. Mit der Fortschreibung der In-
novationsstrategie wurde die Digitalisierung
zu einem der Schwerpunktthemen für die
wirtschaftliche und technologische Entwick-
lung. Die Hauptstadtregion entwickelt sich
aktuell zu einem der führenden Standorte in
Europa für die digitale Wirtschaft. Hieraus re-
sultiert ein enormes Potenzial für weitere län-
der- und branchenübergreifende Entwick-
lungsmöglichkeiten – sowohl für etablierte
Unternehmen als auch für Start-ups.

Der Austausch zwischen Wissenschaft und
Wirtschaft wird unter anderem im Rahmen des
Bund-Länder-Programms Gemeinschaftsauf-
gabe „**Verbesserung der regionalen Wirt-
schaftsstruktur**“ (GRW) durch die Umset-
zung von GRW-Innovationsclustern gefördert.
Ziel dieser Innovationscluster ist es, durch den
gemeinsamen Aufbau von technischen Infra-
strukturen sowohl Innovationsvorhaben zwi-
schen Wissenschaft und Wirtschaft sowie den
Know-how-Transfer zwischen Forschungsein-
richtungen und Wirtschaft – vorrangig kleine
und mittlere Unternehmen (KMU) – voranzu-

bringen und so die Innovations- und Wettbe-
werbsfähigkeit der Unternehmen dauerhaft
zu steigern. So wurde am Standort Potsdam
Babelsberg im Jahr 2018 erstmalig der tech-
nische Aufbau und der Betrieb einer Studio-
Infrastruktur im Bereich Virtual Reality im
Zuge eines GRW-Innovationsclusters geför-
dert. Zudem wurde im Jahr 2020 die Weiter-
entwicklung des Themas „Autonomes Fah-
ren“ in Brandenburg im Zuge der Förderung
des GRW-Innovationsclusters Autonome Sys-
teme (ICAS) unterstützt.

Die **vielfältig vernetzten Brandenburger
Forschungseinrichtungen und Hochschu-
len** sind maßgebliche Treiber von digitalen
Innovationen und wichtige Partner für die
Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft.
Die Präsenzstellen der Hochschulen spielen
hier eine zentrale Rolle. Sie sind Kontakt-,
Koordinierungs-, Vernetzungs- und Informa-
tionsstellen vor Ort für Unternehmen, Grün-
dungswillige, Studieninteressierte, Studie-
rende sowie für Schüler*innen. Sie bieten in
hochschulfernen Regionen einen Zugang zu
den Hochschulen und Forschungseinrichtun-
gen. Die Präsenzstellen unterstützen und be-
gleiten auch **Gründungsaktivitäten** und bie-
ten Veranstaltungen zu gründungsrelevanten
Themen an. Die Präsenzstellen realisieren
außerdem digitale Veranstaltungsformate,
beispielsweise Online-Infoveranstaltungen
für Unternehmen oder digitale Beratungsta-
ge für Studieninteressierte, z.B. zum Thema
duales Studium.

Für den **Wissens- und Technologietransfer**
schaffen wir weitere Anreize, um Hochschu-
len, außeruniversitäre Forschungseinrichtun-
gen, Unternehmen, Zivilgesellschaft sowie
öffentliche Institutionen von Land und Kom-
munen zusammenzubringen. Dabei werden
bereits bestehende Kompetenzen vernetzt
und Kooperationen zwischen Wissenschaft
und Wirtschaft ausgebaut. Im Land Bran-
denburg wird anwendungsnahe Forschung
an Hochschulen und außeruniversitären For-
schungseinrichtungen unter anderem durch
das **Programm StaF des Europäischen
Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)**

gefördert. StaF steht für „Stärkung der technologischen und anwendungsnahen Forschung an Wissenschaftseinrichtungen im Land Brandenburg“. In der Förderperiode 2014 – 2020 wurden in fünf Förderrunden 69 Forschungsprojekte mit insgesamt 38,3 Mio. Euro EFRE-Mitteln unterstützt. Für die EFRE-Förderperiode 2021 – 2027 soll die „StaF-Richtlinie“ als „StaF-Verbund“ fortgesetzt werden. Damit sollen insbesondere Vorhaben angewandter Forschung gefördert werden, die im Verbund von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen durchgeführt werden.

Die Anwendung und Kommunikation von Erkenntnissen aus Wissenschaft und Forschung sowie die Beratung auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse bilden die drei Dimensionen der **Transferstrategie** des Landes Brandenburgs aus dem Jahr 2017. In allen drei Dimensionen trägt Digitalisierung dazu bei, den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern. In diesem Sinne wird derzeit eine digitale Kooperationsplattform für Akteur*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen des Verbundprojekts „Innovation Hub 13“ der Technischen Hochschule (TH) Wildau und der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg entwickelt. Als digitaler Zwilling des Transfer-Projekts Innovation Hub 13 wird die modular aufgebaute Plattform über das reine Anbahnen von Kooperationen hinausgehen: Sie wird vorhandene Forschungsinfrastruktur



Am Innovationscampus Elektronik und Mikrosensorik (iCampus Cottbus) wird ein Gerät entwickelt, das Atmung und Herzöne berührungsfrei messen kann. Über eine gesicherte Datenschnittstelle zum betreuenden Arzt können damit später auch Menschen in ländlichen Gebieten medizinisch betreut und überwacht werden, selbst wenn die Arztpraxis weit entfernt ist.

tur über Labor- und Institutionsgrenzen hinweg vernetzen, vorhandene Technologien, Dienstleistungen und Infrastrukturen sichtbar und im Rahmen von Anwendungsfällen auch erlebbar machen.

Dabei dient „**Citizen Science**“, die Beteiligung von Bürger*innen an Forschungsprojekten, nicht nur dem Transfer zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, sondern zugleich auch der Verwirklichung des Openness-Gedankens.

Infobox 10:

Erprobung telemedizinischer Anwendungen

Im Innovationscampus Elektronik und Mikrosensorik Cottbus/Chósebus (iCampus) arbeiten Fraunhofer- und Leibniz-Einrichtungen gemeinsam mit der BTU Cottbus-Senftenberg und regionalen KMU zu neuartigen mikrosensorischen Anwendungen u. a. im Bereich von digitalen Messsystemen in der Telemedizin oder Kommunikations- und Sensormodulen. Zukünftig wird sich auch das Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum als Partner beteiligen, um mikrosensorische telemedizinische Anwendungen in den klinischen Arbeitsalltag zu überführen.



2. Maßnahmenbündel für die digitale Transformation

2.1 Digitales Leben

Schnell mit dem Smartphone online einkaufen, Reisen planen, sich mit Freund*innen verabreden, einen Termin beim Bürgeramt buchen, von zu Hause arbeiten oder barrierefrei auf Internetseiten Informationen recherchieren – dies und noch viel mehr gehört für die meisten Menschen in Brandenburg zum **digitalen Alltag**.

Wir wollen die Bürger*innen Brandenburgs befähigen und aktivieren, gemeinsam diesen digitalen Wandel zu gestalten und an ihm teilzuhaben. Dafür schaffen wir als Landesregierung die notwendigen Voraussetzungen. Die Leitebene **Digitales Leben** greift diese Aspekte auf und stellt die Wirkung der Digitalisierung auf das Individuum und den praktischen Alltag der Menschen in Brandenburg in den Fokus. Zu den Grundvoraussetzungen für eine Partizipation am digitalen Leben gehören digitale Kompetenzen, moderne und leistungsfähige Infrastrukturen und Endgeräte sowie ein barrierefreier Zugang zu digitalen Diensten und Angeboten. Wir knüpfen dabei an den **individuellen Voraussetzungen der Menschen** und ihren unterschiedlichen Bedarfen an. Der Koalitionsvertrag und die Zukunftsstrategie benennen Teilhabe, Barrierefreiheit und Verbraucher- sowie Datenschutz politikfeldübergreifend als zentrale Ziele für Brandenburg. Mit dem Digitalprogramm 2025 greifen wir diesen Anspruch auf. **Digitale Barrierefreiheit** ist ein wichtiges Querschnittsthema, das bei allen Vorhaben des Digitalprogramms in den unterschiedlichen Maßnahmenbündeln berücksichtigt wird, und ein Kernelement einer am Menschen ausgerichteten Digitalisierung darstellt.

Abbildung links: Der weitere Ausbau der Glasfasernetze spielt auch in Brandenburg bei der Bereitstellung besonders schneller Anschlüsse eine wichtige Rolle.

Maßnahmenbündel I:

Digitale Kompetenzen in allen Lebensphasen sicherstellen

Um am digitalen Leben vollumfänglich teilnehmen zu können, sind die entsprechenden digitalen Kompetenzen eine unverzichtbare Grundlage. Daher stellen wir für alle Bürger*innen unseres Landes individuell die Zugänge und Angebote zum Erwerb digitaler Kompetenzen sicher. Dies umfasst nicht nur Schulen und Hochschulen, sondern auch Weiterbildungs- sowie soziale Einrichtungen und die gezielte Unterstützung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen.

Digitalisierung und Mediatisierung werden zunehmend relevant für das schulische Lehren und Lernen sowie die künftige Bewältigung und Gestaltung von Lebens- bzw. Arbeitsprozessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Hierfür gilt es die Qualität von Lehr- und Lernprozessen zu verbessern, indem wir z.B. digitale Lehr- und Lernprozesse gut integrieren, mit analogen Formaten verknüpfen und digitale Kompetenzen gezielt stärken. Ziel ist es, die Souveränität im **kritisch-reflektierten Umgang mit digitalen Medien** zu fördern. Das Basiscurriculum Medienbildung im Rahmenlehrplan der Jahrgangsstufen 1 bis 10 Berlin-Brandenburg ist hierfür eine wichtige Grundlage. Den bundesweiten Rahmen bildet die ergänzende Empfehlung zur Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz.

Die Weiterentwicklung und der Erwerb der **Handlungskompetenzen in der digitalen**



Welt sind eine Querschnittsaufgabe des fachlichen und überfachlichen Lernens, das bereits vor der Grundschule beginnt. Digitale Instrumente wie die Individuelle Lernstandsanalysen online (ILeA plus) oder die Digitale Lernausgangslage (Digi LaL) helfen Lehrkräften, die Kompetenzentwicklung von Schüler*innen in den Fächern Mathematik und Deutsch, Englisch oder Französisch festzustellen, um je nach Bedarf individuelle Fördermaßnahmen noch gezielter anzuwenden.

Auch die **Bildungseinrichtungen in Brandenburg** sind zentrale Akteure einer sich wandelnden digitalen Gesellschaft und helfen, Zugänge zum Erwerb digitaler Kompetenzen zu garantieren. Dabei spielen außerschulische Bildungsangebote eine wichtige Rolle und auch Lernprozesse außerhalb von Institutionen (z.B. in der Familie, im Freundeskreis etc.) sollen in den Blick genommen werden. Ihre Ausstattung mit Infrastruktur und Endgeräten sowie durch sie vermittelte ziel- und altersgerechte Digital- und Medienkompetenzen helfen Bürger*innen, das eigene Nutzungsverhalten kritisch zu reflektieren

und digitale Medien und Anwendungen zielgerichtet zu nutzen. Angestrebt wird eine Förderung von Kindheit an, um bereits in jungen Jahren fit für die digitalen Lebenswelten zu werden. Dies soll auch möglichst früh Schutz z.B. vor digitaler Gewalt gewährleisten.

Für den Schutz vor digitaler Gewalt ist die Medienpädagogische Bildungsarbeit der freien Träger des Jugendmedienschutzes unverzichtbar. Die Aktion Kinder- und Jugendschutz (AKJS) Brandenburg versteht sich als Fachstelle für den Jugendschutz in Brandenburg und setzt sich in dieser Rolle für die Verwirklichung der **Rechte von Kindern auf Schutz, Befähigung und Teilhabe im digitalen Raum** ein. Durch Fort- und Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte und Fachtage sowie Elternarbeit vermittelt die AKJS aktuelle Informationen und sensibilisiert für die digitale Lebenswelt. Beispielhaft für diese Arbeit ist das Projekt „Frühkindliche Medienbildung“, in dem eine digitale Broschüre für Einrichtungsleitungen von KiTas erstellt wurde. Sie hilft dabei, Kinder schon früh auf ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Gesellschaft

Vorhabenbox 1:

Fortbildung für Fachkräfte und Ausstattung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit digitalen Endgeräten

Aus Mitteln des Gute-KiTa-Gesetzes fördert das MBSJ im Jahr 2022 die frühkindliche Medienbildung im Land Brandenburg. Öffentliche und freie Träger von Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen können eine Förderung für Fortbildungen im Bereich Medienbildung und Digitalisierung beantragen. Es werden auch kostenfreie Angebote für pädagogische Fachkräfte zu den Themen „Medien & Kindheit“ finanziert. Gefördert wird außerdem die Ausstattung der frühkindlichen Bildungseinrichtungen mit digitalen Endgeräten für die Stärkung der medienpädagogischen Arbeit für die Wahrnehmung von digitalen Informations- und Weiterbildungsangeboten, die Elternarbeit sowie für die Realisierung von verwaltungsseitigen Aufgaben.

Vorhaben # 1

Meilensteine: **Auftaktveranstaltung; laufend Fortbildungen und Beschaffung von digitalen Endgeräten nach Bedarf in 2022**

Zuständiges Ressort: **MBSJ**

Zieldatum: **bis Ende 2022**

Vorhabenbox 2:

Steigerung der Digitalisierungskompetenz von Mädchen und Frauen

Im „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2020 – 2025 für das Land Brandenburg“ (GPR III) ist Digitalisierung als Schwerpunkt gesetzt. Daher fördern wir verschiedene Projekte von mädchen- und frauenpolitischen Trägern und Mädchentreffs, die den Abbau der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Nutzung von digitalen Technologien beabsichtigen. Dazu gehört auch, mehr Mädchen und Frauen für die Programmierung zu gewinnen und sie für entsprechende IT-Berufe zu begeistern. Darüber hinaus sollen die Zielgruppen in den Projekten ihre Kompetenzen im Umgang mit sozialen Medien ausbauen und für geschlechtsspezifische digitale Gewalt („Cybermobbing“, „Cybergrooming“, „Cyberstalking“) sensibilisiert werden.

Vorhaben # 2

Zuständiges Ressort: MSGIV

Meilensteine: Aufnahme des Förderkriteriums in das Merkblatt zur Förderung von Projekten im Bereich der Mädchenarbeit, zur Umsetzung der Ziele des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Landes Brandenburg und zur Stärkung der Arbeit der Frauenzentren für das Haushaltsjahr 2022

Zieldatum: bis 2025

vorzubereiten. Um auch Eltern im Umgang mit der Medienerziehung zu unterstützen, bietet das Projekt „Eltern-Medien-Beratung“ unter anderem auf Elternveranstaltungen und in Eltern-Online-Seminaren (www.eltern-medienberatung.de) Wissen rund um das Aufwachsen der Kinder mit Medien an.

Digitalisierung und Mediatisierung entwickeln eine zunehmende Relevanz für das **Lehren und Lernen** sowie für die Bewältigung und Gestaltung von Lebens- bzw. Arbeitsprozessen. Deshalb verbessern wir die Qualität von Lehr- und Lernprozessen durch den Einsatz von Digitalisierung, indem z.B. digitale Lehr- und Lernformate mit analogen Formaten verknüpft, in das alltägliche Bildungsgeschehen integriert und für die Realisierung qualitativ hochwertiger Lehr- und Lernprozesse sinnvoll eingesetzt werden. Mit dem Einsatz von

digitalen Instrumenten, Lernplattformen und Medien soll den unterschiedlichen Bedürfnissen im Thema Bildung begegnet werden sowie mehr Flexibilität und ein erleichterter Zugang zu beruflicher Qualifizierung für verschiedenste Zielgruppen geboten werden. In der Rahmenvereinbarung „Medienkompetenz stärkt Brandenburg“ zwischen der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) und dem MBJs werden Angebote und Initiativen unterstützt, die Bürger*innen befähigen, aktiv und nachhaltig an der Wissens- und Informationsgesellschaft teilzuhaben, Chancen zu erkennen und Risiken zu bewerten. Um der Diversität medialer Teilhabeprozesse und der Vielfalt der Medienlandschaft gerecht zu werden, wird ein intersektionaler Ansatz verfolgt. Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung von Nachrichten- und Informationskompetenz in der Wissensgesellschaft.



Vorhabenbox 3:

Schul-Cloud Brandenburg

Die Grundidee der Schul-Cloud Brandenburg ist es, Bildungsinhalte webbasiert überall erreichbar zu machen. Dadurch wird ihr Einsatz im Unterricht sowie im außerschulischen Lernen und zu Hause wesentlich erleichtert. Durch den Einsatz der Cloud-Technologie können beispielsweise Dokumente für den Unterricht zeit-, orts- und Endgeräte-unabhängig bereitgestellt, gemeinsam erstellt, ausgetauscht und sicher gespeichert sowie Lerninhalte unterschiedlicher Anbieter im Internet datenschutzkonform genutzt werden. Auf technischer Ebene stellt die Schul-Cloud Brandenburg eine datenschutzkonforme, digitale Lehr-Lernumgebung für den Schulunterricht bereit, die schulform-übergreifend eingesetzt werden kann. In Brandenburg sind bereits über 700 Schulen sowie die Studienseminare (zweite Phase der Lehrkräfteausbildung) an die Schul-Cloud Brandenburg angeschlossen.

Vorhaben # 3

Zuständiges Ressort: MBSJ

Meilensteine: Probetrieb und Weiterentwicklung ab 2021 im Verbund mit Niedersachsen und Thüringen

Zieldatum: bis 2025

Vorhabenbox 4:

Mobile Angebote der medienpädagogischen Bildungsarbeit

Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen dem MBSJ und dem Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e. V. (Imb) über die Kooperation von Schulen und außerschulischen medienpädagogischen Bildungspartnern werden kontinuierlich medienpädagogische Netzwerkstrukturen im Land Brandenburg auf- und ausgebaut (Jugendinformations- und Medienzentren – JIM). Zur Schaffung neuer unterstützender Netzwerkstrukturen ist zudem das Transferprogramm „jumbl“ (Jugendmedienbildung im ländlichen Raum) geschaffen worden. Mit diesem Programm fördern wir die Weiterentwicklung der Fachlichkeit sozialpädagogischer und erzieherischer Fachkräfte im medienpädagogischen Kontext.

Vorhaben # 5

Zuständiges Ressort: MBSJ

Meilensteine: Für laufende Förderperiode 2022:
Ausbau des JIM-Netzwerkes auf ca. 30 Einrichtungen;
Weiterbildung von bis zu 100 Pädagog*innen im Rahmen des Transferprogramms „jumbl“ in unterschiedlichen pädagogischen Settings; Coaching und Praxisbegleitung von bis zu 30 Pädagog*innen im Rahmen von „jumbl“

Zieldatum: fortlaufend

Eine zentrale Maßnahme, die zu diesem Zweck bereits seit 2016 in Zusammenarbeit mit dem Hasso-Plattner-Institut (HPI) entwickelt und pilotiert wird, ist die **Schul-Cloud Brandenburg**, eine digitale Lernumgebung für Lehrkräfte sowie Schüler*innen. Bis Juli 2021 erprobten die Verbundländer Brandenburg, Thüringen und Niedersachsen unabhängig voneinander die Schul-Cloud auf drei Landes-Instanzen, die jeweils auf der gleichen Anwendungsarchitektur basieren. Seit August 2021 ist die Schul-Cloud auf Grundlage eines Verwaltungsabkommens der drei Verbundländer zu einer länderübergreifenden Lehr- und Lerninfrastruktur unter Berücksichtigung landesspezifischer Anforderungen in den Erprobungsbetrieb überführt und gemeinschaftlich weiterentwickelt worden. Perspektivisch soll in Abstimmung mit den Schulträgern auch die Möglichkeit der Distribution von Bildungsmedien (sowohl freie Bildungsmedien/Open Educational Resources, als auch kommerzielle Angebote) implementiert werden. Die Anbindung der Schul-Cloud Brandenburg an die ländergemeinsame Bildungsmedieninfrastruktur SODIX-Mundo steht seit Juni 2022 zur Verfügung.

Die **Erreichbarkeit von Bildungsangeboten** ist für uns ein zentraler Schlüssel für die Sicherstellung der Kompetenzentwicklung im Rahmen des lebenslangen Lernens und der Chancengleichheit. Mittels digitaler Lehr- und Lernszenarien wollen wir deshalb verschiedensten Zielgruppen ein zeit- und ortsunabhängiges Bildungsangebot ermöglichen und sie gleichzeitig bestmöglich auf die digitalisierte Arbeits- und Lebenswelt vorbereiten.

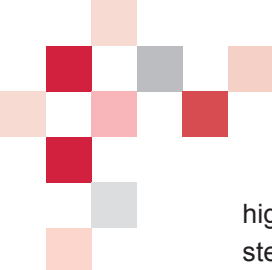
Maßgeblich für das Gelingen digitaler Bildung sind **gut ausgebildete und fachlich versierte Lehr- und Fachkräfte**, die auf dem zeitgemäßen Stand der aktuellen technologischen Entwicklungen sind. Besondere Bedeutung kommt hier qualifiziertem Lehr- und Fachpersonal zu, das Bildungsprozesse mit digitalen Medien adäquat gestaltet, digitale Lernumgebungen im Sinne der pädagogischen, fachlichen und didaktischen Bildungsziele sinnvoll entwickelt und auf eine lernförderliche Infra-

struktur zurückgreifen kann. Als Landesregierung richten wir die Lehrkräftebildung deshalb strategisch auf die Herausforderungen und Chancen der digitalen Welt aus. Dazu werden wir in Kooperation mit Bildungseinrichtungen und Hochschulen gezielt Lehr-, Fach- und Führungskräfte für die Durchführung digitaler Lehre sowie im Umgang mit Medien schulen und digitalisierungsbezogene Kompetenzen in die Lehrkräfteausbildung integrieren.

Alle zielgruppenspezifischen Qualifizierungsangebote orientieren sich bereits am Europäischen Rahmen für die Digitale Kompetenz von Lehrenden (DigCompEdu) mit dem Ziel, dass alle Lehrkräfte des Landes bis 2024 das Mindestniveau B2 erreichen.

Neben eher technisch orientierten und allgemeineren, medienpädagogischen Angeboten sind somit zunehmend auch fachdidaktisch orientierte Fortbildungsprogramme geplant, die das Thema Digitalisierung und „Lehren und Lernen mit digitalen Medien“ als Querschnittsthema der Unterrichtsentwicklung verstärkt berücksichtigen. Dazu zählt auch eine Stärkung der schulinternen Fortbildungen (Mikrofortbildungen) sowie die Kooperation mit externen (regionalen) Bildungsträgern (z.B. Kooperation mit dem Volkshochschulverband Brandenburg). Zudem werden ergänzend zu klassischen Fortbildungsveranstaltungen Blended-Learning-Formate entwickelt, Selbst-Lern-Kurse eingerichtet und Online-Fortbildungsveranstaltungen und Fachtagungen geplant. Die Gestaltung einer barrierefreien Lehre wird dabei durch die Nutzung barrierefreier Lehrmaterialien, Lernplattformen oder Software berücksichtigt.

Im Rahmen dieses Ansatzes wird die bereits bestehende Gruppe der Schulberater*innen mit dem Schwerpunkt Medienbildung um die Gruppe der Schulberater*innen mit dem expliziten Schwerpunkt Digitalisierung langfristig erweitert. Zur Umsetzung digitaler Fort- und Weiterbildungsangebote wurde im Schuljahr 2021/2022 mit Lernen.cloud eine leistungsfä-



hige Fortbildungsplattform zur Verfügung gestellt. Um langfristig eine landesweite Standardisierung bei der Entwicklung digitaler Kompetenzen von Lehrenden zu erreichen, soll im Rahmen einer möglichst phasenübergreifenden Zusammenarbeit der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ein Kompetenzmodell mit regionalen Bezügen sowie die Entwicklung von Qualitätsstandards für Fortbildungen hinsichtlich digitaler Kompetenzen erarbeitet werden.

Auch die **Hochschulen** sind zentrale Akteure der Digitalisierung im Bildungssektor und dafür verantwortlich, akademische Fachkräfte für eine zunehmend digitalisierte Welt auszubilden. Durch den reflektierten Einsatz **digitaler Lehr- und Lernszenarien** können die brandenburgischen Hochschulen die da-

für benötigten digitalen Kompetenzen zielorientiert vermitteln. Mittels digitaler Formate kann das Lernen außerdem noch gezielter auf die Lernbedingungen, -geschwindigkeiten und -voraussetzungen der Studierenden abgestimmt werden. Damit wird individuelle, zeitliche, räumliche und didaktische Flexibilität für Studierende sowie Lehrende sichergestellt und der Zugang zu akademischer Bildung für bisher nicht erreichte Studienberechtigte erweitert. Doch nicht nur die Lerninhalte werden digital, sondern auch die Lernumgebung: Mit der geplanten **Digitalisierung der Wohnheimverwaltung, des Verpflegungsbereichs oder der Beratungsangebote** erfüllen Studentenwerke die Ansprüche der Studierenden an ein digitales Studium und tragen zu einem reibungslosen Ablauf bei.

Vorhabenbox 5:

Digitalisierung in den Brandenburger Studentenwerken

Die Studentenwerke haben sich mit ihren Digitalisierungsstrategien auf den Weg gemacht, bis 2030 schrittweise ein Gesamtpaket an benutzungsfreundlichen, barrierefreien und nachhaltigen digitalen Serviceangeboten für Studierende zu entwickeln. Dafür werden die Studentenwerke mit finanzieller Unterstützung des Landes eine vernetzte IT-Verwaltungsarchitektur ohne Medienbrüche schaffen. Konkret bedeutet das digitale Serviceangebote der Studentenwerke für die Studierenden Erleichterungen in ihrem Studienalltag, beispielsweise durch eine digitale Wohnheimverwaltung mit digital einsehbarer Mietakte, digitaler Check-In-Möglichkeit beim Einzug und einem Online-Mietvertrag, eine Mensa-App mit Speiseplänen in Echtzeit und Online-Bestellfunktion und ergänzende digitale Beratungsangebote sowie elektronische Antragsverfahren.

Vorhaben # 6

Zuständiges Ressort: MWFK

Meilensteine: Unterstützung bei der Etablierung digitaler Beratungsangebote und dem Ausbau der digitalen Verwaltungsinfrastruktur der Studentenwerke.

Zieldatum: schrittweise bis 2030

Vorhabenbox 6:

Digitale Erwachsenenbildung und DigitalCampus Brandenburg

Auf dem DigitalCampus Brandenburg, einer webbasierten Lehr- und Lernplattform, stellen anerkannte Weiterbildungsorganisationen in freier Trägerschaft unter anderem Online-Seminare oder digitale Lernbausteine als Erweiterung von Präsenzkursen zur Verfügung. Weiterhin ist die Beratung und Fortbildung für die Fachkräfte dieser Organisationen Bestandteil des Projektes. Die Brandenburger Volkshochschulen nutzen bereits die bundesweit etablierte Plattform vhs.cloud. In einzelnen Modellvorhaben werden darüber hinaus Fortbildungsangebote zur Digitalisierung für Kursleitende und Mitarbeitende der Weiterbildungseinrichtungen entwickelt sowie die Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung der Weiterbildungseinrichtungen in Hinblick auf die Digitalisierung begleitet.

Vorhaben # 7

Zuständiges Ressort: MBJS

Meilenstein 2022: Zertifikatslehrgang „Kursersteller*in Erwachsenenbildung“

Zieldatum: fortlaufend

Im Kontext des lebenslangen Lernens kommt der **Weiterbildung** eine besondere Bedeutung in der Bildungsbiografie eines Menschen und damit im gesamten Bildungswesen zu. Auch hier tragen digitale Instrumente zu einer besseren Zielgruppenorientierung und Breitenwirkung bei. Deshalb unterbreiten wir unterschiedlichen sozialen Gruppen zur Ausbildung und Steigerung digitaler Kompetenzen gezielt Unterstützungsangebote.

Bildungsangebote zur digitalen Kompetenzentwicklung für Erwachsene können in der Grundversorgung der Weiterbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungs-gesetz stattfinden. Sie werden dann durch das Land Brandenburg anteilig gefördert. Das Bildungsangebot in der Grundversorgung steht grundsätzlich allen interessierten Erwachsenen offen. Es ist vielfältig und reicht von Kursen für den Umgang mit digitalen Geräten und zur Erstellung digitaler Medien oder Softwareschulungen über Weiterbildungsangebote zur Einordnung von Online-Quellen („Umgang mit Fake News“) bis zu Veran-

staltungen zum Einsatz digitaler Instrumente für zivilgesellschaftliches Engagement. Die inhaltliche Ausgestaltung der Grundversorgung wird regional jeweils im Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt bedarfsgerecht festgelegt. Als Anbieter der Grundversorgung stimmen die 20 Brandenburger Volkshochschulen sowie die anerkannten Weiterbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft das Bildungsprogramm daher in den regionalen Weiterbildungsbeiräten ab.

Bereits seit 2017 werden Modellprojekte beispielsweise zur Entwicklung medienpädagogischer Angebote und digitaler Formate zur Weiterbildung gefördert. In diesem Kontext entwickelte und erprobte Curricula und Methoden sollen den Volkshochschulen und nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannten Weiterbildungsorganisationen nun landesweit zugänglich gemacht und nachhaltig in der Regelförderung etabliert werden. Hierzu zählen verschiedene Modellprojekte zur digitalen Kompetenzentwicklung und Stärkung der digitalen Souveränität für Senior*in-



nen. So werden im Projekt „DigiTrans – Die digitale Transformation in der Bildung Älterer aktiv gestalten“ unter Mitwirkung von Senior*innen neue Lernangebote entwickelt und digitale Methoden und Tools für die Weiterbildung älterer Menschen erprobt. Die im Projekt entstehenden Tutorials und Leitfäden zur digitalen Erwachsenenbildungsarbeit werden online veröffentlicht. Für die Förderung dieses Projekt stehen in den Jahren 2021 und 2022 insgesamt 160.000 Euro aus Landesmitteln zur Verfügung.

Um grundsätzlich den Zugang zu neuen Formen der Weiterbildung zu ermöglichen, bedarf es bezogen auf die unterschiedlichen Zielgruppen dieser Angebote eines **gezielten Kompetenzaufbaus**. Durch niedrigschwellige Lernorte im vertrauten Umfeld (wie z.B. Seniorenbegegnungsstätten) werden wir den Kompetenzaufbau unterstützen und damit eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe von Senior*innen an einer zunehmend digitalen Gesellschaft schaffen. Dafür werden auch die Beschäftigten dieser Lernorte ent-

sprechend geschult, damit sie als Multiplikator*innen eingesetzt werden können. Mit dem Projekt „Digital FIT für Seniorenbeiräte“ besteht ein Angebot, das die rund 170 Interessenvertretungen Älterer auf kommunaler Ebene mit den digitalen Werkzeugen vertraut macht und gleichzeitig über einen Peer-Ansatz andere Senior*innen für die Möglichkeiten der digitalen Welt gewinnt.

Auch in der **digitalen Arbeitsgesellschaft** wird der Bedarf an kontinuierlicher Weiterbildung immer größer. Übergreifende Kompetenzen wie interdisziplinäres Denken und Handeln, Prozess-Know-how, Abstraktions- und Problemlösungsfähigkeit sowie Führungskompetenz für die Gestaltung von Veränderungsprozessen und gleichberechtigte Teilhabe gewinnen stetig an Bedeutung. Zur Vermittlung dieser Kompetenzen wurde bereits das **Regionale Zukunftszentrum Brandenburg** geschaffen. Es stellt Kontakte und Informationen insbesondere zu Fragen rund um Führung, Kommunikation, Arbeitsorganisation und Veränderungsmanagement

Vorhabenbox 7:

Digitales Qualifizierungs- und Kooperationsnetzwerk für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe – Netquali-BB

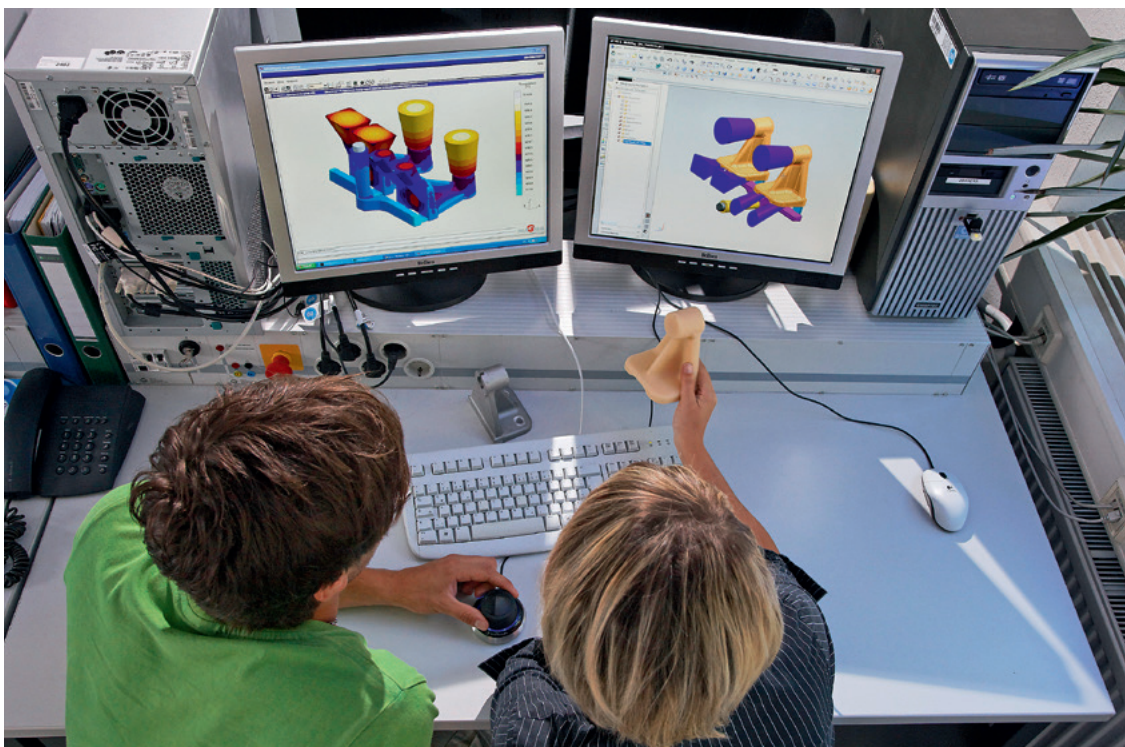
Personalentwicklung und -bindung sind zentrale Strategien für die mittel- und langfristige Sicherung von Fachpersonal. Dabei wird Personalentwicklung vor allem mittels Fort- und Weiterbildung sowie beruflicher Qualifizierung erreicht. Mit Netquali-BB steht ein webbasiertes Kooperations- und Qualifizierungsnetzwerk bereit, welches sich an die Einrichtungs- und Bildungsträger, die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe selbst sowie auch die breitere Fachöffentlichkeit richtet. Mit seiner konzeptionellen Ausrichtung leistet das Portal einen wichtigen Beitrag zur qualitativen, zeit- und raumunabhängigen Weiterentwicklung der Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe im Land Brandenburg. Berufseinsteiger*innen wie langjährige Fachkräfte profitieren von qualitativ hochwertigen und einfach zugänglichen Informationen und Qualifizierungsangeboten.

Vorhaben # 8

Zuständiges Ressort: MBJS

Meilensteine: Erweiterung der Kooperationspartner, des Mediatheks-, Seminar- und Medienangebots.

Zieldatum: fortlaufend



Übergreifende Kompetenzen wie interdisziplinäres Denken und Handeln und Problemlösungsfähigkeit sind Ausbildungsbestandteil dualer Studienangebote, die auch das Arbeiten mit komplexeren digitalen Instrumenten beinhalten.

zur Verfügung. Die **Förderung des Regionalen Zukunftszentrums** aus Mitteln des Bundes, des Europäischen Sozialfonds und des Landes wollen wir daher über das Jahr 2022 hinaus fortsetzen. Die (Aus-)Bildung und Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften ist dabei ein wesentlicher strategischer Schwerpunkt unserer Landespolitik. Zur Ausbildung von Fachkräften gilt es deshalb, **duale Studienangebote** für Studierende und Unternehmen/Institutionen mit digitalen Instrumenten und Methoden zu ergänzen, um die Erreichbarkeit auch in hochschulfernen Regionen und Flexibilität auf allen Seiten zu erhöhen. Darüber hinaus unterstützen wir die berufliche und betriebliche Weiterbildung in Form von vielfältigen Landes- und Bundesprogrammen, u.a. mit der ESF-Weiterbildungsrichtlinie des Landes, um notwendige Kompetenzen, insbesondere für die Gestaltung der digitalen Transformation, zu vermitteln. Dies wird auch in der neuen Fach- und Arbeitskräftestrategie des Landes aufgegriffen, die im März 2022 veröffentlicht wurde. Die Gestaltung der Digitalisierung in der Arbeitswelt wird hierbei als Querschnittsthema berücksichtigt.

Für das **Maßnahmenbündel I: Digitale Kompetenzen in allen Lebensphasen sicherstellen** sind weitere zentrale Vorhaben folgenden Ressortstrategien zu entnehmen:

- **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
 - **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ)**
Strategische Ziele des MBSJ – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel
 - **Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV)**
Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025
 - **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE)**
Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg
-



Maßnahmenbündel II:

Teilhabe an und durch Digitalisierung ermöglichen

Alle Bürger*innen in Brandenburg sollen aktiv am politischen, kulturellen und sozialen Leben teilnehmen können. Die individuellen Bedürfnisse im Alltag eines jeden Menschen müssen dabei Berücksichtigung finden. Daher ist es eines unserer zentralen Anliegen, einen Fokus auf die Verfügbarkeit und die Qualität der Zugänge zu digitalen Angeboten zu setzen. Durch die Sicherstellung dieser Zugänge für alle Nutzergruppen unter Berücksichtigung vielfältiger spezifischer Anforderungen ermöglichen wir digitale **Teilhabe und Inklusion für alle Bevölkerungsgruppen in Brandenburg**.

Das Internet und digitale Anwendungen müssen für alle Bürger*innen in Brandenburg ohne Probleme zugänglich sein. **Digitale Barrierefreiheit als Aspekt der digitalen Teilhabe** baut politikfeld- und zielgruppenübergreifend Hindernisse ab und ermöglicht diese Zugänge. Barrierefrei gestaltete öffentliche Webseiten und digitale Anwendungen ermöglichen es Menschen mit Behinderungen, diese in der allgemein üblichen Weise und grundsätzlich ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen und bedienen können. Unser Ziel ist eine menschenzentrierte Digitalisierung: Daher muss die Entwicklung öffentlicher Webseiten und Anwendungen immer die speziellen Anforderungen aller Nutzergruppen einschließen, um durchgängige Barrierefreiheit zu erreichen. Beispielhaft zu nennen ist ein barrierefreier Zugang zu bürgerzentrierten Dienstleistungen und Verwaltungsangeboten sowie Plattformen wie beispielsweise der **Schul-Cloud Brandenburg**. Idealerweise wird auf zertifizierte Programme und Systeme zurückgegriffen, welche europäische und internationale Standards zu barrierefreier IT-Systeme erfüllen. Bei der Entwicklung und Beschaffung digitaler Systeme sollten diese Standards ebenso beachtet werden und zudem im Sinne der Wahrung

von Minderheitenrechten eine Nutzbarkeit in niedersorbischer Sprache berücksichtigt werden. Es sollen ebenfalls spezielle Angebote für Kompetenzvermittlungsformate für ältere sowie behinderte Menschen von Bibliotheken im Land Brandenburg angeboten werden. Sprachliche Barrieren werden wir durch die zunehmende Bereitstellung von mehrsprachigen Informationen sukzessive abbauen.

Zusätzlich werden wir Maßnahmen, die über die gesetzlichen Verpflichtungen der Barrierefreiheit hinausreichen, wie beispielsweise die Bereitstellung von Webseiten in „Einfacher und Leichter Sprache“ sowie in Deutscher Gebärdensprache, angehen und somit die Befähigung zur digitalen Teilhabe stärken. Insbesondere wollen wir die Grundlagen schaffen, damit bis zum Jahr 2025 alle öffentlichen Stellen in Brandenburg in die Lage versetzt werden, die Inhalte auf ihren Startseiten – auch in mobilen Anwendungen – in Deutscher Gebärdensprache und in Leichter Sprache bereitzustellen. Daneben sollten IT-gestützte Angebote und Anwendungen einen möglichst geringen Komplexitätsgrad aufweisen, um so den Zugang und die Nutzung zu vereinfachen.

Auch für Senior*innen werden wir nutzergerichte Angebote schaffen, um die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft niedrigschwellig zu ermöglichen. Dies transferiert den bisherigen Ansatz zur Förderung eines selbstbestimmten, eigenständigen und vielfältigen Lebens im Alter in Brandenburg ins Digitale. In diesem Sinne gilt es, die **digitale Souveränität Älterer** durch ebenso vielfältige Kompetenzvermittlungsansätze vor Ort zu stärken. Wenn diese an vertrauten Strukturen anknüpfen, sind die Zugangshürden besonders gering. Wenn wir dabei die für die Lebenswelt von Senior*innen relevanten Themen wie ein möglichst langes und selbstbestimmtes Wohnen im angestammten Quartier oder die Unterstützung ihrer Mobilität bis ins hohe Alter in den Blick nehmen, ist der persönliche Nutzen umso größer. So bieten gerade digitale Assistenzsysteme im Wohnumfeld neue

Vorhabenbox 8:

Digitale Barrierefreiheit

Zentrales Element und gleichzeitig übergreifendes Querschnittsziel der digitalen Transformation ist die Sicherstellung von digitaler Barrierefreiheit bei allen etablierten und neuen digitalen Anwendungen. Der Zugang und die selbstbestimmte, sichere und verantwortungsvolle Aneignung und Nutzung digitaler Anwendungen und Technologien, muss für alle Nutzergruppen sichergestellt werden. Das Ziel einer menschenzentrierten Digitalisierung gilt gleichermaßen für Informations-, Verwaltungs-, Bildungs- und Beratungsangebote. Gleichberechtigte Teilhabe wird so politikfeld- und ressortübergreifend gewährleistet. Bei der Umsetzung digitaler Barrierefreiheit hat Open Source Software (OSS) Vorrang.

Vorhaben # 9

Zuständiges Ressort: alle

Meilensteine: Überprüfung der Webauftritte aller Landesressorts auf digitale Barrierefreiheit bis 2025 durch die Überwachungsstelle für digitale Barrierefreiheit im LASV

Zieldatum: fortlaufend

Möglichkeiten, um bei auftretendem Hilfebedarf den Alltag weiterhin gut zu bewältigen. Insbesondere für die vielen Älteren, die in den dörflich geprägten Regionen Brandenburgs leben, bieten solche **digitalen Unterstützungslösungen** ein hohes Potenzial zur Förderung eines guten und selbstbestimmten Älterwerdens auf dem Lande.

Für Menschen mit Behinderung ist die **barrierefreie Arbeitswelt** eine Voraussetzung, um am Berufsleben teilzuhaben. Was bisher bereits bei der Ausstattung der Arbeitsplätze und der Arbeitsumgebung berücksichtigt wurde, wird zukünftig auch für die digitalen Arbeitsmittel angewandt. Dabei ist unbedingt auf eine individuell bedarfsgerechte Digitalisierung zu achten. Unzureichend durchdachte oder nur teilweise umgesetzte Digitalisierung kann im Zweifel kontraproduktiv sein und ggf. eher Barrieren aufbauen. So sind z.B. eingescannte Dokumente zwar digitalisiert im einfachsten Sinne. Sie können aber oftmals nicht mehr durch digitale Assistenzsysteme vorgelesen werden und können Personen mit Behinderung daher zusätzlich ausgrenzen.

Ein wesentlicher Baustein zur Sicherstellung von digitaler Barrierefreiheit ist ihre Berücksichtigung in IT-Projekten und bei IT-Beschaffungen bereits von Beginn an. Barrierefreiheit ist deshalb bereits bei Ausschreibungen einzufordern und bei Eigenentwicklungen mitzudenken. Daher wird bei der öffentlichen Vergabe von IT-Lösungen die Gewährleistung von digitaler Barrierefreiheit zukünftig zur verpflichtenden Anforderung in allen Leistungsbeschreibungen.

Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg mit zum Teil langen Anfahrtswegen wird durch ein **digitales Beratungsangebot** der Zugang zu den Hilfsstrukturen deutlich verbessert. Durch die landesweite Etablierung von **digitalen Beratungsinfrastrukturen** gewährleisten wir ortsunabhängige und zeitnahe Beratung. Voraussetzung ist qualifiziertes Fachpersonal und die Möglichkeit zu digitaler Vernetzungsarbeit mit anderen Berufsgruppen. Dementsprechend müssen Beschäftigte Zugang zu Fortbildungsangeboten und zur Vernetzung haben sowie mit entsprechender Informationstechnik ausgestattet sein.



Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes soll eine trägerübergreifend nutzbare Infrastruktur für die digitale Suchtberatung realisiert werden. Diese wird in eine bundesweite Sozialplattform eingebettet, auf der auch weitere Sozialleistungen in digitaler Form angeboten werden. Als Grundlage für die Umsetzung der **digitalen Suchtberatung** dient die vom Bundesministerium für Gesundheit geförderte und gemeinsam mit Expert*innen aus der Suchthilfe erstellte Konzeption einer trägerübergreifenden digitalen Beratungsplattform für die kommunale Suchtberatung.

Spätestens seit Beginn der Covid-19-Pandemie sind die Vorteile und die Notwendigkeit digitaler Möglichkeiten auch im Bereich Gewaltschutz für Frauen deutlich geworden. Zu einer **digitalen Frauenschutzinfrastruktur** sollen künftig verstärkt die digitale Beratung und die Betreuung von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, durch die Frauenhäuser und Fachberatungsstellen gehören, etwa auch mit digitaler Sprachmittlung. Darüber hinaus werden wir im Rahmen der Täter*innenarbeit bei häuslicher Gewalt Angebote für digitale Präventionsarbeit schaffen. Die digitale Fachkräftefortbildung und Vernetzung wollen wir im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel durch die Mitfinanzierung des bundesweiten interdisziplinären Online-Kursus „Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt“ ermöglichen. Das webbasierte Fortbildungsprogramm zum Themenkomplex Gewalt in Paarbeziehungen richtet sich speziell an Fachkräfte für Schutz und Unterstützung in spezialisierten Einrichtungen und Diensten, wie Kinder- und Jugendhilfe, Frauenhäusern, Polizei und anderen an Intervention und Hilfe Beteiligten.

Landesweit werden wir die digitale Datenerhebung zu geschlechtsspezifischer Gewalt, häuslicher Gewalt und Menschenhandel ausbauen. Das Zusammentragen von Daten aus verschiedenen Quellen wird digitalisiert, verknüpft und vereinfacht. Mithilfe eines Datenmonitoring können so Maßnahmen künftig noch effektiver gesteuert werden. Ziel ist es, dass Unterstützung, Schutz und Be-

ratung auch wirklich bei den Betroffenen ankommen. Das Vorhaben ist Teil der Umsetzung des Europaratsübereinkommens zur **Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt**, der sogenannten Istanbul-Konvention, sowie der Europaratskonvention zur Bekämpfung des Menschenhandels. Die Konzeption und Einrichtung des Monitorings wird in enger Abstimmung vieler landesweiter Akteur*innen und Institutionen sowie mit dem Bund und den Ländern erfolgen. Die digitalen Beratungsangebote für LSBTIQ-Personen, v.a. in Bezug auf Hasskriminalität, werden wir ausbauen.

Zur **Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes** sind Online-Angebote erforderlich, die die Anmeldung von Prostitutionstätigkeit und Gewerbetreibenden erleichtern. Auch können Prostituierte darüber niedrigschwellig und mehrsprachig informiert werden, etwa über Umstiegsangebote.

Die Sicherstellung von Möglichkeiten zur Teilhabe ist eng mit aktiver Aufklärung und **Wissensvermittlung** verbunden. Für einen effizienten **Schutz von Verbraucher*innen** verfolgen wir daher eine **aktive Verbraucherpolitik**. Im Zuge der digitalen Transformation entstehen kontinuierlich neue Technologien und neue digitale Geschäftsmodelle. Diese bergen Chancen, aber erheben auch neue Anforderungen an die Nutzenden, beispielsweise im Umgang mit persönlichen Daten. Um eigenverantwortlich und risikoarm mit neuen Angeboten umgehen zu können, unterstützen wir Verbraucher*innen deshalb, sich einen kompetenten Umgang mit ihren Daten sowie mit digitalen Prozessen anzueignen.

Um eine kompetente Verbraucherberatung durch die Verbraucherzentrale Brandenburg auch in ländlichen Regionen anbieten zu können, wurde das Digimobil I für eine mobile Verbraucherberatung im Norden des Landes etabliert. In diesem speziellen Fahrzeug können sich Verbraucher*innen mit modernster Technik per Videochat mit Berater*innen der Verbraucherzentrale verbinden lassen. Ab

Vorhabenbox 9:

Smart Surfen

Das Projekt „Smart Surfen“ fördert die digitale Verbraucherkompetenz für ältere Verbraucher*innen und weitere Verbrauchergruppen zu digitalen Themen. In neun Modulen werden Themen wie Kommunikation, Unterhaltung, Datensicherheit, Onlineshopping aber auch Ethik im Internet an die Zielgruppen herangetragen. Das Projekt beginnt mit der Zielgruppe Senior*innen. In den Folgejahren soll der Projektansatz auch auf andere Zielgruppen, etwa Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen, ausgebaut werden.

Vorhaben # 12

Zuständiges Ressort: MSGIV

Meilensteine: Schulung von Multiplikatoren für die Zielgruppe Senior*innen sowie Feinkonzept für andere Zielgruppen bis Ende 2. Quartal 2022; Aufbau und Pflege von Netzwerken

Zieldatum: bis 2024

2022 konnte dieses Angebot erweitert werden. Das MSGIV fördert die Anschaffung des Digimobil II in Höhe von 150.000 Euro und den laufenden Betrieb im Rahmen der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale Brandenburg. Dadurch ist im Süden des Landes ein weiteres Digimobil für die Bürger*innen im Einsatz.

Für die Stärkung digitaler Verbraucherkompetenzen ist eine Förderung der Kompetenzen über die gesamte Bildungsbiografie notwendig, damit etwaige Nutzungsrisiken gemindert werden können. Es gilt, **ziel- und altersgruppenspezifische Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote** mit Fokus auf den digitalen Raum voranzutreiben (siehe auch Maßnahmenbündel I): Eigenverantwortlichen Umgang mit persönlichen Daten befähigen und Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberkriminalität stehen im Fokus der Zielsetzung, damit sich Verbraucher*innen sicher in der digitalen Welt bewegen können. Voraussetzung dafür ist die **Sicherung, Fortentwicklung und Durchsetzung der Verbraucherrechte im digitalen Bereich**, insbesondere bei den Themen Datenschutz und Datensicherheit sowie dem transparenten Einsatz von Algorithmen und

KI. Insbesondere die Durchsetzung von Verbraucherrechten im Zusammenhang von automatischen Entscheidungssystemen stellt eine zentrale politische Herausforderung und zugleich ein wichtiges Forschungsfeld der KI-Anwendungsforschung dar. Um Verbraucherrechte im digitalen Bereich zu sichern und weiterzuentwickeln, werden die Erkenntnisse von Verbraucherorganisationen ausgewertet, um einer eventuellen Gefährdung durch digitale Prozesse sowie neue Geschäftsmodelle zu begegnen. Vor allem der Schutz der Verbraucher*innen vor Cyberkriminalität und betrügerischen Strukturen im Internet spielt für uns eine zentrale Rolle. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Verbraucherpolitischen Strategie werden wir weitere Ziele zum Schutz der Verbraucher*innen in der digitalen Welt setzen.

Wir beziehen außerdem unsere Bürger*innen nicht nur durch die Bereitstellung von Informationen und Dienstleistungen, sondern auch im Sinne von **E-Partizipation** in Prozesse ein, z.B. bei Gesetzgebungs- oder Beteiligungsverfahren der Verwaltung. Auch die vielfältigen Belange von Menschen mit Migrationsgeschichte sind bei der Ermöglichung digitaler Teilhabe konsequent mitzudenken,



*Das Vorhaben „Smart Surfen“ soll die digitale Verbraucherkompetenz von Senior*innen fördern.*

damit alle von den im Digitalprogramm erklärten Vorhaben profitieren können. Mehrsprachigkeit bei digitalen Angeboten kann etwa dazu beitragen, Zugangshürden aufgrund von Sprachbarrieren abzubauen. Zudem ist beispielsweise mit Blick auf die Partizipationsmöglichkeiten der dort untergebrachten Menschen flächendeckendes WLAN in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete wichtig.

Für das **Maßnahmenbündel II: Teilhabe durch digitale Tools ermöglichen** sind weitere zentrale Maßnahmen in folgenden Ressortstrategien nachzulesen. Durch den stark fach- und politikfeld- übergreifenden Charakter sind Anknüpfungspunkte jedoch in allen Ressortstrategien zu finden.

- **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
- **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS)**
Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel
- **Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV)**
Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025

2.2 Digitale Gesellschaft

Im Rahmen des kollektiven Gemeinwesens, der **digitalen Gesellschaft**, werden Zugänge zu digitalen Angeboten in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen geschaffen. Digitalisierung verändert dabei nicht nur die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, sie eröffnet auch neue Spielräume und Innovationen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel in der Mobilität, der Gesundheit und der Bildung. All diese Handlungsfelder werden durch die digitale Transformation durchdrungen und auf profunde Weise verändert. Aber auch weitere zentrale gesellschaftliche Themenfelder gilt es, mit Fokus auf digitalisierungsrelevante Fragestellungen ganz bewusst weiterzuentwickeln. Arbeitsstrukturen, -räume und -prozesse werden in ganz besonderem Maße von der Digitalisierung geprägt. Damit können Flexibilisierung und Individualisierung, aber auch eine Entgrenzung einhergehen. Die Weiterentwicklung all dieser Handlungsbereiche mittels klug eingesetzter und bedarfsorientierter Digitalisierungsmaßnahmen wollen wir als Landesregierung bestmöglich unterstützen und steuern.

Maßnahmenbündel III:

Daseinsvorsorge durch digitale Angebote stärken

Die Daseinsvorsorge ist das zentrale Element für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie eine hohe Lebensqualität in ländlichen und urbanen Räumen. Digitale Anwendungen und Prozesse tragen maßgeblich zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge bei und besitzen insbesondere in ländlichen Räumen das Potenzial, Angebote und Kommunikation zwischen Staat und Bürger*innen neu zu gestalten. Für uns als Landesregierung sind daher eine stabile Gesundheits- und Mobilitätsversorgung wie auch die Erreichbarkeit von Bildungsangeboten für alle Bevölkerungsgruppen als zentra-

le Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Attraktivität ländlicher Räume unverzichtbar.

Insbesondere die Sicherstellung der **medizinischen Versorgung** wird jedoch gerade in sehr ländlich geprägten oder strukturschwachen Regionen vor allem aufgrund demografischer Prozesse eine immer größere Herausforderung. Sinkende Bevölkerungszahlen und der gleichzeitig wachsende Anteil älterer und chronisch kranker Menschen in der Gesellschaft führen zu einem größeren Organisationsaufwand und erhöhten Kosten für das Gesundheitswesen in den Regionen. Mittels digitalisierter und vernetzter Angebote und Prozesse stellen wir im Gesundheitswesen höhere Effizienz, flächendeckendere Angebote, innovative Behandlungsmethoden und letztendlich eine bessere Versorgung von Patient*innen in der Breite sicher. Dabei nutzen wir die Expertise der Vielzahl unterschiedlicher Akteure, um den Gesundheitssektor in seiner Gesamtheit zu gestalten.

In diesem Gefüge haben die Gesundheitsämter nicht zuletzt während der Covid-19-Pandemie eine zentrale Funktion eingenommen. Ziel ist es, die administrativen und täglichen Arbeitsabläufe in Gesundheitsämtern mithilfe von technischen und prozessualen Modernisierungsmaßnahmen nachhaltig so zu stärken, dass diese ihre Kernaufgaben zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit der Bevölkerung des Landes Brandenburg effizient erfüllen können. Zur **Digitalisierung der Gesundheitsämter** und zum Anschluss dieser an interoperable Melde- und Informationssysteme arbeitet das Land Brandenburg eng mit verschiedenen Akteuren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene an der Entwicklung gemeinsamer Maßnahmen. So stellte das Land Brandenburg seinen Gesundheitsämtern zum Beispiel ein elektronisches Meldeportal zur Verfügung, mit dessen Hilfe die einrichtungsbezogene Impfpflicht zum Schutz vor Covid-19 für Beschäftigte im

Infobox 11:

Daseinsvorsorge in der digitalen Welt

Die öffentliche Daseinsvorsorge wird durch verschiedene Veränderungen geprägt, wie bspw. den Klimawandel, den demografischen Wandel, die Digitalisierung und die Transformation zu „smarten“ Städten und Regionen. Die Wechselwirkungen zwischen digitalem Wandel und Daseinsvorsorge sind auch in der Praxis von Brandenburger Kommunen und anderen Akteuren der Daseinsvorsorge in Brandenburg allgegenwärtig: Bestehende Leistungsbereiche – wie etwa Gesundheit, Bildung und Mobilität – verändern sich durch digitale Verfahren, neue digitale Angebote und Aufgaben für die Daseinsvorsorge entstehen. Manche Leistungen werden sich dabei vollständig digitalisieren lassen, andere jedoch nicht.

Daraus ergeben sich Veränderungen für alle Akteure der Daseinsvorsorge, unter anderem:

- organisatorische Veränderungen, wie etwa neue Möglichkeiten zur Kooperation, vor allem im Spannungsfeld zwischen Steuerung und Leistungserbringung der Daseinsvorsorge,
- rechtliche Veränderungen, so zum Beispiel Anforderungen in der Regulierung der organisatorischen und räumlichen Verortung sowie in der Zugänglichkeit von Leistungen und in Fragen der Datenverwendung und -souveränität,
- technische Veränderungen, wie die zunehmende Verknüpfung von Netzinfrastrukturen, Ausführungsinfrastrukturen, Anwendungen und Daten.

Ein Großteil der Leistungen der Daseinsvorsorge wird sich zu hybriden Leistungen mit digitalen wie auch analogen Anteilen entwickeln. Parallel dazu ermöglicht die Digitalisierung, künftige Leistungen aus sehr individuellen Nutzungsperspektiven zu entwickeln und zu gestalten. Flankiert wird die digitale Daseinsvorsorge von den Gestaltungsprinzipien Nachhaltigkeit, Wirkungsorientierung, Souveränität und Resilienz bei der Erbringung und Nutzung von Angeboten der Daseinsvorsorge. Diese Entwicklung kann die Lebensqualität in Brandenburg positiv beeinflussen.

Gesundheits- und Pflegebereich umgesetzt werden kann. Durch die digitale Modernisierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes stellen wir außerdem die Zusammenarbeit über verschiedene Verwaltungsebenen hinweg und somit die Stärkung im Gesundheitsbereich sicher.

Mit dem Ausbau der digitalen Infrastrukturen schaffen wir die erforderlichen Voraussetzungen für die Nutzung der digitalen Möglichkeiten in den Bereichen der **Telemedizin und Telematik**. Hierfür fördern wir innovative Ideen und Lösungen und vor allem das Engagement aller Akteur*innen im Gesundheitsbereich.



Live-Übertragung einer Operation in der Chirurgischen Klinik des Carl-Thiem-Klinikums Cottbus im Rahmen eines internationalen Symposiums der Universität Mainz. Die Chirurgen können mithilfe der Telemedizin unterschiedliche OP-Vorgehensweisen vergleichen und anschließend fachlich darüber diskutieren.

Vorhabenbox 10:

Digitalisierung der Gesundheitsämter

Im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter (bis Juni 2022) und der Vereinbarung zur Umsetzung des Förderprogramms Digitalisierung im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (bis Ende 2026) werden jedem Gesundheitsamt Fördermittel zur Erhöhung der digitalen Reife sowie der technischen und prozessualen Modernisierung zur Verfügung gestellt. Notwendige digitale Infrastruktur und elektronische Meldesysteme werden geschaffen. Insbesondere steht eine Steigerung der Interoperabilität der Verfahren und Fachanwendungen sowie eine Modernisierung der Abläufe und Prozesse im Fokus. Als weitere inhaltliche und investive Handlungsschwerpunkte sind zu nennen:

- digitale Arbeitsgeräte und deren Zubehör, insbesondere stationäre oder mobile Endgeräte
- Software
- Konferenzlösungen wie Videosysteme, Anzeige- und Interaktionsgeräte
- Kommunikations- und Arbeitsplattformen, Portale, Cloudangebote sowie digitale Fortbildungsangebote
- Systeme, Werkzeuge und Dienste zur Verbesserung bestehender Angebote, der Service-Qualität oder der Interoperabilität digitaler Infrastrukturen
- Aufbau und Verbesserung weiterer technischer Ausstattung sowie der digitalen Vernetzung der Gesundheitsämter.

Vorhaben # 16

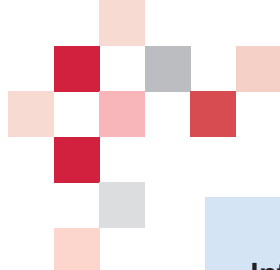
Zuständiges Ressort: MSGIV

Meilensteine: Erstellung eines Abschlussberichts zur Verwaltungsvereinbarung für die technische Modernisierung der Gesundheitsämter bis Juni 2022

Zieldatum: bis 2026

Als wichtige Innovatoren bei neuen medizinischen Verfahren, z.B. im Bereich der High-tech-Medizin, sind Krankenhäuser zentrale Akteure im Gesundheitssektor. Gleichzeitig gehören sie zu den kritischen Infrastrukturen und müssen durch resiliente und widerstandsfähige Systeme, Strukturen und Prozesse gesichert werden. Das **Gesetz für ein Zukunftsprogramm Krankenhäuser (Krankenhauszukunftsgesetz – KHZG)** dient der Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Strukturen in der Krankenhausversorgung. Mittel aus dem dafür einzurichtenden Krankenhauszukunftsfonds ermöglichen uns als Land Brandenburg bei entsprechender Kofinanzierung Investitionen, u.a. in bessere digitale Infrastrukturen der Krankenhäuser.

Damit werden wir Maßnahmen zur Digitalisierung der Ablauforganisation und Kommunikation, der Telemedizin, Robotik und High-tech-Medizin fördern. Auch Investitionen in die IT- und Cybersicherheit der Krankenhäuser und die regionalen Versorgungsstrukturen sollen daraus Unterstützung erhalten. Zielstellung für die Landesregierung ist es, die Krankenhäuser mithilfe der genannten Maßnahmen bis Ende 2024 zu modernisieren. Insbesondere in der Lausitz nutzen wir die Gestaltungsmöglichkeiten des Strukturwandels und schaffen in den kommenden Jahren mit Mitteln aus dem Strukturstärkungsgesetz ein **Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC)** als Kern einer **Modellregion Gesundheit Lausitz**. In Kombination der Leit-



Infobox 12:

Telemedizin, Telematik und ihre Anwendungen

Mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur werden auch die Voraussetzungen für die Nutzung der digitalen Möglichkeiten in der Telemedizin und der Telematik geschaffen. Hierfür bedarf es innovativer Ideen und Lösungen und vor allem des Engagements aller Akteure im Gesundheitsbereich. Notwendig ist z.B. der Ausbau der bereits bestehenden Kooperationen zwischen den Krankenhäusern in Brandenburg. Auch die Entwicklung neuer Konzepte und Ideen zur Vernetzung der gesamten Versorgungskette ist essenziell. Dies umfasst die Vor- und Nachsorge, die stationäre und ambulante – inkl. der pflegerischen – Versorgung, Rehabilitation und die häusliche Versorgung. Das gemeinsame Landesgremium nach § 90a SGB V kann dabei eine qualifizierte sektorenübergreifende Gesamtschau ermöglichen und nimmt regionale Fragen in den Fokus. So sollen durch neue Versorgungsformen insbesondere im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs stärker nachhaltige Lösungen für die gesundheitliche Flächenversorgung etabliert werden.

bilder Gesundheit und Digitalisierung entsteht in diesem Rahmen in Cottbus/Chósebus ein Standort für Universitätsmedizin und das dort ansässige Carl-Thiem-Klinikum (CTK) wird zum Universitätsklinikum und „Digitalen Leitkrankenhaus“ ausgebaut.

Auch Projekte, die nicht nur der Gesundheitsversorgung, sondern auch der **Beratung und Prävention** dienen, fördern wir gezielt. Unser Ziel ist es dabei, durch die Etablierung digitaler Beratungsstrukturen den Bürger*innen niedrigschwellige und leicht zugängliche

Vorhabenbox 11:

Digitales Leitkrankenhaus

Das Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC) soll aus der Universitätsmedizin Cottbus/Chósebus und einem digital unterstützten Netzwerk der Gesundheitsakteure in der Modellregion Gesundheit Lausitz bestehen. Neben dem Ausbau des CTK zu einem Universitätsklinikum sollen dort auch umfangreiche digitale Strukturen aufgebaut werden, um die Voraussetzung für das Netzwerk in der Region zu schaffen. Das CTK soll dazu über die gesetzlich geforderten Maßnahmen hinaus digital aufgerüstet und zu einem Digitalen Leitkrankenhaus ausgebaut werden. Es soll zudem die Weiterentwicklung der Versorgung durch innovative Datennutzung in der Forschung und Lehre der Universitätsmedizin gestalten. Das Digitale Leitkrankenhaus bildet somit die Schnittstelle zwischen moderner medizinischer Versorgung und gesundheitswissenschaftlicher und klinischer Forschung am IUC.

Vorhaben # 17

Zuständiges Ressort: MWFK unter Beteiligung des MSGIV

Meilensteine: Aufbau des Fundaments für ein Digitales Leitkrankenhaus; Ausbau zum Plattform-Anbieter; Vernetzung mit den Akteuren der Modellregion Gesundheit Lausitz

Zieldatum: 2035 (Vollausbau)



Mit 1.200 Betten und rund 2.500 Mitarbeitenden ist das Carl-Thiem-Klinikum (CTK) der größte Arbeitgeber in Cottbus und wird zum Universitätsklinikum und „Digitalen Leitkrankenhaus“ ausgebaut. Die Ergebnisse der diagnostischen Bildgebungsverfahren stehen im internen Krankenhaus Informations-System (KIS) sofort digital und online zur Verfügung. So wird die schnelle interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Klinik verbessert und die Entscheidungsprozesse verkürzt.

Angebote zur Verfügung stellen. Dazu zählen unter anderem die digitale Beratung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt oder die digitale Suchtberatung. So fördern wir beispielsweise das Projekt „DigiSucht“ der Brandenburgischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. zur Unterstützung der digitalen ambulanten Suchtberatung.

Für die Digitalisierung der Schulen und die Gewährleistung digitaler Teilhabe stellen wir moderne **Internetanbindungen und IT-Infrastruktur** in Brandenburg dauerhaft sicher. Die derzeitige Förderung des Glasfaserausbaus erfolgt im Rahmen der Richtlinie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) zur „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ und wird durch Landesmittel unterstützt. Mit der Förderung aus dem **DigitalPakt Schule** werden die Schulträger außerdem in die Lage versetzt, die Schulen grundlegend digital auszustatten sowie die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Die dauerhafte (finanzielle) Sicherstellung und Weiterentwicklung des

Digitalisierungsniveaus an Schulen verbleibt in der Zuständigkeit der Länder einschließlich der Kommunen. Die Landesregierung wird mit den Kommunen als Schulträger die Gespräche zur Förderung der digitalen Infrastruktur, zur Aufgabenteilung und Zusammenarbeit von Land und Kommunen sowie zu (technischen) Standards für Schüler*innen, Lehrkräfte, Schulgebäude und Schulorganisation fortführen.

Die digitale Transformation hat auch das Themenfeld **Verkehr und Mobilität** bereits sichtbar durchdrungen. Sie bietet große Potenziale, die öffentliche Mobilitätsversorgung im Rahmen der vorliegenden Raumstrukturen stärker zu flexibilisieren und einen Verzicht auf das eigene Auto zu ermöglichen – ohne, dass damit ein Verzicht auf individuelle Mobilität verbunden sein muss. Das Management des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird bereits heute zunehmend digitaler, innovative nachfrageorientierte Mobilitätsangebote haben den Markteintritt geschafft und sind über webbasierte Plattformen ergänzend zum ÖPNV verfügbar. Viele



Vorhabenbox 12:

DigitalPakt Schule

In Brandenburg stehen 151 Mio. Euro aus Bundesmitteln für die digitale Ausstattung von Schulen sowie für landesweite und länderübergreifende Maßnahmen zur Verfügung. Die Umsetzung des Förderprogramms soll bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Die durch die Zusatzvereinbarung „Administration-Förderung“ beschlossene Förderung für Brandenburg beträgt rund 15,1 Mio. Euro. Diese stehen für die Ausbildung und Finanzierung von IT-Administrator*innen zur Verfügung – sie sollen die Schulen bei der Wartung und Pflege der eingesetzten Technik unterstützen. Zusätzlich wurde die Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung „Leihgeräte für Lehrkräfte“ mit dem Ziel beschlossen, die Lehrkräfte mit digitalen mobilen Endgeräten auszustatten. Brandenburg stehen hierfür weitere 15,1 Mio. Euro zur Verfügung. Mit dem Abschluss der Beschaffung der Endgeräte durch die Schulträger ist im Jahr 2022 zu rechnen. Im Rahmen des „Sofortausstattungsprogramms“ sind Brandenburg Bundesmittel in Höhe von 15,1 Mio. Euro zur Ausstattung mit mobilen Endgeräten für Schüler*innen, die lernmittelbefreit sind, zur Verfügung gestellt worden. Zusätzlich investiert das Land mit einem landeseigenen Förderprogramm 23 Mio. Euro in die Ausstattung von Schüler*innen mit schulgebundenen digitalen mobilen Endgeräten. Die vollständige Beschaffung der Endgeräte durch die Schulträger wird im Jahr 2022 erwartet.

Vorhaben # 21

Zuständiges Ressort: MBJS

Meilensteine: Ausbau technischer Infrastruktur an Schulen und Einrichtungen der Lehrkräfteausbildung; Entwicklung digitaler Bildungsinfrastruktur

Zieldatum: bis 2026

Vorhabenbox 13:

Fortschreibung der Mobilitätsstrategie 2030

Bis voraussichtlich zum Ende des 4. Quartals 2022 soll die Mobilitätsstrategie 2030 des Landes Brandenburg überarbeitet werden. Der Digitalisierung als übergreifendem Querschnittsthema kommt dabei eine zentrale Rolle zu: Für eine nachhaltigere, bedarfsgerechte Mobilität und einen attraktiven Umweltverbund sollen u. a. multimodale Mobilitätsplattformen, flexible Bedienangebote (On-Demand, Sharing) und digitale Vertriebswege einen wichtigen Beitrag leisten. Auch die Berücksichtigung mobilitätseingeschränkter Verkehrsteilnehmer*innen ist ein weiterer, wichtiger Aspekt der Strategie.

Vorhaben # 26

Zuständiges Ressort: MIL

Meilensteine: Online-Konsultation mit erstem Entwurf im Juni 2022 geplant; Fertigstellung bis Ende 4. Quartal 2022

Zieldatum: bis 2022

Fahrplaninformationssysteme informieren Kund*innen in Echtzeit und die intermodulare Verknüpfung der Angebote wird durch die Zusammenführung digital verfügbarer Daten erleichtert. Zudem macht die Entwicklung neuer Antriebsformen und Technologien zur Befähigung des teilautomatisierten und sogar autonomen Fahrens immer größere Fortschritte. Die Wirtschaftlichkeit von Angebotsystemen insbesondere im ländlichen Raum bleibt aufgrund der dort niedrigeren Nachfrage allerdings eine Herausforderung, die eine besondere Berücksichtigung im Rahmen der geplanten Aktivitäten fordert.

Für die **Weiterentwicklung des autonomen bzw. automatisierten Fahrens** sind Erfahrungen aus Praxisprojekten von Bedeutung. Dementsprechend verfolgt die Landesregierung den derzeitigen Wissens- und Erfahrungsstand von digitalen Testfeldern sehr aufmerksam und steht mit dem Bund und den Ländern hierzu in einem regelmäßigen Austausch. In Bezug auf die Entwicklung von Projekten in diesem Bereich auf Landesebene bedarf es – insbesondere vor dem Hintergrund eines großen (finanziellen) Aufwands – einer sorgfältigen Prüfung des hierdurch möglichen Zugewinns an Wissen und Erfah-



Ein echter Meilenstein in der Erforschung und Weiterentwicklung des autonomen Fahrens waren die Interoperabilitätstests mit dem 5G-Standard und Hardware-Komponenten verschiedener Hersteller auf dem Lausitzring bei Klettwitz. Dort befindet sich Europas größtes unabhängiges Testzentrum für automatisiertes und vernetztes Fahren, das von der DEKRA betrieben wird.



rungen in Ergänzung der derzeitigen Projekte auf Bundesebene.

In diesem Kontext begleitete das MIL das Verbundprojekt „Autonomer öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) – Wirkungsforschung zu neuen Formen innovativer öffentlicher Mobilität und Nutzerakzeptanz anhand eines Probebetriebs in der Modellregion Ostprignitz-Ruppin“. Das Projekt hatte zum Ziel, die Voraussetzungen für den Einsatz autonom fahrender Fahrzeuge als Ergänzung des ÖPNV in ländlichen Räumen wissenschaftlich zu beleuchten und praktische Erkenntnisse mit Blick auf die Nutzerakzeptanz, eine wirtschaftlich-technische Integration dieser Betriebsformen in bestehende Nahverkehrssysteme sowie die Übertragbarkeit für eine breitere Anwendung in Deutschland zu gewinnen. Weitere Erkenntnisse für den Schienenpersonennahverkehr liefert unter anderem auch das Verbundprojekt „Autonome Systeme im Straßenbetriebshof“ unter Beteiligung der Verkehrsbetriebe in Potsdam (ViP). Ziel ist hierbei die Entwicklung eines digitalen Betriebshofes auf Basis einer autonom fahrenden Tram. Die Marktreife ist für 2026 vorgesehen.

Im Brandenburger Koalitionsvertrag wird betont, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung zur besseren Verknüpfung von Verkehrsträgern genutzt, innovative Mobilitätsangebote gefördert und die digitale Ausstattung im Nahverkehr ausgebaut werden sollen. Die Landesregierung legt einen Schwerpunkt auf die **Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen** zur Weiterentwicklung eines attraktiven Umweltverbundes – insbesondere des ÖPNV. Dazu fördern wir neue Vertriebsformen (wie das HandyTicket oder E-Ticketing) und Fahrgastinformationssysteme, flexible Bedienangebote (z.B. „On-Demand“) und multimodale Mobilitätsplattformen. Ins Zentrum dieser Entwicklung stellen wir innovative Mobilitätskonzepte, z.B. durch die im 2. Quartal 2020 in Kraft getretene und bis Ende 2024 geltende **Richtlinie „InnoMob“** (Richtlinie zur Förderung

von innovativen Mobilitätsangeboten im Land Brandenburg). Die ersten Förderprojekte wurden im 1. Quartal 2021 ausgewählt. Eines dieser Vorhaben ist der Rufbus Schlieben-Schönnewalde als Projekt des Landkreises Elbe-Elster in Kooperation mit dem Landkreis Teltow-Fläming. Mit den Kleinbussen, die ohne festen Fahrplan bei Bedarf verkehren, wird gezeigt, wie umweltfreundliche Mobilität auch in ländlichen Räumen flexibel und kundenfreundlich realisiert werden kann. Für die Bestellung des Rufbusses wird es sowohl telefonische als auch digitale Buchungsmöglichkeiten geben. Eine WebApp, welche unabhängig vom jeweiligen Betriebssystem der mobilen Geräte nutzbar ist, steht für Onlinebuchungen zur Verfügung. Der zentralen Rolle der Digitalisierung im Themenfeld Verkehr und Mobilität soll aber auch und vor allem durch die **Fortschreibung der Mobilitätsstrategie 2030** Rechnung getragen werden.

Für das **Maßnahmenbündel III: Daseinsvorsorge durch digitale Angebote stärken** sind weitere zentrale Maßnahmen in folgenden Ressortstrategien nachzulesen:

- **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS)**
Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel
 - **Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV)**
Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025
 - **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)
 - **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
-

Maßnahmenbündel IV:

Gesellschaftlichen und kulturellen Austausch im Digitalen fördern

Während der Covid-19-Pandemie ist eine Vielzahl an digitalen Kulturformaten entstanden: Museen, Theater, Bands und Orchester haben Wege gesucht, mit ihrem Publikum online in Kontakt zu treten, Musikschulen haben den Online-Unterricht erprobt, Bibliotheken ihre digitalen Angebote ausgeweitet, Künstler*innen das Internet als Präsentationsort ihrer Arbeit entdeckt und Kultureinrichtungen sind in digitale Arbeitsformate gewechselt. Der Aufbruch in eine digitale Kulturlandschaft Brandenburgs hat so durch die Covid-19-Pandemie einen kräftigen Schub erfahren. Unser zentrales Anliegen als Landesregierung ist es nun, der Dynamik dieser Entwicklung weiteren Aufwind zu verleihen und den Kultursektor bei der strategischen Aufstellung und der Anwendung digitaler Technologien für die künstlerische Arbeit, Produktion und Verwaltung, Prä-

sentation und Vermittlung, der Sammlung und Archivierung weiter zu unterstützen. Dabei geht es um nicht weniger als die **digitale Transformation von Kultureinrichtungen**.

Wir wollen Kultureinrichtungen und Künstler*innen befähigen, die Möglichkeiten der digitalen Welt für ihre Angebote zu nutzen, ihren Wirkungskreis zu erweitern und Arbeitsprozesse mithilfe der Digitalisierung umzustrukturieren und neu zu gestalten. Dazu gehört auch eine kritische Reflexion des Einsatzes von digitalen Technologien und damit eingehender Rezeptionsformen. Weiterhin muss der Auf- und Ausbau digitaler Infrastrukturen die wesentlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit auch Akteure und Organisationen im Kultursektor die Möglichkeit der Qualifikation erhalten, sich in der digitalen Welt strategisch auszurichten und ihr Portfolio entsprechend aufzubauen. So können Angebote für neue Seh- und Nutzungsgewohnheiten geschaffen werden, aber auch hybride Bildungs- und Teilhabeangebote, die Bedarfe der Barrierefreiheit berücksichtigen

Vorhabenbox 14:

Digitale Transformation von Kultureinrichtungen

Kulturschaffende Einrichtungen sowie Künstler*innen aller Sparten werden durch gezielte Fördermaßnahmen, Vernetzung und Beratung dabei unterstützt, in die digitale Transformation einzutreten, u. a. durch:

- Unterstützung der Entwicklung eigener Digitalstrategien an Kultureinrichtungen
- Investive Förderung zeitgemäßer digitaler Infrastruktur an den Kultureinrichtungen
- Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema Digitalisierung
- Vernetzung und Ausbau des digitalen Kulturangebots über digitale Plattformen
- Förderung von prototypischen und experimentellen Projekten zum Thema Digitalisierung
- Auf- und Ausbau kollaborativer Verbünde und kollegialer Netzwerke

Vorhaben # 27

Zuständiges Ressort: MWFK

Meilensteine: Ausstattung von ersten Kultureinrichtungen mit zeitgemäßer digitaler Infrastruktur bis 2023; Unterstützung der Entwicklung eigener Digitalstrategien an Kultureinrichtungen bis 2025

Zieldatum: bis 2030



und insbesondere in ländlichen Räumen ermöglichen, Distanzen zu überbrücken. Um diese neuen Angebote möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, sollen die Projekte von Beginn an einen barrierefreien Zugang bedenken. Auch die **digitale Vernetzung von Kultureinrichtungen** z.B. in gemeinsamen Projekten und über Plattformen wollen wir vorantreiben.

Die Digitalisierung im Kultursektor betrifft auch das **kulturelle Erbe** des Landes Brandenburg. Mit der digitalen Transformation besteht die Chance, das kulturelle Erbe der Vergangenheit und Gegenwart in seiner ganzen Vielfalt zu erfassen, zu sichern und auch über die Grenzen Brandenburgs hinaus zugänglich und erlebbar zu machen. Dabei soll das Prinzip der Offenheit eine breite Zugänglichkeit, Partizipation und Interaktion mit dem Kulturbereich ermöglichen. Digitale

Angebote können genutzt werden, um neue Zielgruppen zu erschließen und zeithistorische Ereignisse präsent zu halten. Dazu gehört auch die digitale Erschließung der Bestände des Gedächtnisses des Landes beim Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Die Landesregierung unterstützt und begleitet die Digitalisierung des kulturellen Erbes und den dafür notwendigen Ausbau digitaler Infrastrukturen mit entsprechenden Förderprogrammen. Die Entwicklung neuer digitaler Angebote soll möglichst kooperativ erfolgen, damit eine Vielzahl an Akteur*innen von dem Erkenntnisgewinn und geschaffenen Strukturen profitiert.

Auch die bereits umfassend stattfindende **Digitalisierung der öffentlichen Bibliotheken** spielt in diesem Kontext eine zentrale Rolle. Langfristiges Ziel der Bibliotheken ist, sich als hybrider Kultur-, Medien-, Lern-

Vorhabenbox 15:

Das kulturelle Erbe digital sichern und bewahren, zugänglich und erlebbar machen

Kultureinrichtungen wie Archive, Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten oder die Denkmalpflege werden durch folgende Maßnahmen unterstützt:

- Projektförderungen zur digitalen Erschließung und retrospektiven Digitalisierung analoger Originale, ihrer Präsentation und ihrer Speicherung
- Beteiligung des Landes an der Bund-Länder-finanzierten Plattform Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)
- Etablierung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs im Kooperationsverbund Digitale Archivierung Nord (DAN) und Entwicklung von Nutzungsmöglichkeiten für kommunale und öffentliche Archive über eine regionale Supportstruktur
- Förderung der Entwicklung und der Etablierung eines Digitalen Verbundmagazins Brandenburg (DVM-BB) für die Langzeitarchivierung von digitalem Kulturgut
- Ausbau von Fortbildungs- und Beratungsangeboten zu Digitalisierungsthemen an Fachstellen des Landes

Vorhaben # 28

Zuständiges Ressort: MWFK

Meilensteine: Projektförderung zur digitalen Erschließung analoger Originale bis 2025

Zieldatum: bis 2030

und Kommunikationsort sowie als zuverlässiger Bildungspartner vor allem für Schulen und KiTas weiter zu entwickeln. Hier werden zunehmend Projekte, Veranstaltungen und Aktionen mit digitalen Formaten das Bibliotheksprofil prägen. Dafür benötigen die Bibliotheken technische Ausstattung wie Präsentationstechnik, mobile Endgeräte und digitale Geräte für Kreativräume oder Labore. Auch die Medienbildung, die Förderung technischer Kompetenzen, die kompetente Nutzung sozialer Medien sowie die Recherche und Bewertung digitaler Inhalte stehen im Fokus. Darüber hinaus werden wir die Bibliotheken unterstützen, ihren dualen Weg als Informations- und Medienvermittler fortzusetzen. Analoge Medien werden weiterhin durch E-Medien ergänzt und neue Angebote im virtuellen Raum geschaffen (E-Books und E-Zeitschriften, Hörspiele, Streamen von Filmen ebenso wie digitale Fortbildungs- und Sprachlernangebote und der sichere Zugang zu PCs und Tablets). Mit Unterstützung der Landesregierung schärfen die Bibliotheken außerdem noch stärker ihr Profil als Schulungs- und Kreativräume bzw. Labore, die das Kennenlernen und Ausprobieren neuer Informationstechnologien für alle ermöglichen. Unser Ziel ist es, allen Bürger*innen einen umfassenden Zugang zu Inhalten unabhängig vom Medienformat zu bieten und

damit die digitale Teilhabe auf breiter Ebene zu fördern.

Für die Stadt- und Landesbibliothek (SLB) sind zudem insbesondere Digitalisierungsmaßnahmen für die Bearbeitung von zugesandten Pflichtexemplaren, die Bearbeitung der Landesbibliographie sowie die Vermittlung von Bibliotheksbeständen von zentraler Bedeutung.

Dem Erreichen der Zielsetzungen zuträglich sind auch die brandenburgischen Hochschulen, die durch die Beteiligung am Kooperativen **Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV)** einen hohen Vernetzungsgrad erreicht haben. Sie übernehmen damit eine wichtige Rolle im Transformationsprozess hin zu mehr Transparenz und Offenheit von Informationen und Daten in Wissenschaft und Forschung. Wir festigen daher die Angebotsstruktur des KOBV und erweitern diese entlang der Bedarfe der Hochschulen und öffentlichen Bibliotheken sukzessive.

Nicht zuletzt ist es eines unserer zentralen Anliegen, zu einer vielfältigen, lokal und regional ausdifferenzierten **Medienlandschaft** mit einer professionellen Berichterstattung aus allen Teilen Deutschlands beizutragen. Die Freiheit und Unabhängigkeit von Presse und

Vorhabenbox 16:

Den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärker in der digitalen Welt verankern

Eine staatsvertragliche Einzelbeauftragung jedes einzelnen Rundfunkprogramms passt nicht mehr zum geänderten Nutzungsverhalten der Menschen. Die Länder sorgen für die rechtlichen Rahmenbedingungen, damit die Rundfunkanstalten bestimmte Programme in Online-Formate überführen können.

Vorhaben # 32

Zuständiges Ressort: Stk

Meilensteine: Abstimmung im Länderkreis

Zieldatum: 2023



Sendungsproduktion im RBB-Studio Potsdam

Rundfunk ist ein hohes Gut mit Verfassungsrang. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Freiheit auch unter den Bedingungen des digitalen Wandels gesichert und gestärkt wird.

Für das **Maßnahmenbündel IV: Gesellschaftlichen Austausch im Digitalen stärken** sind weitere zentrale Maßnahmen in folgenden Ressortstrategien nachzulesen:

- **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
- **Staatskanzlei des Landes Brandenburg**
Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg
- **Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS)**
Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel

Maßnahmenbündel V:

Nachhaltigkeit durch digitale Instrumente unterstützen

Im Sinne der „Umweltpolitischen Digitalagenda“ auf Bundesebene verstehen wir die **Digitalisierung** zum einen als **Motor für eine nachhaltige Zukunft** und stellen sie in den Dienst von Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft, Ressourcenschutz, Biodiversität und Natur. Zum anderen muss Digitalisierung selbst ökologisch wie gesellschaftlich nachhaltig gestaltet werden. Nachhaltigkeit ist aus unserer Sicht ein Querschnittsthema, das bei der Digitalisierung in allen Anwendungsbereichen mitgedacht werden muss. Digitalisierungsvorhaben werden dafür über die Ressortgrenzen hinaus möglichst ressourcenschonend und klimaneutral geplant und umgesetzt. Zudem wird mit dem Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit die enge Verknüpfung der Themen Klima, Umwelt, Landwirtschaft als ein für Brandenburg zentrales KI-Anwendungsfeld im Rahmen der ressortübergreifenden Erarbeitung der KI-Landesstrategie adressiert.

In der Landwirtschaft kann die Digitalisierung Effizienz und nachhaltiges Wirtschaften fördern und einen wesentlichen Baustein zur Er-

Infobox 13:

Datengestützte Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel

Die im Bereich der Erdgeschichts-, Klima- und Klimafolgenforschung tätigen Forschungseinrichtungen Deutsches GeoForschungsZentrum (GFZ), Alfred-Wegener-Institut – Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI) und Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) führen aktuelle Umweltdaten in Modellansätzen und Modellierungen zusammen. Hierbei zeigen sie auf, welche möglichen Anpassungsstrategien an den menschengemachten Klimawandel in Brandenburg, in Deutschland, im europäischen und globalen Maßstab zu entwickeln sind.

reichung der ambitionierten Regierungsziele im Umwelt- und Klimaschutz liefern. Vor diesem Hintergrund wollen wir Brandenburgs führende Rolle in der digitalen Forst- und Landwirtschaft ausbauen und Unternehmen sowie Wertschöpfungsketten bedarfsorientiert digitalisieren. Insbesondere durch den Einsatz moderner Technologien und datenbasierter Lösungen werden die land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvorgänge moderner und effizienter. Mit ihrer Hilfe erleichtern wir eine ressourcenschonende Bewirtschaftung der Flächen, um so dem Klimawandel und Flächenverlust entgegenzuwirken.

Als praktische Anwendung planen wir, für landwirtschaftliche Unternehmen mit Umweltmanagement die Erweiterung GQS Umwelt-Audit als Arbeitshilfe der Gesamtbetrieblichen Qualitäts-Sicherung (GQS Hof-Check)

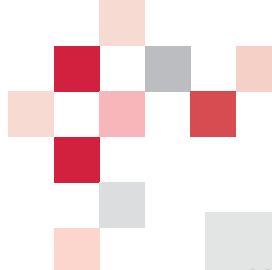
bereitzustellen. Mit dem Tool kann die Prüf- und Aufzeichnungspflicht unterstützt werden, um so ein funktionsfähiges Umweltmanagementsystem nach europäischen Vorgaben gewährleisten zu können.

Als Mitglied im länderübergreifenden Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik (KWF e.V.) fördert Brandenburg zudem die **Digitalisierung der Forstwirtschaft**. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und das KWF kooperieren aktuell zur Bearbeitung des Projekts HoBeOpt (Holz-BereitstellungsOptimierung) für die Synchronisation der bislang zersplitterten Informations- und Datenlandschaft, um eine digitale Vernetzung bei der Rohholzbereitstellung und -logistik zu ermöglichen. Somit wird eine effiziente Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz sichergestellt.

Infobox 14:

Waldbrand-Früherkennung

Wie digitale Technologien im Bereich der Gefahrenabwehr einen großen Mehrwert bieten, beweist das bereits seit 2003 bestehende und modernisierte System „FireWatch“ zur Waldbrandfrüherkennung. Das automatisierte, sensorbasierte System warnt die zuständigen Waldbrandzentralen bei Rauchentwicklungen und ermöglicht, Waldbrände in Brandenburg frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen zur Bekämpfung einzuleiten. 2021 wurde zudem eine Brandenburger Firma für ihr „Netz der Dinge“ zur Brandfrüherkennung durch den international hoch angesehenen Go-Global-Awards ausgezeichnet.



Vorhabenbox 17:

Nachhaltige Lebensmittelkette – digitale Lösungen

Im Rahmen eines fünfjährigen Kooperationsvertrages zwischen dem Deutschen GeoForschungs-Zentrum (GFZ) und dem MLUK werden Projekte initiiert, die im Interesse der Landesregierung der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union „Vom Hof auf den Tisch“ – für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem“ dienen. Für eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung werden die Beteiligten der Lebensmittelkette – Landwirt*innen, Fischer*innen sowie Aquakulturproduzierende – befähigt, ihre Erzeugungsmethoden umzugestalten und naturbasierte, technologische, digitale Lösungen anzuwenden. Klima- und Umweltergebnisse werden so verbessert, die Klimaresilienz erhöht und der Einsatz von Betriebsmitteln (beispielsweise Pestizide, Düngemittel) optimiert.

Vorhaben # 33

Zuständiges Ressort: MLUK

Meilensteine: Identifikation von Projekten; Initiierung von Projekten

Zieldatum: bis 2025

Ein weiteres zentrales Thema im Bereich einer nachhaltigkeitsorientierten Digitalisierung ist die **Lebensmittelversorgung**, welche wir durch entsprechende Maßnahmen nachhaltiger gestalten wollen. Im Rahmen der Ländervereinbarung für eine gemeinsame EDV-Lösung für Kontrollen im Bereich **Pflanzenschutz** und Pflanzengesundheit werden wir außerdem durch die Schaffung einer einheitlichen Meldeplattform für alle Bundesländer das Meldewesen im Pflanzenschutz digitalisieren. Mit dieser Maßnahme stellen wir eine Vernetzung der Informationen über die Bundesländer hinweg sicher.

Auch Kommunen und Infrastrukturbetreibern eröffnet der Einsatz digitaler Technologien vielseitige Steuerungsmöglichkeiten für „smarte“ Energie- und Verkehrssysteme, mit denen Ressourcen geschont werden können. Die optimale, datenbasierte Abstimmung der Systeme ermöglicht die Erschließung von Effizienzpotenzialen, die einen großen **Beitrag zu klimafreundlicheren Infrastrukturen** leisten können. Mit der Begleitung der Kommunen bei der Entwicklung entsprechender konzeptioneller und strategischer Grundlagen, mit praktischen Arbeitshilfen sowie Pro-

grammen zur Förderung innovativer Modellvorhaben wird das Land die Entwicklung von nachhaltigen „Smart Cities“ und „Smart Regions“ unterstützen.

„Green IT“, also auf **ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtete IT-Systeme** gewinnen immer mehr an Bedeutung, um den ökologischen Fußabdruck der Digitalisierung zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund wird das Land Brandenburg eine Green-IT-Strategie implementieren. Der Energie- und Ressourcenverbrauch der Digitalisierung ist in den letzten Jahren stetig gestiegen – und das obwohl viele Geräte immer energieeffizienter werden. Vor allem der zunehmende Bedarf an Daten- und Rechenzentren könnte langfristig zu einem weiter steigenden Stromverbrauch und damit – je nach Strommix – zu steigendem CO₂-Ausstoß führen. Darüber hinaus beinhalten Laptops, Bildschirme, Smartphones und andere Geräte Metalle und weitere Stoffe, deren Abbau oft unter schlechten Arbeitsbedingungen erfolgt und mit großer Umweltzerstörung einhergeht. Als Landesregierung sind wir uns bewusst, dass wir im Rahmen der Beschaffung und Nutzung digitaler Technologien einen wesentli-

Vorhabenbox 18:

Digitales Arten-Monitoring

Kern der Maßnahme ist die Erhebung von Bestandszahlen invasiver bzw. geschützter Arten, u. a. für den Wolf, durch unterschiedliche interessierte Personengruppen, wie z. B. Bürger*innen und Fachleute. Der digitale Meldeweg wird eine verlässliche Basis zum Monitoring der Arten bieten und gleichzeitig die digitale Aufbereitung und Weiterverarbeitung der Daten innerhalb der öffentlichen Verwaltung erleichtern.

Vorhaben # 34

Zuständiges Ressort: MLUK

Meilensteine: Pilotierung einer Art bis 2022

Zieldatum: fortlaufend

Vorhabenbox 19:

Green-IT Strategie in Brandenburg

Das Land Brandenburg ist in der Kooperationsgruppe „Green IT“ des IT-Planungsrats vertreten. Die Kooperationsgruppe hatte im März 2021 die Eckpunkte eines Strategiekonzepts zur Green-IT vorgelegt. Auf dieser Basis wurden bereits erste individuelle Ressort-Maßnahmen von der Landesverwaltung Brandenburg im Rahmen einzelner Ressort-Digitalisierungsstrategien angewandt. Weiterhin wurde in der aktuellen Fortschreibung der IT-Standards 2021 ein entsprechendes neues Kapitel „Green IT“ eingearbeitet. Dieses ist bei der Herstellung, Nutzung und Entsorgung von IT zu berücksichtigen.

Die Green-IT Strategie soll im IT-Planungsrat weiterentwickelt werden. Ziel ist es, diese Strategie zur IT-PLR-Sitzung im Oktober 2022 beschlussfähig vorzulegen. Anschließend sollen im Land Brandenburg auch daraus resultierende neue Anforderungen im Sinne eines einheitlichen verwaltungsübergreifenden Standardisierungsbeschlusses in zukünftigen IT-Standardfortschreibungen berücksichtigt werden. Damit ist die Green-IT-Strategie des IT-Planungsrates eine wichtige Grundlage für die Fertigstellung der Landesstrategie Green IT Brandenburg. Zudem sind die Green-IT-Standards entsprechend des brandenburgischen E-Government-Gesetz durch die brandenburgische Verwaltung zu erfüllen. Die Digitalisierungsstrategien der Ressorts wären dann entsprechend anzupassen.

Vorhaben # 36

Zuständiges Ressort: MIK

Meilensteine: Projektierung noch ausstehend

Zieldatum: bis 2025



chen Beitrag zu einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Digitalisierung leisten können.

Für das **Maßnahmenbündel V: Nachhaltigkeit durch digitale Instrumente unterstützen** sind weitere zentrale Maßnahmen in folgenden Ressortstrategien nachzulesen:

- **Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)**
Digitalpolitische Ressortstrategie – Digitalisierung im Dienst von Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
 - **Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)**
Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)
 - **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)
-

Maßnahmenbündel VI:

Die digitale Transformation der Wirtschaft fördern

Die Digitalisierung umfasst alle Wirtschaftsbereiche. Unternehmen stehen vor der Aufgabe, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu meistern und die sich daraus ergebenden Chancen optimal zu nutzen. Dabei geht es um die Optimierung von Prozessen und Abläufen, neue Geschäftsmodelle und Produkte, aber auch um Gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt. Hierbei kommt der Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten und der Betriebsratsgremien eine gewichtige Rolle zu. Sie tragen Erfahrungswissen, Kompetenzen und Ideen bei. Außerdem schafft der Dialog aller Beteiligten Akzeptanz.

Die brandenburgischen Unternehmen können bereits auf einen vielfältigen Mix aus Bundes- und Landesförderprogrammen für ihre Digitalisierungsvorhaben zurückgreifen. Gleichzeitig stellt sich die Aufgabe, die bestehenden Instrumente weiter zu optimieren, damit sie den Anforderungen im digitalen Strukturwandel gerecht werden. Dabei gilt es insbesondere, bedarfsgerechte Unterstützungsangebote für Kleinst- und Kleinunternehmen zu entwickeln.

Um Digitalisierungsvorhaben zu fördern, haben wir unter anderem das Programm Brandenburgischer Innovationsgutschein (BIG) durch Ergänzung um den „BIG-Digital“ weiterentwickelt, der insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Unterstützung bei der Vorbereitung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen sowie bei der in diesem Zusammenhang erforderlichen Qualifizierung von Mitarbeiter*innen bietet. Dazu gehört auch eine Reflexion des Einsatzes digitaler Technologien und die Frage, wie Arbeitsprozesse mithilfe der Digitalisierung umstrukturiert und neugestaltet werden können. Die Projekte sollen in den Unternehmen Organisations- und Prozessinnovationen durch Di-

Vorhabenbox 20:

Fortführung der Fördergegenstände in BIG-Digital

Mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen einschließlich Handwerksbetrieben zu stärken, erfolgt eine Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums in Bezug auf die Richtlinie des MWAE für das Programm „Brandenburgischer Innovationsgutschein (BIG)“. Gefördert werden die Beratung, die Umsetzung konkreter Digitalisierungsprozesse (einschließlich erforderlicher Hard- und Software) sowie Schulungen.

Vorhaben # 40

Zuständiges Ressort: MWAE

Meilensteine: Die Richtlinie läuft derzeit bis 31.12.2023. Die Fördergegenstände im BIG-Digital sollen bis über 2025 hinaus fortgeführt werden, um eine laufende Förderung von KMU zu gewährleisten.

Zieldatum: fortlaufend

digitalisierung vorantreiben und ein breites Spektrum an Digitalvorhaben abdecken. Viele KMU haben bereits von der Förderung profitiert und ihren Betrieb digitalisiert. Die Nachfrage ist weiterhin groß. Deshalb arbeiten wir daran, die bewährten Fördergegenstände aus BIG auch in Zukunft fortzuführen und viele weitere Digitalisierungsprojekte von KMU in unserem Land anzustoßen.

Auch in Zukunft können Brandenburger Unternehmen auf die Expertise unterschiedlicher **Kompetenzzentren** sowie verschiedene **Beratungs- und Unterstützungsangebote** zurückgreifen, die vom Land Brandenburg und/oder dem Bund gefördert werden. Hierzu zählen das Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg, das Digitalwerk – Zentrum für Digitalisierung im Mittelstand, das Kompetenzzentrum für IT-Sicherheit, das sozialpartnerschaftlich und arbeitspolitisch ausgerichtete Regionale Zukunftszentrum Brandenburg und das Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Cottbus. Die Arbeit der Kompetenzzentren soll fortgesetzt und weiterhin kontinuierlich an den Bedarfen der Unternehmen, Betriebe und Beschäftigten sowie ihrer Interessensvertretungen ausgerichtet werden. Die unterschiedlichen Angebote sollen, wo immer möglich, noch stärker als bisher miteinander vernetzt und verzahnt werden. Koordinierend wirken

die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB) und die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) zusammen. Eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Projekten zur digitalen Transformation haben auch die regionalen Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern in Brandenburg. Im Tourismusbereich leistet die TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH einen umfassenden Beitrag zur Bereitstellung von digitalen touristischen Infrastrukturen und Services.

Unser Ziel ist es, die Anzahl hochkarätiger innovationsorientierter Gründungen weiter zu erhöhen und die daraus entstehenden Unternehmen und Innovationsorte in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Gründer*innen und **Start-ups** im Tech-Bereich brauchen gezielte Förderangebote, aber auch attraktive **Ökosysteme**, die die Vorteile der Hauptstadtregion mit den Qualitäten des ländlichen Raums verbinden und die Innovationskraft digitaler Technologien in alle Wirtschaftssektoren des Landes transportieren. Kompetenzzentren, Experimentierräume und Coworking-Spaces sind wichtige Infrastrukturen und Anlaufstellen, die die Innovationskultur Brandenburgs befördern. Wir unterstützen **Gründungen von Start-ups** ganz gezielt, z.B. durch das Programm „Gründung innovativ“. Auch Re-



Vorhabenbox 21:

Förderung von Innovations- und Kompetenzzentren

In den letzten Jahren haben sich in Brandenburg verschiedene Kompetenzzentren als wichtige Anlaufstellen für kleine und mittelständische brandenburgische Unternehmen im Kontext zentraler technologischer und anwendungsbezogener Fragestellungen der Digitalisierung etabliert. Sie geben interessenneutral Orientierung und wertvolle Hinweise bei der Entwicklung und Umsetzung von Innovationsvorhaben. Zu ihnen zählen das Innovationszentrum Moderne Industrie Brandenburg, das Digitalwerk – Zentrum für Digitalisierung im Mittelstand und das Kompetenzzentrum für IT-Sicherheit. Die Arbeit der Zentren soll weiterentwickelt und kontinuierlich an den Bedarfen der Unternehmen und Betriebe ausgerichtet werden. Ihre Vernetzung und Sichtbarkeit soll weiter verstärkt werden.

Vorhaben # 40

Zuständiges Ressort: MWAE

Meilensteine: Überarbeitete WTT-Richtlinie soll Mitte/Ende 2022 in Kraft gesetzt werden, die die (vorübergehende) Förderung von Kompetenzzentren für den Wissens- und Technologietransfer vorsieht

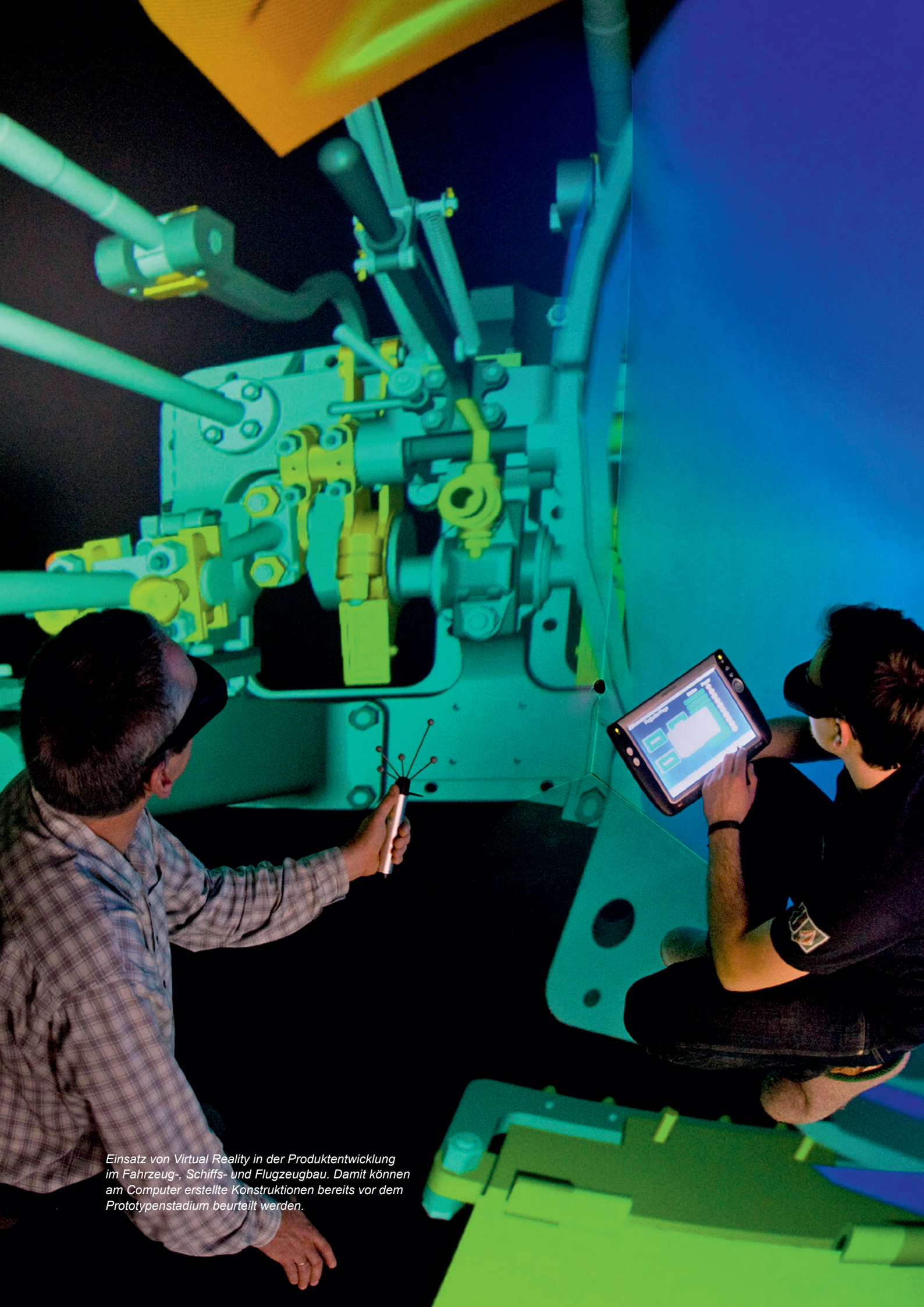
Zieldatum: fortlaufend

allabore sind hilfreich, um innovative digitale Technologien zur Marktreife zu bringen. Ein Flächenland wie Brandenburg bietet hierfür optimale Voraussetzungen, vor allem für großräumige Testbedarfe wie bei der (Weiter-)Entwicklung von 5G- und KI-Anwendungen, des autonomen Fahrens (z.B. in Regionen wie der Lausitz, dem Fläming, der Uckermark und der Prignitz) oder auch von digitalen Lösungen in der Landwirtschaft.

Der Ausbau und die stärkere Nutzung von **Testfeldern und Reallaboren** ist seit 2019 ausdrücklich in der Gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg innoBB 2025 bzw. der Regionalen Innovationsstrategie Brandenburg innoBB 2025 plus verankert. Eine zusätzliche Unterstützung junger Unternehmen erfolgt über die anteilige Förderung von Coworking-Spaces im Rahmen geförderter Gewerbezentren (Technologie- und Gründerzentren) aus Mitteln des Bund-Länder-Programms Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). So wurde die Schaffung entsprechender Räumlichkeiten sowohl

im KreativWerk in Hennigsdorf im Jahr 2019 als auch im Regionalen und Cottbuser Gründungszentrum am Campus (RCGC) in Cottbus/Chósebus im Jahr 2018 gefördert. Darüber hinaus stehen die ILB und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie mit weiteren Kommunen im Austausch zur Schaffung zusätzlicher Angebote an Standorten wie z.B. in Strausberg, Wittenberge oder Schwedt/Oder.

Die Landesregierung verstärkt ihr Engagement hinsichtlich der **digitalen Entwicklung ländlicher Regionen** durch die aktive Begleitung und Unterstützung bei der Ansiedlung und Fortentwicklung von sogenannten Digitalen Orten. Digitale Orte sind offene Begegnungsstätten, in denen digital gearbeitet, gewirtschaftet oder gelernt werden kann und die durch innovative Angebote in ihrer Region zumindest regionale Wertschöpfungen erzielen. Damit schaffen sie durch ein digitales, für die Allgemeinheit offenes, gemeinschaftliches, innovatives und regional verankertes Angebot lokale Kristallisationspunkte, die mittel- und langfristig positive Einflüsse auf eine nachhaltige Leerstandsentwicklung, die Schaffung



*Einsatz von Virtual Reality in der Produktentwicklung
im Fahrzeug-, Schiffs- und Flugzeugbau. Damit können
am Computer erstellte Konstruktionen bereits vor dem
Prototypenstadium beurteilt werden.*



Vorhabenbox 22:

Wettbewerb Digitale Orte

Ziel des Vorhabens ist das Aufsetzen eines Wettbewerbs zu Digitalen Orten von einem ersten bis voraussichtlich vierten Call. Dabei findet eine enge Verzahnung mit der Ende 2021 veröffentlichten Studie „Digitale Orte in Brandenburg“ statt, in der auf Wettbewerbsverfahren als geeignetes Förderinstrument verwiesen wird.

Vorhaben # 42

Zuständiges Ressort: MWAE

Meilensteine: Ende 2022 Start des ersten Wettbewerbs; 2024 voraussichtlich letzter Call

Zieldatum: 2024

neuer Raumangebote, die wirtschaftliche und demografische Entwicklung sowie die kommunale Daseinsvorsorge haben können. Hierzu werden sowohl die raumindividuellen Besonderheiten der Brandenburger Regionen berücksichtigt, als auch die bereits vorhandenen Strukturen vor Ort. Mithilfe einer wettbewerbsbasierten Ausschreibung sollen Orte identifiziert und gezielt gefördert werden, die unter Berücksichtigung von Faktoren wie Realisierbarkeit, Nachhaltigkeit und regionale Wirkung bereits Potenziale zur Etablierung eines Digitalen Ortes aufweisen. Übergeordnetes Ziel ist die Etablierung betriebswirtschaftlich tragfähiger Digitaler Orte im Flächenland Brandenburg. Darüber hinaus erarbeitet das Land Brandenburg aktuell eine Industriestrategie Brandenburg. Diese soll übergreifend auf das strategische Ziel „Klimaneutralität 2045“ ausgerichtet werden und vorhandene industrierelevante Strategien und Umsetzungsmechanismen auf den verschiedenen Ebenen berücksichtigen. Im Sinne einer ökologischen und ökonomischen Transformation soll auch die Digitalisierung in Unternehmen weiter begleitet und durch entsprechende Maßnahmen unterstützt werden.

Der Ausbau der bestehenden Potenziale in Brandenburg sowie die Steigerung der Attraktivität des Standortes sind Grundlage für die Außendarstellung und das Bild des Landes im Ausland als wichtige Elemente im interna-

tionalen Vergleich. Die Umsetzung der Single-Digital-Gateway-Verordnung im Kontext der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes für Bürger*innen und Unternehmen trägt auch zur vereinfachten Teilnahme am brandenburgischen Binnenmarkt bei und steigert dessen Attraktivität. Neben der Überwindung der Sprachbarriere und somit der Bereitstellung multilingualer international ausgerichteter digitaler Angebote des Landes ist eine auch international ausgerichtete Kommunikationsstrategie umzusetzen. Erste Schritte wurden mit der Internationalisierungsstrategie des Landes Brandenburg eingeleitet.

Für das **Maßnahmenbündel VI: Die digitale Transformation der Wirtschaft fördern** sind weitere zentrale Maßnahmen in folgenden Ressortstrategien nachzulesen:

- **Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE)**
Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg
 - **Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
-

2.3 Digitaler Staat

Mithilfe der Digitalisierung sollen staatliche Strukturen verschlankt, verbessert und vereinfacht werden – für Bürger*innen, Unternehmen und Behörden, die ein berechtigtes Interesse an einem **digitalen Staat und serviceorientierten Verwaltungsstrukturen** haben. Dabei sollen Prozesse bürgerfreundlicher gestaltet und damit **schnelles und transparentes Verwaltungshandeln** ermöglicht werden. Gleichzeitig achten wir darauf, dass sich daraus keine Einschränkungen im Service vor Ort ergeben.

Wir wollen in Brandenburg mit einer ressortübergreifenden Binnendigitalisierung auf allen Ebenen vorangehen, indem wir die eigenen Strukturen und Prozesse analysieren, digitalisieren und somit effizienter machen. Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie werden dabei berücksichtigt, um die Resilienz der Verwaltung in Krisenzeiten zu stärken. Die **Binnendigitalisierung der Landesverwaltung** ist die Voraussetzung für digitale Verwaltungsabläufe, für E-Government und digitale Bürgerdienste. Sie ist daher ein übergeordnetes Ziel und operative Leitlinie der Zukunftsstrategie des Landes Brandenburg. Die Digitalisierung eröffnet die Chance, historisch gewachsene, analoge Strukturen zu überdenken, Prozesse einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und anschließend zu optimieren. Digitalisierung macht es damit auch notwendig, sich mit organisatorisch strukturellen Fragen in Staat und Verwaltung auseinanderzusetzen.

Wir sind gefordert, die eigene Transformation weiter voranzutreiben – diese Entwicklung gilt es nun mit E-Government-Angeboten aktiv zu steuern und mit einer klaren Zukunftsvorstellung zu begleiten. Dazu wollen wir unsere bürgerzentrierten Verwaltungsdienste benutzerfreundlich und transparent gestalten und unsere nicht-personenbezogenen Daten mit der Öffentlichkeit teilen. Die **Stärkung der E-Partizipation** hilft dabei, die Entfernungen zwischen Bürger*innen und Staat zu überwinden und gesellschaftliche Akteur*innen

noch stärker in politische Entscheidungsprozesse zu involvieren. Auf diese Weise fördern wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und stärken die lokale und landesweite Demokratie.

Als Landesregierung nutzen wir die Vorteile der Digitalisierung auch, um die Akzeptanz und das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Die Digitalisierung der Justiz birgt ein enormes Potenzial, den Bürger*innen den Zugang zum Recht zu erleichtern. Durch die Nutzung digitaler Systeme können gerichtliche und staatsanwaltschaftliche Verfahren besser strukturiert werden. Darüber hinaus kann die Bearbeitung von standardisierten Aufgaben automatisiert und damit beschleunigt werden, wodurch die Effizienz von Gerichtsverfahren erhöht werden kann.

Auch für strukturelle Neuanpassungen bei der Polizei nutzen wir digitale Anwendungen und verbessern somit die Sicherheit in Brandenburg. Dazu zählen auch moderne und innovative Ansätze im Themenkomplex mobile Einsatzkräfte, Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz. Auch Geodaten sind integraler Bestandteil des E-Governments. Es ist daher unverzichtbar, sie in die Verwaltungsprozesse des Landes, z.B. die Erneuerung der Kommunikations- und Einsatzleitsysteme der BOS-Leitstellen, über die Geodateninfrastruktur Brandenburg (GDI-BB) einzubeziehen.

Maßnahmenbündel VII:

Verwaltung und ihre Dienstleistungen modernisieren

Eine zukunftsfähige Verwaltung muss moderne digitale Infrastrukturen und Technologien integrieren und vernetzen. Wir wollen den Transformationsprozess dazu nutzen, potenziell ineffiziente und ineffektive interne Strukturen und Prozesse zu erkennen und grundlegend zu verändern. **Die Effizienz**



der Brandenburgischen Verwaltung soll in Gänze und nachhaltig durch digitale Arbeits- und Ablaufprozesse verbessert werden, damit von Bürger*innen und Wirtschaft benötigte Verwaltungsleistungen qualitativ hochwertig und schnell bereitgestellt werden können. Für Bürger*innen ist dabei zentral, dass Verwaltungsleistungen in verständlicher Sprache angeboten werden. Gerade digitale Prozesse schaffen die Möglichkeit, mit Hilfetexten und Erläuterungen schwierige Sachverhalte zu erklären und entsprechende Hilfestellungen zu geben. Damit nehmen wir Abschied von starren und unverständlichen Formularen.

Besonderen Stellenwert wollen wir einer modernen und bürgerfreundlichen Sprach- und Textgestaltung der digitalen Tools und Websites beimessen. Bereits in der Aus- und Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden wir den zukünftigen Nachwuchs für eine moderne bürgernahe Amtssprache sowie die Gestaltung leicht zugänglicher und übersichtlicher Internetauftritte sensibilisieren. Ebenso sind im Fortbildungsprogramm der Landesakademie für öffentliche Verwaltung Angebote zum verständlichen kundenorientierten Formulieren platziert, die

regelmäßig an die notwendigen Bedarfe angepasst werden.

Eine effiziente und zeitgemäße Verwaltung kommt nicht zuletzt auch den Verwaltungsmitarbeiter*innen selbst zugute und stärkt zugleich die **Attraktivität der Verwaltungsarbeitsplätze**. So werden wir mit über 70 Einzelmaßnahmen in allen Ressorts einen wesentlichen Beitrag zur Fortführung der Binnendigitalisierung der Landesverwaltung schaffen.

Wir wollen Brandenburg zu einer führenden **Region für innovative Verwaltungstechnologien (GovTech)** machen. Es gilt Innovationsgeist und neue Lösungsansätze für die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung zukünftig noch besser zu fördern. Um diesen Prozess kontinuierlich voranzutreiben, wollen wir die Koordinierungskapazitäten weiter ausbauen.

Die Stärkung der Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung mit externen Innovatoren und Startups ist ein bundesweites Anliegen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, in der für Brandenburg das MWAE mitgewirkt hat, hat in diesem Jahr Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit identifiziert.

Vorhabenbox 23:

Auskunftsplattform Wasser

Darstellung aller für das Politikfeld Wasser relevanten Daten in zeitgemäßer und ansprechender Form im Intranet und Internet für die Öffentlichkeit und Verwaltung sowie die Mitarbeiter*innen des Landesamts für Umwelt (LfU) in einem karten- und formularbasierten Auskunftssystem.

Vorhaben # 57

Zuständiges Ressort: MLUK

Meilensteine: Q3/2022: Relaunch Abfragewerkzeuge zu Umweltfachdaten in Verbindung mit Wasserfachdaten; Q4/2022: Weiterentwicklung: Etablierung eines Werkzeugs zur Grundwasserbilanzierung; Q3/2023: Weiterentwicklung: Integration von Zeitreihen zur Oberflächengewässergüte

Zieldatum: fortlaufend

Die Fördermöglichkeiten lassen sich in sechs Handlungsfeldern zusammenfassen:

1. Herstellen von Bewusstsein und Benennen von Zielen,
2. Befähigung durch Wissen,
3. Stärkung von Transparenz,
4. Bewusste Nutzung bestehender Möglichkeiten zur Zusammenarbeit,
5. Überprüfung der Strukturen,
6. Stärkung der Vernetzung.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe dienen Brandenburg zur weiteren Planung und Maßnahmenentwicklung.

Zentral für die Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben der Verwaltung ist die **E-Government-Strategie** des Landes, erarbeitet durch das Ministerium des Innern und für Kommunales. E-Government in Brandenburg steht für eine einfache Online-Verwaltung, die orts- und zeitunabhängig auf allen Verwaltungsebenen (Land, Landkreise, Städte, Gemeinden, Ämter und Verbandsgemeinden) implementiert wird. Voraussetzung hierfür ist die Digitalisierung der Verwaltung selbst. E-Government bedeutet aber auch, den Handlungsrahmen auf kommunaler

Ebene um digitale Elemente zu erweitern. Formelle Planungsverfahren, Gemeindevertretersitzungen oder Abstimmungsprozesse sollen in Zukunft noch stärker von physischen Räumen entkoppelt und auch digital ermöglicht werden.

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie geführt, gehandelt und zusammengearbeitet wird und macht somit einen **digitalen Kulturwandel in der Verwaltung** notwendig. Arbeitsabläufe werden transparenter, schlanker und intuitiver. Dadurch beschleunigen wir einerseits die Arbeit und können gleichzeitig den Mitarbeiter*innen mehr Zeit für ihre Aufgaben und Fachthemen ermöglichen. Diese Prozesse sollen von Vertrauen und Zusammenarbeit, der Ermutigung zur Einbringung von innovativen und kreativen Ideen sowie der Aneignung neuer Fähigkeiten geprägt sein. Wichtig dafür ist ein grundlegendes Verständnis für die eigenen Prozesse und Abläufe und die Akzeptanz der digitalen Umgestaltung bestehender Verfahren. Den Mitarbeiter*innen wollen wir beispielsweise durch die Vermittlung von Standards zur Erstellung von Geschäftsprozessmodellen neue Kompetenzen und neues Wissen an die Hand geben, um ihnen Sicherheit im Prozess

Vorhabenbox 24:

Gründung eines Digital-Labors in der Staatskanzlei

Ziel ist es, durch die Gründung eines Digital-Labors in der Staatskanzlei im Sinne einer Digitalwerkstatt bzw. eines Experimentierraums einen Raum zur Entwicklung und Erprobung digitaler Ideen zu schaffen. Die Gründung des Digital-Labors sowie die Ermöglichung eines kontinuierlichen Wissenstransfers und der Implementierung bedarfsgerechter Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb tragen dazu bei, den digitalen Kulturwandel der Staatskanzlei intensiv zu fördern und langfristig zu etablieren. Darüber hinaus wird durch die Entwicklung eines Methoden-Werkzeugkastens die Verwendung agiler Methoden in den Arbeitsalltag der Mitarbeiter*innen eingeführt.

Vorhaben # 58

Zuständiges Ressort: Stk

Meilensteine: Q3/2022: Auftakttreffen, Q4/2022: Konzeptentwicklung

Zieldatum: 2022



zu geben und ein kreatives Mitgestalten zu ermöglichen. Jedes Ressort schafft dafür die notwendigen Strukturen und Umgebungen – und gemeinsam entwickeln wir eine landeseigene Prozessplattform und Schnittstellen für die Zusammenarbeit. Wesentlich für den Erfolg des digitalen Kulturwandels in der Verwaltung ist auch die frühzeitige Einbeziehung der Interessenvertretungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und insbesondere die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen, die wir weiterhin intensiv führen werden.

Ziel der Binnendigitalisierung ist es, effiziente Arbeitsprozesse zu ermöglichen und damit die interne Aufgabenerledigung zu erleichtern. Dazu gehören beispielsweise die vollständige Etablierung und kontinuierliche Verbesserung von **Governance-Strukturen** über eine **ressortübergreifende E-Akten-Systematik**, mit der interne und behördenübergreifende Prozesse und Schnittstellen benutzerfreundlicher, intuitiver und anwen-

dungsorientierter werden. Es geht aber auch darum, den Mitarbeiter*innen im Rahmen der Digitalisierung größere Flexibilität zu ermöglichen. Hierfür wollen wir pilothaft erproben, wie dezentrale, ressortübergreifende Behördenstandorte in den Regionen eingerichtet werden können („Brandenburg-Regionalbüros“). Auch wollen wir mobiles Arbeiten, digitale Kommunikation, Videokonferenzen etc. über technische Infrastrukturen, digitale Kollaborationstools und vereinfachte Entscheidungsverfahren besser in den Arbeitsalltag integrieren. Unser Ziel ist es, dass bereitgestellte Hardware und Software so modern, sicher und nutzerfreundlich gestaltet sind, dass sie im Dienstalltag auch gern verwendet werden. Dazu zählt auch die Harmonisierung der verwendeten Standards, um den digitalen Austausch von E-Akten zwischen den Verwaltungen zu vereinfachen.

Gemeinsam mit Bund und Ländern unterstützen wir die Bestrebungen zur Stärkung der **digitalen Souveränität der Verwaltung**.

Vorhabenbox 25:

E-Government-Strategie

Von besonderem Stellenwert für die Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben ist die E-Government-Strategie. Bürger*innen sowie Organisationen und Verwaltung sollen künftig Verwaltungsleistungen orts- und zeitunabhängig online von einer zentralen Stelle über beliebige Verwaltungsportale sicher abrufen können.

Vorhaben # 59

Zuständiges Ressort: MIK

Meilensteine:

IT-Basiskomponenten werden sukzessive zur Verfügung gestellt, Verfügbarkeiten sind aktuell unter <https://ozg.brandenburg.de/ozg/de/bausteine/it-basiskomponenten/> abrufbar. Insbesondere die nach EfA-Prinzip bereitgestellten und priorisierten Verwaltungsleistungen des OZG werden zur Nachnutzung in Brandenburg übernommen. Die E-Fördermittelakte und die E-Personalakte werden zur Verfügung gestellt (bis 2022). Evaluierung des BbgEGovG durch die Landesregierung (bis 2023). Die Behörden des Landes führen ihre Akten grundsätzlich elektronisch (bis 2024).

Zieldatum: fortlaufend

Vorhabenbox 26:

Online-Bezahlmodul Bußgeldstelle

Das Verfahren „Online-Bezahlmodul Bußgeldstelle“ soll um E-Payment (Nutzung der IT-Basis-komponente E-PayBL) erweitert werden. Auf Seiten der Bürger*innen soll damit eine noch größere Akzeptanz und damit eine Steigerung der Nutzerzahlen erreicht werden; die Verwaltung profitiert von kürzeren Zahlungswegen und geringeren Fehlerquoten bei der Zuordnung von Zahlungen.

Vorhaben # 60

Zuständiges Ressort: MIK

Meilensteine: Implementierung der IT-Basiskomponente „elektronische ePayBL-Bezahlplattform“

Zieldatum: bis Ende 2022

Grundlage ist hierfür die vom IT-Planungsrat beschlossene „Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der öffentlichen Verwaltung“. Vor diesem Hintergrund beteiligen wir uns auch an der Entwicklung einer souveränen „**Deutschen VerwaltungscLOUD**“, d.h. einer gemeinsamen föderalen, schnittstellenoffenen und standardisierten Cloud-Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen. Ziel ist es, interoperable sowie modulare Lösungen zu schaffen, die die wechselseitige Nutzung von Anwendungen ermöglichen und kritische Abhängigkeiten von Anbietern reduzieren. Gleichzeitig gilt es, die hohen Anforderungen an die IT-Sicherheit und den Datenschutz zu erfüllen und zu verbessern. Zudem soll die „Deutsche VerwaltungscLOUD“ der Bereitstellung eines alternativen – insbesondere auf Open Source basierenden – „Souveränen Arbeitsplatzes“ dienen. Das Land Brandenburg ist der Absichtserklärung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und mehrerer Bundesländer zur Entwicklung des „Souveränen Arbeitsplatzes“ beigetreten. Damit stärken wir die digitale Souveränität und Resilienz der öffentlichen Verwaltung in Brandenburg und ganz Deutschland.

Die öffentliche Verwaltung soll digitaler und bürgerfreundlicher werden. Dafür sind Nutzerfreundlichkeit und Transparenz der an-

gebotenen Leistungen in diesem Bereich die wesentlichen Ziele. Dazu bieten wir **neue digitale Services** an, um den Kontakt und die interaktive Kommunikation zu vereinfachen. Dies wollen wir in Kooperation mit den Kommunen weiter vorantreiben. Zu einem wichtigen Instrument in der Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung hat sich die **Smart Village App** entwickelt. Die App ist im Rahmen der Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg mit Unterstützung der Landesregierung in Bad Belzig entstanden und ermöglicht Kommunen lokale Informationen und Services digital anzubieten. Eine gemeinschaftliche Weiterentwicklung der App durch die Kommunen im „Smart Village Verbund“ schafft eine Vereinheitlichung der digitalen Services und stärkt das Vertrauen der Bürger*innen in die Verwaltung. Durch die Förderung der Weiterentwicklung der Smart Village App sowie die Förderung von Kommunen zur Nachnutzung ist beabsichtigt, dass die App durch möglichst viele Brandenburger Kommunen genutzt wird.

Dabei gilt es, traditionelle Organisationsgrenzen zu überwinden und einen „**One-Stop-Shop**“ für Behördendienstleistungen zur verbesserten Serviceorientierung etablieren. Dazu gehört auch die konsequente Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie



Vorhabenbox 27:

Potenzialanalyse datenbasierte Verwaltung

Datengestützte Verfahren und Künstliche Intelligenz gewinnen in Wirtschaft und Gesellschaft eine immer größere Bedeutung. Auch in der öffentlichen Verwaltung können sie helfen, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten, Entscheidungsfindungen zu unterstützen und Leistungen für Bürger*innen schneller und bedarfsorientierter anbieten zu können. Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei eine Potenzialanalyse zu KI- und datengestützten Anwendungen umgesetzt werden. Die Analyse hat zum Ziel, die Chancen und Herausforderungen von datengestützten Verwaltungsprozessen in den verschiedenen Abteilungen der Staatskanzlei besser verstehen zu lernen. Zudem sollen konkrete Anwendungsfälle für datengestützte Verfahren in der Staatskanzlei identifiziert und für eine Pilotierung vorbereitet werden.

Vorhaben # 61

Zuständiges Ressort: Stk

Meilensteine: Q3/2022: Erstellung Impulspapier, Q3/2022: Workshop zum Mapping von Anwendungsfeldern in der Staatskanzlei, Q4/2022: Bericht Potenzialanalyse liegt vor, Q4/2022: Workshop zu Ergebnissen der Potenzialanalyse und Sammlung möglicher Pilotprojekte, Q1/2023: Workshop zur Ausarbeitung von Pilotprojekten, Q2/2023: Steckbriefe für Pilotprojekte liegen vor

Zieldatum: 2023

und die Implementierung einer einheitlichen Ansprechperson für das Land Brandenburg (EAPBbg). Das vereinfacht zum einen die Kommunikation der Bürger*innen mit der Verwaltung und trägt zum anderen zu einer vereinheitlichten Datenlage und schnelleren Antragsverfahren bei. Nicht zuletzt können die Erhebung und Speicherung von Daten so auch im Sinne des Datenschutzes auf ein notwendiges Maß begrenzt werden.

Einen maßgeblichen Fokus legen wir in diesem Kontext auf die **effektive Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)**, durch die Verwaltungsleistungen auch elektronisch abgebildet werden. Die Umsetzung des OZG stellt insbesondere die Kommunen vor große Herausforderungen. Deshalb stärken wir die Unterstützungs- und Koordinierungsstrukturen für die Kommunen und bereiten im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung zusätzlich zur Bereitstellung der IT-Ba-

siskomponenten weitere Angebote zur Mit- und Nachnutzung von IT-Lösungen vor. Als zentrales Element erhöhen wir die Bandbreite der entsprechenden bereits vorhandenen Vernetzungsinfrastruktur des Landesverwaltungsnetzes (LVN-kommunal). Auch ein landesweites Webangebot zur digitalen Unterstützung von Verfahren der Planung durch brandenburgische Kommunen gehört zu den unterstützenden Maßnahmen. Bei der räumlichen Planung und im Baugeschehen soll die Verbreitung digitaler Tools in Verbindung mit interoperablen Datenstandards dazu führen, Planungs-, Genehmigungs- und Beteiligungsprozesse für alle Beteiligten im Ablauf deutlich effektiver und zugleich transparenter zu gestalten. Diese oftmals langwierigen Verfahren können somit beschleunigt werden.

Alle E-Government-Angebote sollen im Sinne der digitalen Teilhabe nutzerfreundlich, interoperabel sowie barriere- und diskriminie-

Vorhabenbox 28:

Baugenehmigungsverfahren digitalisieren

Unterstützung des kommunalen Projekts zur Umsetzung der OZG-Leistung „Baugenehmigung“. Ziel ist die Einrichtung eines landesweiten Webangebotes „Virtuelles Bauamt Brandenburg“ (VBA) für die digitale Antragstellung und Kommunikation im Baugenehmigungsverfahren. Die Anbindung an die Fachverfahren in den unteren Bauaufsichtsbehörden erfolgt unter Nutzung des Datenstandards XBau 2.2.

Vorhaben # 62

Zuständiges Ressort: MIL

Meilensteine: Pilotierung ab 2022; anschließend landesweite Überführung

Zieldatum: fortlaufend

Vorhabenbox 29:

Grundsteuerreform – Entwicklung und Bereitstellung von Informationswerkzeugen

Ziel ist die Bereitstellung eines allgemeinen digitalen Informationsangebotes zur Grundsteuerreform und der Flurstücks- und Grundstücksinformationen. Ebenso geplant ist die Bereitstellung eines Chatbots. Ein für Bürger*innen im Internet verfügbarer Grundsteuer-Viewer wird bis 30.06.2022 bereitgestellt.

Vorhaben # 63

Zuständiges Ressort: MdFE

Meilensteine: Veröffentlichung eines „Grundsteuer-Viewer“ bis 2022

Zieldatum: bis 2024

rungsfrei sein. Im Rahmen der arbeitsteiligen OZG-Umsetzung übernimmt das Land Brandenburg, vertreten durch das MIK, auch weiterhin die Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“. In diesem Zusammenhang ist es für die (bundesweite) Digitalisierung mehrerer OZG-Leistungen in diesem Bereich zuständig, die von der Beantragung eines Aufenthaltstitels bis hin zum

beschleunigten Fachkräfteverfahren reichen. Zielgruppe dieser Online-Dienste sind Ausländer*innen (Drittstaatsangehörige sowie EU/EWR Bürger*innen), die Wirtschaft und die Verwaltung (Ausländerbehörden). Neben dem Ziel, die Online-Dienste nutzerfreundlich und intuitiv zu gestalten, werden die Online-Dienste auch mehrsprachig angeboten, um den Zugang zu erleichtern.



Vorhabenbox 30:

Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“

Im Rahmen der arbeitsteiligen OZG-Umsetzung übernimmt das Land Brandenburg, vertreten durch das Ministerium des Innern und für Kommunales, die Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“. In diesem Zusammenhang ist es für die (bundesweite) Digitalisierung mehrerer OZG-Leistungen bis Ende 2022 zuständig. Im April 2022 ging der von Brandenburg entwickelte „Online-Dienst § 24 AufenthG“ für Geflüchtete aus der Ukraine auf der Website „Germany4Ukraine“ bundesweit online. Über 100 Ausländerbehörden in 12 Bundesländern sind angebunden.

Zudem ist das Umsetzungsprojekt Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigung seit 08/2021 innerhalb Brandenburg mit dem Online-Dienst „Daueraufenthaltsbescheinigung“ im Landkreis Teltow-Fläming und Brandenburg an der Havel online.

Vorhaben # 64

Zuständiges Ressort: MIK

Meilensteine: Anschluss weiterer Ausländerbehörden an den „Online-Dienst § 24 AufenthG“ für Geflüchtete aus der Ukraine, weiteres Ausrollen des Online-Dienstes „Daueraufenthaltsbescheinigung“

Zieldatum: bis Ende 2022

Vorhabenbox 31:

Landesserviceportal Brandenburg – service.brandenburg.de

Das Landesserviceportal bietet neben dem zentralen Zugang zu Verwaltungsleistungen auch Informationen, wie Behörden- und Kommunalverzeichnisse sowie Informationen zum Landesrecht. Es ist größtenteils auch in englischer Sprache abrufbar. Teil der weiterführenden Arbeiten ist die Mehrsprachigkeit, insbesondere in sorbischer/wendischer Sprache. Optimierung und Weiterentwicklung erfolgen im Bereich Nutzerführung und Usability von Suchfunktion, Menüführung, Barrierefreiheit sowie Darstellung der Ergebnisse und Informationen im Portal. Neben der bereits vorhandenen Darstellung und Ausgabe der Verwaltungsleistungen von A bis Z soll auch die Ausgabe sortiert nach Lebenslagen erfolgen.

Vorhaben # 65

Zuständiges Ressort: MIK

Meilensteine: Ausbau Mehrsprachigkeit, Darstellung Lebenslagen; Weiterentwicklung und Optimierung Nutzerführung und Usability von Suchfunktion; Menüführung, Darstellung

Zieldatum: fortlaufend

Um den Bürger*innen sowie Unternehmen Verwaltungsleistungen auch digital bereitzustellen, betreibt das Land Brandenburg unter service.brandenburg.de das Serviceportal des Landes. Es ermöglicht einen zentralen Zugang zu Verwaltungsleistungen des Landes Brandenburg und der brandenburgischen Kommunen. Darüber hinaus ist die Suche nach Informationen zu Verwaltungsleistungen weiterer Länder und des Bundes möglich. Durch die verbesserte Integration des Bürger- und Unternehmensservice Brandenburg (BUS-BB) stellt das Portal außerdem einen zentralen Zugang zu Beschreibungen von Verwaltungsleistungen und Zuständigkeitsinformationen sowie zu bereits online verfügbaren Verwaltungsleistungen bereit.

Wir werden die Verwaltungsregister (z.B. Melderegister, Personenstandsregister, Zentrales Fahrzeugregister) in Brandenburg modernisieren und digital nutzbar machen. Dies nützt sowohl der Verwaltung als auch den Bürger*innen und Unternehmen. **Registermodernisierung** ist die Voraussetzung dafür, dass die für Verwaltungsleistungen erforderlichen Informationen und Nachweise nur einmalig übermittelt werden müssen und dann mit Zustimmung der Nutzer*innen direkt zwischen den Verwaltungen ausgetauscht werden können. Das Once-Only-Prinzip ist dabei Bedingung zur Erfüllung der Single Digital Gateway-Verordnung (SDG) der Europäischen Union. Die Modernisierung der Register ist eine der zentralen Voraussetzungen für die nachhaltige, durchdringende Digitalisierung unserer Verwaltung. Bund und Länder stehen nach dem Beschluss des Registermodernisierungsgesetzes (RegMoG) Ende 2020 noch am Anfang des Vollzugs. Zur Umsetzung dieser Aufgabe hat der IT-Planungsrat im Frühjahr 2021 das „Steuerungsprojekt Registermodernisierung“ aufgelegt. Konkrete Anforderungen und erste Umsetzungsschritte dieses Ebenen übergreifenden Projektes wurden bereits im Zielbild Registermodernisierung formuliert. Weiterhin befindet sich auf europäischer Ebene der „Implementing Act“ für die Umsetzung des sogenannten „Once Only Technical System“ in Erarbeitung. Das

Großprojekt ist auf mehrere Jahre angelegt. In Zusammenarbeit mit dem Bund, den anderen Bundesländern und den brandenburgischen Kommunen werden wir zeitnah eine Governance-Struktur zur konkreten Umsetzung dieser großen und bedeutenden Aufgabe entwickeln.

Als Schritt zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit auf der Ebene der Städte, Ämter und Gemeinden wurde 2020 der Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg (DIKOM) unter beratender Begleitung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg gebildet. Der Zweckverband ist darauf ausgerichtet, alle klassischen Aufgaben eines kommunalen IT-Dienstleisters im Auftrag seiner Mitglieder durchzuführen und die gemeindliche Ebene bei der Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung im Rahmen des OZG zu unterstützen.

Die Gründung des Zweckverbandes hat eine große Bedeutung für die im Koalitionsvertrag des Landes Brandenburg beschriebenen politischen Zielrichtung zur Schaffung einer gemeinsamen Struktur, die perspektivisch die Kapazitäten für die Verwaltungsdigitalisierung des Landes, der Landkreise, Städte und Gemeinden unter einem Dach unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Interessen und Bedürfnisse zusammenführt. In einem ersten Schritt dorthin werden wir den zentralen IT-Dienstleister des Landes stärken und ihn in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden zu einem Kompetenzzentrum für Land und Kommunen ausbauen. Bei diesem Vorhaben wird die DIKOM eng mit dem Brandenburgischen IT-Dienstleister zusammenarbeiten. Damit wird ein essenzieller Bestandteil der **Gesamtstrategie zur Schaffung einer gemeinsamen IT-Struktur** umgesetzt, um die zügige Umsetzung der Digitalisierung, die Verbesserung der IT-Sicherheit sowie die Bereitstellung der Online-Verwaltungsleistungen zu ermöglichen.

Wir werden eine **Cybersicherheitsstrategie** erarbeiten, die Aspekte der inneren als auch der äußeren Informationssicherheit umfassen



Vorhabenbox 32:

Planungsportal Brandenburg

Für gesetzlich geregelte Beteiligungsverfahren wurde die Plattform planungsportal.brandenburg.de eingerichtet, welche langfristig Bundes-, Landes- und Kommunalplanungen sichtbar macht und die Möglichkeit bietet, online Stellungnahmen einzureichen. Das Planungsportal soll auch als Vorbild für weitere Beteiligungsverfahren dienen, die Teilhabe verbessern und vereinfachen, sowie einen aktuellen Überblick über vorhandene Pläne oder den Verfahrensstand von z. B. Bauleitplänen für die Bürger*innen im Land Brandenburg geben. Das übergeordnete Ziel des Portals ist die Erhöhung der Transparenz und der Abbau von Barrieren. Bürger*innen haben somit die Möglichkeit sich zukünftig online über aktuelle Planungsverfahren zu informieren und können so „unnötige“ Wege auf das Amt vermeiden. Mittelfristig soll das Planungsportal Brandenburg um weitere Module erweitert werden, z. B. ein Baulückenkataster sowie eine virtuelle Genehmigungsbehörde und eine Datenbank für wirksame Planungen

Vorhaben # 66

Zuständiges Ressort: MIL

Meilensteine: Modul Online-Beteiligung nach dem Baugesetzbuch; Modul Umsetzung Baulückenkataster bis 2023; Modul XPlanungsserver bis 2024; Modul Virtuelle Genehmigungsbehörde bis 2026

Zieldatum: bis 2026

wird. Mit der inneren Informationssicherheit ist die Informationssicherheit der Landesverwaltung selbst gemeint. Die Gewährleistung und die Steuerung dieser Informationssicherheit wird durch ein landesweites Informations-sicherheitsmanagement abgebildet. Grundlegender Baustein hierzu ist die neue Leitlinie für Informationssicherheit in der Landesverwaltung. Als Gegenstück dazu ist auch die äußere Informationssicherheit (Cybersicherheit) zu betrachten. Die Cybersicherheit soll sich mit allen Aspekten der Sicherheit im Umgang mit IT befassen. Dazu gehören insbesondere der Schutz der Wirtschaft vor Spionage, die Abwehr von Cyberkriminalität sowie der informationstechnische Schutz der kritischen Infrastrukturen. Darüber hinaus sollen in der Cybersicherheitsstrategie Maßnahmen beschrieben werden, die zur Erstellung von Sicherheitslagebildern dienen, insbesondere im kommunalen Raum. Eine vom MIK zu erarbeitende Cybersicherheitsstrategie wird nach der Informationssicherheitsleitlinie begonnen, da beide Sicherheitsaspekte (innere und äußere IT-Sicherheit) ineinandergreifen.

Die digitalen Dienste und Angebote der öffentlichen Verwaltung werden wir mit einem Fokus auf Datensicherheit und Nutzerfreundlichkeit anbieten. Dabei hat der **Schutz personenbezogener Daten** unserer Bürger*innen oberste Priorität. Sicherheit vor unberechtigten Zugriffen bieten die Speicherung der Daten auf Servern in Deutschland, eine bereits jetzt gut funktionierende Infrastruktur und abgestimmte Prozesse zur Einhaltung und Kontrolle von Sicherheitsmaßnahmen. Um Verwaltungshandeln transparent und nachvollziehbar zu gestalten, arbeiten wir an einer fachgerechten digitalen Archivierung. Dafür wollen wir technische Hindernisse beseitigen und entsprechende Schnittstellen schaffen, um die Unterlagen in die aufzubauenden digitalen Archive des Landes und der Kommunen zu überführen.

Die Möglichkeiten der E-Democracy wollen wir als Landesregierung nutzen, um eine aktive Beteiligung bei politischen Prozessen zu erreichen, etwa durch **Online-Beteiligung**. Unser Ziel ist es, durch Online-Beteiligung

Vorhabenbox 33:

Bereitstellung von Open Data

Offene Daten der Verwaltung wollen wir zusammen mit ihren Metadaten grundsätzlich zugänglich, maschinenlesbar und unter gängigen offenen Lizenzen bereitstellen, sodass sie von jeder Person genutzt, weiterverbreitet und weiterverwendet werden können. Die technische Realisierung dieser offenen Verfügbarkeit erfolgt in offenen Standards. Die Bereitstellung offener Daten durch die Verwaltung kann innovative Wertschöpfung auf unterschiedlichen Ebenen erzeugen: ob in Wirtschaft, Wissenschaft oder für mehr demokratische Teilhabe und Transparenz. Auch Verwaltungen können von Daten profitieren, indem sie Datensätze nutzen, um evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen. Zudem können sie von innovativen Dienstleistungen und Produkten Dritter, die durch die Freigabe ihrer Daten entstehen, Nutzen ziehen.

Vorhaben # 67

Zuständiges Ressort: MIK

Meilensteine: Entwicklung einer Datenstrategie (2022); Umsetzung der Datenstrategie (fortlaufend; mit DABB); gesetzliche Open-Data-Regelung (bis 2024); Optimierung des Open-Data-Portals DatenAdler.de (fortlaufend); Akquise weiterer Datenbereitsteller (fortlaufend); Erweiterung des Datenbestandes (fortlaufend)

Zieldatum: fortlaufend

einen breiten Kreis von interessierten Akteur*innen effizienter in Entscheidungen zu Vorhaben der Verwaltung einzubinden. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir Beteiligung im digitalen Raum fördern: Mit der Änderung der Kommunalverfassung im Juni 2021 haben wir Gemeindevertreter*innen unter bestimmten Voraussetzungen die Teilnahme an Sitzungen per Video ermöglicht. Weiterhin können nach Feststellung einer außerordentlichen Notlage in der Kommune alle Mitglieder einer Gemeindevertretung per Audio oder Video an Sitzungen teilnehmen.

Nicht zuletzt stehen wir auch für eine **offene Datenpolitik**. Um Daten der Verwaltung, die weder personenbezogen noch sonst schutzwürdig sind, zugänglich und verwertbar zu machen, stellen wir diese im Sinne des Open Data Gedankens offen zur Verfügung. Durch die Möglichkeit der Nutzung und Weiterentwicklung dieser Daten schaffen wir Grundlagen für eine datengetriebene Forschung, neue Wertschöpfungsketten und Geschäftsmodelle. Open Data trägt somit nicht nur zu

Innovation und einer faktenbasierten Entscheidungsfindung bei der staatlichen Aufgabenerfüllung bei, es stärkt durch seine Transparenz auch das Vertrauen in staatliches Handeln. Zudem ermöglicht Open Data den Vergleich und „Wettbewerb“ zwischen staatlichen Stellen, was wir als positiven Anreiz für einen fortlaufenden Verbesserungsprozess in Staat und Verwaltung verstehen.

Die **Umsetzung der Binnendigitalisierung** sowie die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen im Rahmen des OZG werden unter Einbeziehung der Interessenvertretungen der Beschäftigten in allen Ressorts gemäß eigener Zuständigkeiten und Spielräume vorangetrieben. Weitere Einzelmaßnahmen der jeweiligen Häuser finden sich in den Strategien der Ressorts.



Für das **Maßnahmenbündel VII: Verwaltung und ihre Dienstleistungen modernisieren** sind weitere zentrale Maßnahmen in folgenden Ressortstrategien nachzulesen:

- **Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)**
e-Government-Strategie des Landes Brandenburg
 - **Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)**
Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)
 - **Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)**
Digitalpolitische Ressortstrategie – Digitalisierung im Dienst von Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
 - **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)**
Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)
 - **Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE)**
Digitalisierungsstrategie des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg
 - **Staatskanzlei des Landes Brandenburg**
Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg
-

Maßnahmenbündel VIII: Hoheitliche Aufgaben digital erfüllen

Auch in der Justiz und der Polizei, einschließlich des erweiterten Sicherheitskomplexes (mobile Einsatzkräfte, Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz), wird die Digitalisierung in Brandenburg umfassend vorangetrieben und durch innovative Vorhaben gestaltet. Hier wollen wir die Digitalisierung dafür nutzen, bundesweite Strukturen zu harmonisieren, z. B. die Informationsarchitektur der Polizei in Bund und Ländern zu verbessern sowie eine vernetzte und bessere Verfügbarkeit von polizeilichen Informationen zu gewährleisten. Die Akzeptanz und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat werden durch den Einsatz digitaler Anwendungen in der Justiz weiter erhöht.

Digitale Instrumente wollen wir im gesamten Verlauf von Gerichtsverfahren stärker nutzen, denn sie können zu erheblichen Arbeitserleichterungen für alle Beteiligten führen, aber auch ein Mehr an Transparenz erzeugen. Die Nutzung digitaler Technologien in der Justiz reicht von der bereits erfolgten **Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs** – wobei für Bürger*innen keine Verpflichtung zur Nutzung des elektronischen Rechtsverkehrs besteht und eine Kommunikationsmöglichkeit mit den Gerichten per Post weiterhin gegeben ist – über die Nutzung elektronischer Fachverfahren und der flächendeckenden Einführung der elektronischen Aktenführung in allen Verfahrensarten bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bis hin zur Schaffung zentraler IT-Infrastrukturen.

Für die Landesregierung sind die flächendeckende Einführung der elektronischen Verfahrensakte (E-Akte) bei Gerichten und Staatsanwaltschaften bis 2026, aber auch die **weitere Konsolidierung einer zentralen IT-Infrastruktur** für die Justiz beim Zentralen IT-Dienstleister der Justiz des Landes Brandenburg (ZenIT) von großer Bedeutung. Dies gilt

Vorhabenbox 34:

Flächendeckende Einführung der elektronischen Verfahrensakte (E-Akte) in der Justiz des Landes Brandenburg

Die flächendeckende Einführung der E-Akte in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg ist für das MdJ die zentrale digitalpolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Mit der flächendeckenden Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie den seit Jahren im Einsatz befindlichen elektronischen Fachverfahren ist die E-Akte der letzte Baustein für ein nahezu papierloses Büro in der Justiz. Die Einführung der elektronischen Akte ist ein Meilenstein bei der Digitalisierung der Justiz, zugleich aber auch eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Um diese enorme Herausforderung zu meistern, wurde ein umfassender Projektauftrag erteilt, mit dem die Rahmenbedingungen zur übergreifenden Projektkoordination für eine flächendeckende Einführung der elektronischen Akte geschaffen wurden. Nachdem die Pilotverfahren an den Landgerichten Frankfurt (Oder) und Neuruppin (jeweils in Zivilsachen) sowie an den Amtsgerichten Brandenburg an der Havel (Familiensachen/Zivilsachen) und Strausberg (Zivilsachen/Familiensachen) erfolgreich verliefen, erfolgt nunmehr seit dem 1. April 2022 die Regeleinführung der E-Akte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Zivil- und Familiensachen. Zunächst wurde die elektronische Akte zum 1. April 2022 beim Landgericht Potsdam, daraufhin zum 1. Juni 2022 beim Landgericht Cottbus/Chósebus und zum 1. Juli 2022 beim Brandenburgischen Oberlandesgericht eingeführt. Darauf folgen die weiteren Amtsgerichte, sodass bis Ende 2023 in allen Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit die Akten in den genannten Bereichen elektronisch geführt werden.

Vorhaben # 68

Zuständiges Ressort: MdJ

Meilensteine: Flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg bis zum 1. Januar 2026

Zieldatum: bis 2026

auch für die bundesweite Koordination im Rahmen des E-Justice-Rates und der Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz (BLK). Um die digitale, zwischenamtliche Kommunikation zwischen Polizei und Justiz zu erleichtern, erarbeiten wir verbesserte IT-Lösungen und die dafür notwendigen Schnittstellen.

In Kooperation mit anderen Ländern unternehmen wir große Anstrengungen, unterschiedliche Fachverfahren bundesweit zu vereinheitlichen, um den Modernisierungsprozess ressourcensparend und einheitlich

voranzubringen. Zu diesem Zweck haben wir uns einem Verwaltungsabkommen angeschlossen, wonach ein bundesweit gemeinsames Fachverfahren für die Gerichte und Staatsanwaltschaften entwickelt und gepflegt werden soll. Ziel ist es, einem vermehrten Entwicklungs-, Pflege- und Weiterentwicklungsaufwand in allen Bundesländern zu begegnen und das Kostensenkungspotenzial der Digitalisierung zu nutzen.

Auch für verbesserte Neuanpassungen bei der Polizeiarbeit wollen wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen. So beispielsweise im



Vorhabenbox 35:

Sitzungssaalausstattung und W-LAN in Brandenburger Gerichtsgebäuden

Die Sitzungssäle der Gerichte sollen mit erweiterter moderner Technik (u.a. Laptop-Anschlüsse, versenkbare Bildschirme) ausgestattet werden, da als direkte Konsequenz der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der E-Akte der gesamte elektronische Akteninhalt in der Verhandlung verfügbar und für alle Beteiligten visualisierbar sein muss. Darüber hinaus dient die neue Sitzungssaalausstattung der Ermöglichung von Videoverhandlungen bzw. Zeugenvernehmungen mittels Videokonferenzen. Hierzu steht bereits eine cloudbasierte Videokonferenzumgebung (BigBlueButton), welche bei normalem Schutzbedarf für einen flächendeckenden Einsatz in der Justiz genutzt werden kann, nach erfolgreicher Testung zur Verfügung. Des Weiteren werden die öffentlich zugänglichen Bereiche aller Brandenburger Gerichte mit W-LAN-Zugängen ausgestattet, womit sichergestellt werden soll, dass alle Verfahrensbeteiligten auch in den Gerichtsgebäuden jederzeit auf ihre digitalen Akten und elektronischen Dokumente zugreifen können.

Vorhaben # 69

Zuständiges Ressort: MdJ

Meilensteine: Evaluation der Pilotanlage im Landgericht Neuruppin 2022

Zielformat: fortlaufend bis 2026

Rahmen einer bundeseinheitlichen Harmonisierung der Strukturen, um vernetzt gegen organisierte Kriminalität zu agieren. Insbesondere verfolgen wir konsequent die Harmonisierung der Informationsarchitektur im

Rahmen des „Programm Polizei 20/20“ und statuen es mit den erforderlichen Ressourcen aus. Nicht zuletzt werden wir so „**Arbeitsplätze der Zukunft**“ bei der Polizei schaffen. Die Schaffung moderner Arbeitsplatzstruk-

Vorhabenbox 36:

Schaffung eines modernen Arbeitsplatzes der Zukunft in der Polizei

Durch innovative Werkzeuge, mehrdimensionale Kommunikation und föderale Interoperabilität werden in der Polizei „Arbeitsplätze der Zukunft“ geschaffen. Dies wird u.a. durch integrative Fachverfahren, mobile Endgeräte, ein flächendeckendes Videokonferenzsystem sowie ein polizeiliches MessengerSystem erreicht.

Vorhaben # 70

Zuständiges Ressort: MIK

Meilensteine: Projektierung ausstehend

Zielformat: fortlaufend

turen bei der Polizei ist elementare Grundvoraussetzung, um insbesondere Kriminalitätsphänomene im digitalen Raum zu bekämpfen. Hier wurden bereits viele Maßnahmen eingeleitet, die es kontinuierlich umzusetzen und fortzuschreiben gilt. Auch im Bereich der Aus- und Fortbildung wollen wir die Polizist*innen des Landes bestmöglich auf die Herausforderungen der digitalen Welt vorbereiten. Die Thematik **Cybercrime** ist deshalb curricularer Bestandteil sowohl der polizeilichen Ausbildung als auch des Bachelor- und Masterstudiengangs der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg.

Zur Bearbeitung der stetig ansteigenden kinder- und jugendpornografischen Verdachts Hinweise wird ein Sachbereich „Besondere Ermittlungen Cybercrime/Sexualisierte Gewalt gegen Kinder“ auf Polizeidirektions Ebene als neue kriminalpolizeiliche Struktur ab April 2022 gebildet. Mit der Initiierung eines Forschungsnetzwerkes zur Intensivierung der Zusammenarbeit bei der kriminologischen Forschung im Bereich „Sexuelle Gewalt gegen Kinder“, soll der Wissensstand über dieses Kriminalitätsfeld ausgebaut und effektivere Interventionsansätze entwickelt werden. Die Koordination obliegt der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg. Auch in den Bereichen **der polizeilichen Prävention und des polizeilichen Opferschutzes** findet die Thematik „Digitale Gewalt“ Berücksichtigung. So gibt der Opferschutzkompass Polizeibediensteten des Landes Brandenburg handlungspraktische Anleitungen zum Umgang mit kindlichen und jugendlichen Opfern von Cybermobbing, Cybergrooming oder Cyberstalking mittels sozialer Medien.

Das Polizeipräsidium hat bereits im Jahr 2017 eine Kooperationsvereinbarung mit der Verbraucherzentrale Brandenburg zur „Förderung Verhütung und Verfolgung von Vermögens-, Eigentums- und Internetkriminalität sowie von Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften, die dem Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern dienen“ geschlossen.

Beispielhafte Maßnahmen sind die Entwicklung von Präventionsmaterialien für die Zielgruppe der Senior*innen zur Bekämpfung von Cybertrading (Anlagebetrug im Internet) durch die Polizei und die regelmäßige Unterstützung der mobilen Verbraucherschutzarbeit im Land Brandenburg mit dem „Digimobil“ durch die Polizei.

Für die **Zurückdrängung hassmotivierter bzw. extremistischer Aktivitäten** in der analogen und digitalen Welt wurde ein „Maßnahmenplan im Kampf gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität“ im Juni 2020 vorgestellt. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte über den demokratiegefährdenden Einfluss von Hass im Internet ist weiterer Handlungsbedarf und die Notwendigkeit polizeilicher und justizieller Maßnahmen gegen „Hasspostings“ notwendig. Eine erhöhte polizeiliche „Online-Präsenz“ und konsequentes Verfolgen strafbarer Hass- und Gewaltkommentare im Internet sowie eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit wirken der Auffassung entgegen, das Internet sei ein (nahezu) rechtsfreier Raum. Das Landeskriminalamt hat das Internet-Monitoring zur offensiven und phänomenübergreifenden Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gestärkt und hierzu eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Hasskriminalität im Internet eingerichtet. Ziel ist auch die Verhinderung von Angriffen auf Amts- und Mandatsträger*innen sowie ehrenamtlich tätige Personen, die einen unersetzlichen Beitrag für unsere offene und demokratische Gesellschaft leisten. Um der Verbreitung verfassungsfeindlicher Ideologien und terroristischer Bedrohungen im Internet wirksam entgegenzutreten, wurde beim brandenburgischen Verfassungsschutz zudem ein spezialisiertes Referat zur Bekämpfung des Cyberextremismus mit den Bereichen der offenen und verdeckten Internetrecherche eingerichtet.

Weil sie die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens garantieren, haben **Kritische Infrastrukturen (KRITIS)** einen erhöhten Schutzbedarf. Zu den KRITIS zählen öffentliche und



Infobox 15:

Bekämpfung von Kriminalität im digitalen Raum

Wir bekämpfen Kriminalität dort, wo sie entsteht – sowohl im analogen als auch im digitalen Raum. Dies erreichen wir u. a. durch Erhellung und Verbesserung der Datenlage über digitale Kriminalitätsphänomene, die Schaffung neuer kriminalpolizeilicher Bekämpfungsstrukturen, die Stärkung der technischen Infrastrukturen in allen Bereichen der Polizei, auch denen der polizeilichen Kriminalprävention und des polizeilichen Opferschutzes sowie dafür eigens geschultes Personal.

private Institutionen im Bereich Staat und Verwaltung, Energie, Gesundheit, Informations- und Telekommunikationstechnologien, Transport und Verkehr, Medien und Kultur, Wasser, Finanz- und Versicherungswesen sowie Ernährung. Der Schutz von KRITIS umfasst alle Phasen des Risiko- und Krisenmanagements. In jeder Phase ist das Zusammenwirken zwischen den Betreibern kritischer Infrastrukturen und den Fach- und Gefahrenabwehrbehörden im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten ein zentraler Erfolgsfaktor. Wir haben im MIK eine Koordinierungsstelle KRITIS eingerichtet und kooperieren mit zahlreichen Partnern zum weiteren Ausbau der Aktivitäten. Durch den Aufbau einer landeseinheitlichen Geodateninfrastruktur für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) stellen wir außerdem

Geoinformationen und -dienste für eine nachhaltige und themenübergreifende Nutzung sowie standardisierte Schnittstellen für die teilnehmenden BOS-Systeme und Verfahren der Bedarfsträger zentral bereit und vernetzen sie miteinander.

Neben den polizeilichen Maßnahmen und dem Schutz kritischer Infrastrukturen wollen wir im Rahmen des (erweiterten) Gesamtkomplexes Sicherheit auch bei den Themenfeldern mobile Einsatzkräfte, Gefahrenabwehr und Katastrophenschutz durch die Schaffung innovativer digitaler Lösungsansätze ein Mehr an Sicherheit für die Brandenburger*innen und deren natürliche Umgebung erreichen, so etwa im Bereich des Hochwasserschutzes und der Waldbrandbekämpfung.

Vorhabenbox 37:

Schutz kritischer Infrastrukturen

Das Land verfolgt in der Zusammenarbeit mit den Betreibern einen kooperativen Ansatz, der bedarfsgerecht durch regulative Elemente ergänzt wird. Die Fachressorts ergreifen entsprechend ihres Aufgabenzuschnitts sektorspezifische Maßnahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Durch den Ausbau von Kooperationen mit Partnern aus Bund und Ländern sichern wir den Betrieb von gesellschaftsrelevanten Infrastrukturen. Beteiligt sind zum Beispiel das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK).

Vorhaben #71

Zuständiges Ressort: MIK, alle
Meilensteine: Projektierung noch ausstehend
Zieldatum: fortlaufend

Vorhabenbox 38:

IT-gestützte Waldbrandfrüherkennung

Mithilfe einer terrestrischen, sensorgestützten Waldbrandfrüherkennung können Rauchentwicklungen unmittelbar beim Aufsteigen aus den Baumkronen automatisiert erfasst werden.

Vorhaben #72

Zuständiges Ressort: MLUK

Meilensteine: Evaluierung und Vernetzung mit Leitstellen der Feuerwehr

Zieldatum: stetige Modernisierungsschritte bis 2027

Vorhabenbox 39:

Hochwassermeldezentrum

Über das Internet soll ein schneller, einfacher Zugriff auf aktuelle Hochwasserinformationen und hydrologische Kennwerte ermöglicht werden (Hochwasserportal).

Maßnahme # 73

Zuständiges Ressort: MLUK

Meilensteine: Projektierung noch ausstehend

Zieldatum: bis 2025

Durch den intelligenten Einsatz von Sensortechnik können beispielsweise Alarmierungszeiten bei der Waldbranderkennung verkürzt, eine Brandbekämpfung früher und zielgerichteter begonnen und die Brandfläche reduziert werden. Auch die landesweite Überwachung der hydrologischen Lage wird über IT-gestützte Anwendungen erleichtert.

Für das **Maßnahmenbündel VIII: Hoheitliche Aufgaben digital erfüllen** sind weitere zentrale Maßnahmen in folgenden Ressortstrategien nachzulesen:

- **Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK)**
Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)
 - **Ministerium der Justiz (MdJ)**
Digitale Agenda des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg
 - **Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)**
Digitalpolitische Ressortstrategie – Digitalisierung im Dienst von Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
-



Die Digitalisierung ist ein Themenfeld mit einer enormen Innovationsgeschwindigkeit und damit eine große Herausforderung für die Planung, Steuerung und Koordination von Entwicklungs- und Verwaltungsprozessen.

3. Gestalten und Verwalten

Der Weg zur Umsetzung des Digitalprogramms

Die Umsetzung des Digitalprogramms ist eine Aufgabe, die hier mit dem Zieldatum 2025 versehen ist. Dieses Datum ist als eine programmatische Ziellinie für die nähere Zukunft zu verstehen. Viele Vorhaben werden bereits vorher abgeschlossen sein – andere hingegen werden weit darüber hinaus wirken. Die Digitalisierung ist ein Themenfeld mit einer enormen Innovationsgeschwindigkeit und stellt damit eine große Herausforderung für die Planungs- und Haushaltsrhythmen der öffentlichen Verwaltung dar. Entsprechend kommt es darauf an, neben einer grundsätzlichen Programmatik und den benannten Vorhaben auch flexible Mecha-

nismen (weiter) zu entwickeln, die uns eine schnelle Reaktion auf neue Entwicklungen ermöglichen.

Drei Elemente einer agileren Digitalpolitik werden deshalb nachfolgend in den Blick genommen:

- eine verbesserte Koordination auf unterschiedlichsten Ebenen
- flexiblere personelle und finanzielle Ressourcen
- gestärkte Transparenz und Kommunikation von Digitalpolitik

3.1 Steuerung und Koordination

Die Digitalkoordination in der brandenburgischen Landesregierung hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Die Landesregierung verfolgt eine koordinierte und dezentrale Digitalpolitik, in der die Digitalisierungsverantwortung der Fachverantwortung der jeweiligen Ressorts folgt.

Um diese Zielstellung zu erfüllen, wird die personelle Untersetzung für digitalpolitische Themen in den Fachministerien fortlaufend ausgebaut. Dies gilt auch für die Staatskanzlei, der die Steuerung und Koordination der Digitalpolitik im Land obliegt. In ihrer Funktion führt sie die digitalpolitischen Stränge aus den Ressorts zusammen und achtet bei allen Vorhaben darauf, dass potenzielle Synergien identifiziert und gehoben werden können. Mit der Digitalisierungsstrategie von 2018 wurde bereits eine Vielzahl von operativen Formaten angestoßen und umgesetzt, die wir nach kritischer Bestandsprüfung weiterentwickeln.

Auf höchster politischer Ebene tagt seit 2018 etwa halbjährlich das **Digitalkabinett**, das sich schwerpunktmäßig digitalpolitischen Themen und Vorlagen widmet. Anlassbezogen werden zusätzlich **Amtschefbesprechungen (ABS)** mit digitalpolitischem Schwerpunkt angesetzt. Diese erfolgreichen Formate werden zudem durch einen institutionalisierten **Lenkungskreis der Staatssekretär*innen** aus digitalpolitisch zentralen Ressorts ergänzt. Mit einem Vorlauf von etwa drei Monaten zum jeweils nächsten Digitalkabinett schafft dieser digitalpolitische Lenkungskreis die Möglichkeit der digitalfachlichen Konzentration und einer noch strategischeren Ausrichtung der Digitalkabinette. Diese Formate sollten durch entsprechende Vorbesprechungen auf höherer Arbeitsebene begleitet werden.

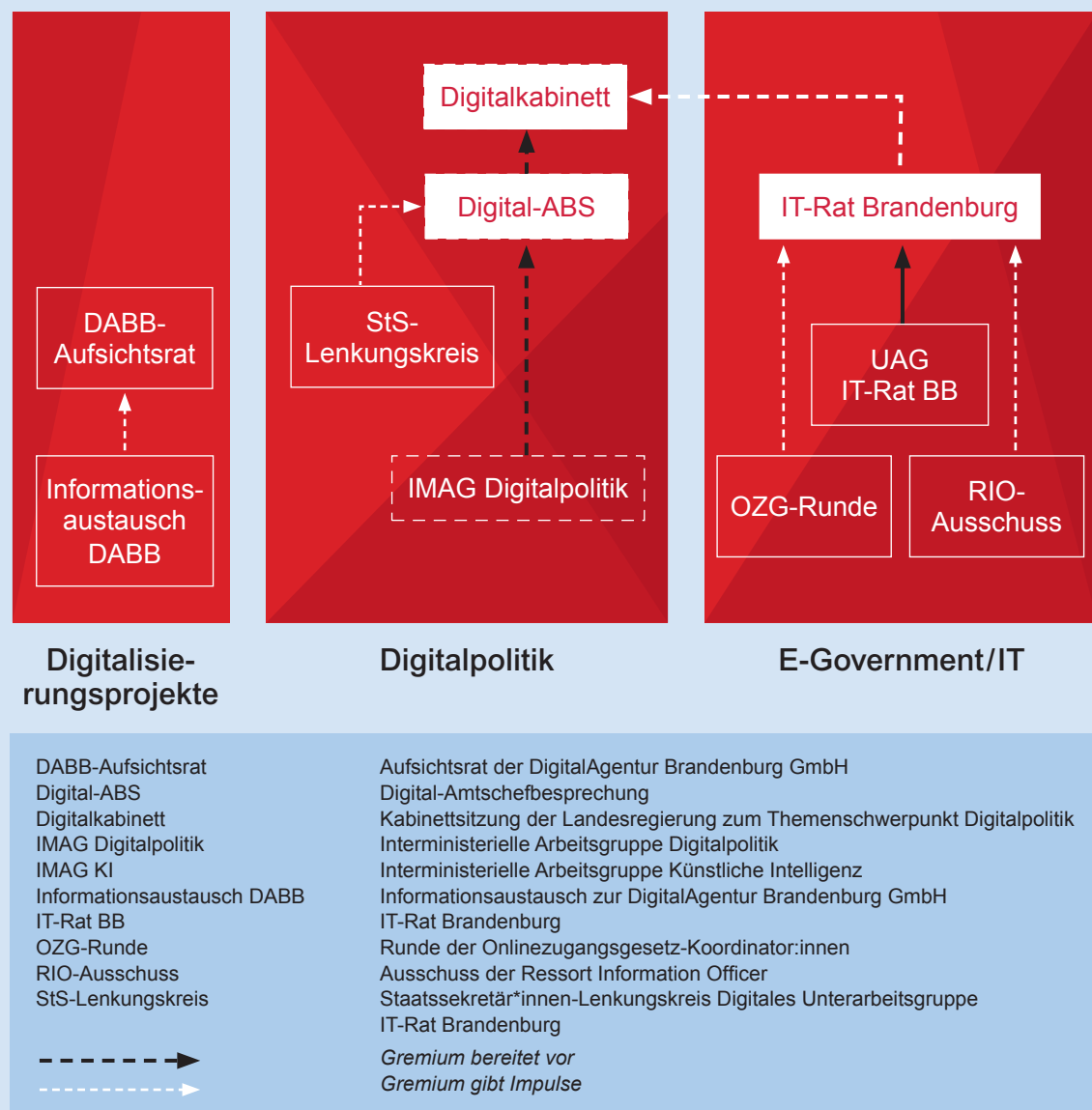
Ein seit 2017 bewährtes Gremium ist die **IMAG zur Digitalpolitik**, in der sich monat-

lich unter Leitung der Staatskanzlei die entsandten digitalpolitischen Koordinator*innen aller Ressorts austauschen. Die Rolle der digitalpolitischen Koordinator*in wurde im Zuge der Einführung der IMAG Digitalpolitik eigens geschaffen und entsprechend ihrer digitalpolitischen Funktion in den Ressorts in verschiedenen Organisationseinheiten vertortet. Die digitalpolitischen Koordinator*innen der Ressorts sind die zentralen Ansprechpartner*innen für die in der IMAG behandelten Themen. Sie wirken zudem als Multiplikator*innen für digitalpolitische Themen in ihren

Häusern, koordinieren ressortintern digitalpolitische Prozesse der Landesregierung, wie etwa die Erstellung des Digitalprogramms und unterstützen die Vernetzung über Referats- und Ressortgrenzen hinaus. In mehreren Ministerien wurden in den letzten Jahren eigene digitalpolitische Stabsstellen geschaffen, die die abteilungsübergreifende Arbeit koordinieren und eine enge Anbindung an die Leitungsebene haben.

Dem Format der IMAG Digitalpolitik wird in den vorliegenden Landtagsbeschlüssen,

Abb. 4: Digitalkoordination im Land Brandenburg



Evaluationen und Gutachten höchstes Potenzial für eine effiziente Digitalkoordination auf Arbeitsebene bescheinigt, das es weiter auszubauen gilt. Der Personalaufwuchs in allen Ressorts im Themenfeld Digitalpolitik sowie die Anbindung an die Regierungsplanungsdatenbank schaffen neue Möglichkeiten, die Digitalkoordination noch effektiver und strategischer als bisher auszugestalten. Entsprechend wird der Auftrag der IMAG geschärft und ausgebaut. Die digitalpolitischen Koordinator*innen werden in den jeweiligen Ministerien – wie im Landtagsbeschluss vom 28. April 2021 (Drucksache 7/3439-B) festgehalten – weiter gestärkt.

Zudem weiten wir verstärkt unseren Blick über die Landesgrenzen von Brandenburg hinaus. Brandenburg hat im Juni 2019 erstmalig alle Digitalkoordinator*innen der Länder in Potsdam versammelt und damit die Grundlage für das **D16-Format** geschaffen, bei dem sich die Digitalminister*innen und -beauftragten aller Bundesländer (mit Gastbeteiligung des Bundes) regelmäßig zum Erfahrungsaustausch zusammenfinden. Brandenburg wird sich auch weiterhin sehr aktiv

in föderale Abstimmungen im Digitalbereich einbringen.

Eine vertiefte **digitalpolitische Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Berlin** ist im Handlungsfeld 6 des „Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion“ (SGHR) vereinbart und wird in den kommenden Jahren intensiviert. Ein noch intensiverer Digitaldialog mit weiteren Nachbarbundesländern wird angestrebt. Darüber hinaus werden wir uns auch weiterhin in digitalpolitische Debatten auf **Bundes- und EU-Ebene** einbringen. Gleiches gilt für einen strukturierten digitalpolitischen **Dialog mit den Kommunen** und kommunalen Spitzenverbänden, der die bisherigen, eher technisch orientierten Formate ergänzen soll. Brandenburg wird Impulse setzen, um das Thema **Digitalpolitik im Bundesrat** stärker und als eigenständiges Thema zu verankern. Denkbar ist etwa die Bildung eines entsprechenden Bundesratsausschusses.

Abbildung 4 gibt einen Überblick über die Digitalkoordination in Brandenburg. Anhang II zeigt die Zusammensetzung der unterschiedlichen Gremien.

3.2 Finanzierung und Personal

Eine erfolgreiche Digitalpolitik bedarf angemessener finanzieller und personeller Rahmenbedingungen, um die Anforderungen der digitalen Transformation gemeinwohlorientiert und für die Bürger*innen zufriedenstellend zu bewältigen. Die Landesregierung setzt bereits umfangreiche Haushaltsmittel (auch als Ko-Finanzierung von Bundesmitteln) ein, um Digitalisierungsvorhaben umzusetzen, etwa in den Schwerpunktthemen Bildung, Gesundheit, Mobilität und Verwaltungsdigitalisierung. Zudem wird ab dem Jahr 2023 ein zentral veranschlagtes und übertragbares OZG-Budget eingerichtet, um eine flexible Reaktion auf OZG-Nachnutzungsangebote im Sinne des EfA-Prinzips („Einer-für-Alle“) zu ermöglichen.

Die angespannte Haushaltslage erfordert darüber hinaus Ansätze, um mit den verfügbaren Mitteln und Personalressourcen drängende Digitalisierungsbedarfe angehen zu können. Dazu gehört auch, ressortübergreifend Potenziale für Synergien und Vernetzungseffekte zu heben. Um dies zu erreichen, beauftragt die Landesregierung die IMAG Digitalpolitik im Verlauf des Jahres 2023, Konzepte zu zentralen Fragen einer zukunftsfähigen finanziellen und personellen Ausstattung von Digitalisierungsvorhaben zu entwickeln. Diese sollen zum einen der Dynamik und den Anforderungen der Digitalisierung Rechnung tragen und zum anderen die Hoheit der Fachministerien in Fragen des Personals und der Finanzen berücksichtigen. Die IMAG Digi-



talpolitik wird daher bei der Konzeptentwicklung ein hohes Maß an Ressortabstimmung sicherstellen und kann für eine effiziente Arbeitsweise Unterarbeitsgruppen einrichten.

Die zu erarbeitenden Ansätze adressieren die folgenden Themen:

- 1. Vorbereitung eines Digitalbudgets für Brandenburg:** Die Landesregierung prüft, wie sie ihre Ausgaben für Digitalprojekte ab dem Haushaltsjahr 2025 als Digitalbudget darstellen kann. Eine abgestimmte systematische Kennzeichnung der Digitalausgaben im Landeshaushalt würde die strategische Gestaltung der Digitalpolitik des Landes unterstützen. Gleichzeitig soll sie besser nachvollziehbar machen, wie die Umsetzung des Digitalprogramms finanziell untersetzt ist. Ein Teil des Budgets soll dabei nach dem Vorbild des OZG-Budgets ausgestaltet werden. Dies stellt eine Möglichkeit dar, Digitalprojekte unterjährig und damit flexibler zu initiieren und zu finanzieren.

Grundlage hierfür ist es, die Digitalausgaben der Landesregierung so schnell wie möglich strukturiert und transparent zu erfassen. Um dies zu erreichen, wird umgehend ein ressortübergreifender Prozess eingeleitet, der in einem Konzept für die Kennzeichnung der Digitalausgaben mündet. Die Kennzeichnungslogik der Digitalausgaben soll sich daher an der Struktur des Digitalprogramms 2025 orientieren.

- 2. Verbesserung der Digitalkompetenzen in der Landesverwaltung:** Neben innovativen Finanzierungsinstrumenten braucht es digital-kompetentes und flexibel einsetzbares Personal für die Umsetzung von Digitalvorhaben. In einem Konzept zur Stärkung der Digitalkompetenzen in der Landesverwaltung sollen dafür verschiedene Ansätze und Maßnahmen ausgearbeitet werden. Die Konzeptentwicklung berücksichtigt die z.B. beim ZIT-BB, ZDPol, ZENIT, TFA sowie in der DABB vorhandenen Ressourcen. Denkbare Ansätze umfassen bspw. das Vorhalten von Digitalexpert*innen („**Stellenpool**“), die Einführung eines Trainee-Programms und die gezielte Gewinnung von Nachwuchskräften. Für die Fortbildung als berufsbegleitende Qualifikation wird zudem angestrebt, einheitliche Qualifizierungslevel auf der Basis des europäischen Referenzrahmens für digitale Kompetenzen zu entwickeln. Die Konzeptentwicklung knüpft zudem an schon bestehende Programme und Maßnahmen an, wie beispielsweise den dualen Studiengang Verwaltungsinformatik an der TH Wildau.

Die genannten Konzepte sollen wichtige ressortübergreifende Eckpunkte für die finanzielle und personelle Untersetzung des Digitalprogramms 2025 definieren. Damit liefern sie auch einen Beitrag zu einer zukunftsfesten Digitalisierung in der Landesverwaltung in Zeiten des Fachkräftemangels und neuer Herausforderungen in der digitalen Welt.

3.3 Kommunikation und Dialog

Mit der wachsenden gesellschaftlichen Relevanz der Digitalpolitik wollen wir im Rahmen des Digitalprogramms 2025 die Kommunikation und den Dialog über die Digitalpolitik im Land vertiefen. Als Querschnittsthema verbindet die Digitalisierung nicht nur verschiedene Fachbereiche, sondern trägt auch zu einer immer stärkeren Vernetzung bei. So

verstehen wir es auch weiterhin als zentrale Aufgabe, Wirtschaft und Wissenschaft sowie zivilgesellschaftliche Akteure über die digitalpolitischen Entwicklungen zu informieren und sie in ihre Gestaltung einzubeziehen. Ziel ist es, neben der Vernetzung und dem Austausch auch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung zu thematisieren.

Vorhabenbox 40:

pioneer4BB – Das MLUK stellt sich den Herausforderungen von morgen

Selbstsicher, effektiv, fokussiert, robust – diese Eigenschaften machen auch ein Landesministerium attraktiv. Um sich diese anzueignen, tauscht sich das MLUK mit agilen und innovativen Unternehmen zu Good Practices aus und verwebt neue Ansätze und Denkweisen mit bestehenden Strukturen. Inspiriert durch Work4Germany pilotiert das MLUK 2022 mit „pioneer4BB“ in derzeit drei Abteilungen ein duales Hospitationsprogramm. Über einen Zeitraum von sechs Monaten bilden Mitarbeiter*innen des Ministeriums ein Tandem mit Expert*innen der Privatwirtschaft, Wissenschaft oder einer Nonprofit-Organisation. Die Tandempartner*innen hospitieren jeweils drei Monate zeit- und ortsflexibel in der Partnerorganisation. Ziel der gegenseitigen Hospitation sind nicht nur der Perspektivwechsel und die Generierung kreativer Ideen und Impulse, sondern insbesondere auch der methodische Kompetenztransfer, um fundiertes Wissen des agilen, kollaborativen und digital gestützten Arbeitens im Ministerium zu etablieren. Im Programm fördert und fordert das MLUK eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Partnerunternehmen und setzt auf ein gemeinsames Lernen in der Praxis mit parallelem Weiterbildungsprogramm. Erfolgsfaktoren des Programms sind die Beteiligung der Führungskräfte, die Öffnung von Experimentierräumen und die Etablierung einer angemessenen Fehlertoleranz im Haus.

Einfach machen: Diesem Motto folgend ist „pioneer4BB“ rechtlich und finanziell schlank gestaltet, sodass die Umsetzung vergleichsweise unproblematisch und schnell erfolgen kann. Der Ansatz ist für das MLUK der erste Schritt hin zu einer lernenden Organisation, die in einer sich stetig wandelnden Welt proaktiv und schnell agiert.

Vorhaben # 83

Zuständiges Ressort: MLUK

Meilensteine: „Halbzeit“ des aktuellen Durchganges/Wechsel der Tandempartner in die Partnerorganisation im September 2022
Abschlussveranstaltung des aktuellen Durchganges im Dezember 2022

Zieldatum: 2022/fortlaufend

Das fördern wir beispielsweise mit der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg – einem Netzwerk, das regionalen Nachhaltigkeits-Initiativen, -Organisationen und -Institutionen offensteht, um ihre Arbeit zusammen für ein nachhaltiges Brandenburg voranzubringen; explizit auch im Kontext Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

Mit der Zukunftsstrategie aus dem Jahr 2018 haben wir den Grundstein für eine transparentere Digitalpolitik im Land gelegt. Zentrale Maßnahmen, wie die Einrichtung einer

Webseite zur Digitalpolitik (www.digitalesbb.de) oder der **monatliche digitalpolitische Newsletter** wurden schnell umgesetzt und informieren seitdem regelmäßig über die wichtigsten digitalpolitischen Vorhaben im Land. Mit der Weiterentwicklung der Zukunftsstrategie zum Digitalprogramm 2025 soll der **Ausbau digitalpolitischer Social-Media-Angebote** intensiviert werden, um kurzfristig und zielgruppengerecht über die digitalpolitische Arbeit der Landesregierung und innovative Digitalprojekte in Brandenburg zu informieren.



Doch auch auf der fachlichen Ebene wollen wir den Austausch und die Möglichkeit zur Beteiligung intensivieren. Mithilfe einer jährlichen **High-Level-Digitalkonferenz** sowie Netzwerkformaten unter Leitung der Digitalbotschafter*innen wollen wir Plattformen für Expert*innen im Digitalbereich ermöglichen und gemeinsam mit ihnen digitalpolitische Schwerpunktthemen diskutieren. Diesen Ansatz des Austauschs verfolgen wir auch auf gesamtdeutscher und europäischer Ebene. Der digitale Raum ohne geografische Grenzen erfordert eine zunehmende Vernetzung auch über die Landesgrenzen Brandenburgs hinweg.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Brandenburg und seine Bürger*innen, Verbände, Vereine und Organisationen sind voller Ideen und Tatendrang. Dieses Potenzial nutzen wir für die Gestaltung der Digitalpolitik, indem wir die Bürger*innenbeteiligung stärken und somit Raum für Anregungen und konstruktive Kritik ermöglichen. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, werden wir dafür ein **Online-Beteiligungsportaal** entwickeln, um die partizipative Demokratie und die elektronische Beteiligung zu fördern. Einen ersten Schritt in

diese Richtung haben wir bereits mit dem Digitalprogramm 2025 gemacht: Während der Erarbeitung des Programms wurde ein breit angelegter **Konsultationsprozess** umgesetzt, bei dem neben einer Online-Umfrage über die Webseite digitalesbb.de und einer Verbändeanhörung auch Dialogformate in verschiedenen Orten in Brandenburg durchgeführt werden.

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass Digitalpolitik nicht nur im digitalen Raum diskutiert und gestaltet werden darf. So sollen auch analoge Formate wie **themenspezifische Regionalkonferenzen und Bürgerdialoge** vor Ort, welche durch die Pandemie stark eingeschränkt bzw. gar nicht möglich waren, wieder verstärkt aufgenommen und umgesetzt werden. Auch offene Innovationsformate, **Wettbewerbe** oder **digitale Schauwindower und Praxislabore** sollen zur Mitgestaltung der Digitalpolitik einladen. So wollen wir niedrigschwellige Angebote schaffen, um möglichst alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen, zum Aufbau digitaler Kompetenzen beizutragen und ein nachhaltiges Interesse für digitalpolitische Themen zu wecken.

3.4 Ausblick

Das Digitalprogramm 2025 wird zügig und entsprechend der skizzierten Zeitleisten umgesetzt. Es wird dafür Sorge getragen, dass die mittel- und langfristigen Maßnahmen mit entsprechenden Ressourcen unteretzt werden.

Durch die Anbindung der Digitalkoordination an die dezentrale Regierungsplanungsdatenbank wird ein fortlaufendes und aktuelles Monitoring der Einzelvorhaben gewährleistet. Verabredete Maßnahmen werden regelmä-

ßig auf Aktualität und Angemessenheit überprüft und bei neuen Herausforderungen oder geänderten Bedingungen ggf. angepasst.

Die Landesregierung wird die Umsetzung des Digitalprogramms 2025 fortlaufend begleiten und dem Landtag in der laufenden und der folgenden Legislaturperiode über die Umsetzung des Digitalprogramms 2025 berichten. Die fortbestehende Berichtspflicht zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie von 2018 wird dabei integriert.

4. Anhang

- I. Vorhaben aus dem #dp25**
- II. Gremien und Akteure der Digitalkoordination in Brandenburg**
- III. Wichtige Dokumente für die Digitalpolitik in Brandenburg**
- IV. Digitalisierungsstrategien der Ministerien und der Staatskanzlei**
- V. Verzeichnisse**

I. Vorhaben aus dem #dp25

Die Maßnahmen für den Weg in die digitale Zukunft weisen unterschiedliche Fortschritts- und Planungsstände auf. Es ist der Landesregierung wichtig, nicht nur finanziell gesicherte Maßnahmen zu skizzieren, sondern darüber hinaus auch die noch nicht unteretzten Ansätze und Konzepte der Ressorts wie eine gute digitale Zukunft in Brandenburg erreicht werden kann, zu dokumentieren. Einige der Maßnahmen bedürfen noch einer haushälterischen Verständigung. Insoweit stellt das Digitalprogramm eine Grundlage für das weitere Vorgehen der Landesregierung bei der Ausgestaltung der Digitalpolitik der Zukunft dar.

Maßnahmenbündel I: Digitale Kompetenzen in allen Lebensphasen sicherstellen

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
1	Fortbildung für Fachkräfte und Ausstattung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit digitalen Endgeräten	MBJS	Auftaktveranstaltung laufend Fortbildungen und Beschaffung von digitalen Endgeräten nach Bedarf in 2022	Ende 2022
s. Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel s. Vorhabenbox 1				
2	Steigerung der Digitalisierungskompetenz von Mädchen und Frauen	MSGIV	Aufnahme des Förderkriteriums in das Merkblatt zur Förderung von Projekten im Bereich der Mädchenarbeit, zur Umsetzung der Ziele des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Landes Brandenburg und zur Stärkung der Arbeit der Frauenzentren für das Haushaltsjahr 2022	2025
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025 s. Vorhabenbox 2				
3	Schul-Cloud Brandenburg	MBJS	Probetrieb und Weiterentwicklung ab 2021 im Verbund mit Niedersachsen und Thüringen	2025
s. Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel s. Vorhabenbox 3				
4	Medienkompetenz stärkt Brandenburg	MBJS	Vernetzung Umsetzung von Projekten und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit	fortlaufend
s. Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel				

Fortsetzung Maßnahmenbündel I: Digitale Kompetenzen in allen Lebensphasen sicherstellen

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
5	Mobile Angebote der medienpädagogischen Bildungsarbeit	MBJS	Ausbau des JIM-Netzwerkes auf ca. 30 Einrichtungen; Weiterbildung von bis zu 100 Pädagog*innen im Rahmen des Transferprogramms „jumbl“ in unterschiedlichen pädagogischen Settings, Coaching und Praxisbegleitung von bis zu 30 Pädagog*innen im Rahmen von „jumbl“ in 2022	fortlaufend
s. Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel s. Vorhabenbox 4				
6	Digitalisierung in den Brandenburger Studentenwerken	MWFK	Unterstützung bei der Etablierung digitaler Beratungsangebote und dem Ausbau der digitalen Verwaltungsinfrastruktur der Studentenwerke	schrittweise bis 2030
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg s. Siehe Vorhabenbox 5				
7	Digital fit durch Weiterbildung (u. a. DigitalCampus Brandenburg)	MBJS	Fortbildungsangebote für Fachkräfte der Erwachsenenbildung in 2022	fortlaufend
s. Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel s. Siehe Vorhabenbox 6				
8	Digitales Qualifizierungs- und Kooperationsnetzwerk für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe – Netquali-BB	MBJS	Erweiterung der Kooperationspartner, des Mediatheks-, Seminar- und Medienangebots	2022
s. Portal für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in Brandenburg s. Siehe Vorhabenbox 7				

Maßnahmenbündel II: Teilhabe an und durch Digitalisierung ermöglichen

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
9	Digitale Barrierefreiheit (Überwachung und Durchsetzung)	MSGIV (LASV)	Überprüfung der Webauftritte aller Landesressorts auf digitale Barrierefreiheit bis 2025 durch die Überwachungsstelle für digitale Barrierefreiheit im LASV	fortlaufend
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025 s. Vorhabenbox 8				
10	Mobile Verbraucherberatung (Digimobil)	MSGIV	Verbraucherberatung und -information per Videochat im Digimobil II ab Anfang 2022	2022
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025				
11	Digital FIT für Seniorenbeiräte	MSGIV (LSBA)	Schulung von jährlich 26 Seniorenbeiräten zu digitaler Kommunikation und Technik	fortlaufend
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025				
12	Smart Surfen	MSGIV	Schulung von Multiplikatoren für die Zielgruppe Senior*innen sowie Feinkonzept für andere Zielgruppen bis Ende 2. Quartal 2022 Aufbau und Pflege von Netzwerken	2024
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025 s. Vorhabenbox 9				
13	Digitale Suchtberatung	MSGIV	Sicherstellung der Landeskoordination im Projekt „DigiSucht“	2022/2023
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025				
14	Unterstützung Schulen/Schulträger bei Planung der Netzanbindung	MBJS (DABB)	Verständigung über erste konkrete Projekte Konzeptentwicklung	2022
s. Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel				
15	Außerschulische Jugendbildung (mgl. Schwerpunkt digitale Jugendbeteiligung)	MBJS (DABB)	Verständigung über erste konkrete Projekte Konzeptentwicklung	2022
s. https://www.digital-agentur.de/veranstaltungen/digitale-jugendarbeit02				

Maßnahmenbündel III:

Daseinsvorsorge durch digitale Angebote stärken

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
16	Digitalisierung der Gesundheitsämter	MSGIV	Erstellung eines Abschlussberichts zur Verwaltungsvereinbarung für die technische Modernisierung der Gesundheitsämter bis Juni 2022	2026
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025 s. Vorhabenbox 10				
17	Digitales Leitkrankenhaus	MWFK (unter Beteiligung MSGIV)	Aufbau des Fundaments für ein Digitales Leitkrankenhaus Ausbau zum Plattform-Anbieter Vernetzung mit den Akteuren der Modellregion Gesundheit Lausitz	2035
s. Vorhabenbox 11				
18	Transferinitiierung zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen	DABB (Stk, MSGIV, MWAE)	Austausch und Vernetzung mit relevanten Akteuren in 2022	2022
19	AG Digitalisierung (Bereich Pflege)	MSGIV (in Kooperation mit den Mitgliedern des Landespflegeausschuss [LPA])	Gewährleistung von Austausch und Vernetzung der Pflegeakteure im Land zu Fragen der Digitalisierung in der Pflege – auch an der Schnittstelle zu angrenzenden Versorgungsbereichen – sowie zur Bekanntmachung von digitalen Angeboten in der Pflege	2023
s. https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/themen/soziales/pflege/landespflegeausschuss/#				
20	Datenerfassung und -aufbereitung zur Digitalisierung in Pflegeeinrichtungen	DABB (Stk, MSGIV, MWAE)	Auswertung der Analysen Visualisierung der Ergebnisse und Kommunikation der Befunde in 2022	2022
s. https://www.digital-agentur.de/schwerpunkte/digitalisierung-in-gesundheit-und-soziales/projekte/digital-radar-pflege				
21	Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung „DigitalPakt Schule 2019-2024“ einschließlich Zusatzvereinbarungen	MBJS	Entwicklung eines elektronischen Katasters Ausbau technischer Infrastruktur an Schulen und Einrichtungen der Lehrkräfteausbildung Entwicklung digitaler Bildungsinfrastruktur	2026
s. Strategische Ziele des MBJS – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel s. Vorhabenbox 12				

Fortsetzung Maßnahmenbündel III: Daseinsvorsorge durch digitale Angebote stärken

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
22	Smart City Manager*in	MIL (DABB)	Durchführung von 3 Schulungsdurchgängen im Zeitraum 2021/2022 Qualifizierung von insg. 45 Verwaltungsmitarbeiter*innen aus Brandenburger Kommunen	2022
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) s. https://mil.brandenburg.de/mil/de/presse/detail/~14-03-2022-smart-city-managerin# s. https://www.digital-agentur.de/schwerpunkte/smart-city-and-regions/projekte/qualifizierung-zum-smart-city-manager				
23	Fachliche Begleitung bei relevanten Fördermöglichkeiten für Smart Cities/ Smart Regions	DABB (MIL, Stk)	fortlaufende Bereitstellung von Informationen und regelmäßigen Austauschformaten	2022
s. https://www.digital-agentur.de/schwerpunkte/smart-city-and-regions/projekte/modellprojekte-smart-cities-transfer-unterstuetzung				
24	Begleitung der Kommunen bei der Entwicklung einer Digitalstrategie	DABB (MIL)	fortlaufende Bereitstellung von Informationen und regelmäßigen Austauschformaten	2022
s. https://www.digital-agentur.de/schwerpunkte/smart-city-and-regions/projekte/baukasten-zur-strategieentwicklung				
25	Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“	MIL	Umsetzung von 8 Modellvorhaben Wissenstransfer und fachlicher Austausch über Fachkonferenzen, Transferwerkstätten und Vernetzung	2022
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)				
26	Fortschreibung der Mobilitätsstrategie 2030	MIL	Online-Konsultation August/September 2022 geplant; Fertigstellung im 4. Quartal 2022	2022
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) s. Vorhabenbox 13				

Maßnahmenbündel IV:

Gesellschaftlichen und kulturellen Austausch im Digitalen fördern

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
27	Digitale Transformation von Kultureinrichtungen	MWFK	Unterstützung der Entwicklung eigener Digitalstrategien an Kultureinrichtungen bis 2025 Ausstattung von ersten Kultureinrichtungen mit zeitgemäßer digitaler Infrastruktur bis 2023	2030
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 14				
28	Das kulturelle Erbe digital sichern und bewahren, zugänglich und erlebbar machen	MWFK	Projektförderung zur digitalen Erschließung analoger Originale bis 2025	2030
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 15				
29	Entwicklung von Nutzungsmöglichkeiten für kommunale und öffentliche Archive am Verbundsystem der Digitalen Archivierung Nord	MWFK	Schaffung einer Supportstruktur (Modell) bis 2024	2025
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg				
30	Kooperationsplattform KI-Brandenburg	MWFK (DABB)	Plattformunterstützung des Strategieprozesses Künstliche Intelligenz in 2022	2022
31	Kooperationsplattform Brandenburg für kommunale Vernetzung	DABB (MWAE, Stk)	Etablierung eines Regel-Veranstaltungsformats zu themenrelevantem Transfer in 2022	2022
32	Den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärker in der digitalen Welt verankern	Stk	Abstimmung im Länderkreis	2023
s. Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 16				

Maßnahmenbündel V: Nachhaltigkeit durch digitale Instrumente unterstützen

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
33	Nachhaltige Lebensmittelkette – digitale Lösungen	MLUK	Identifikation von Projekten Initiierung von Projekten	2025
	s. Vorhabenbox 17			
34	Digitales Arten-Monitoring	MLUK	Pilotierung einer Art bis 2022	fortlaufend
	s. Vorhabenbox 18			
35	Gesamtbetriebliche Qualitäts-Sicherung für landwirtschaftliche Unternehmen (GQS Hof-Check)	MLUK	Etablierung der Erweiterung GQS Umweltaudit 2022	2023
	s. MLUK-Maßnahmenkatalog – Anlage zur „Digitalpolitischen Ressortstrategie“			
36	Green-IT Strategie Brandenburg	MIK	Projektierung noch ausstehend	2025
	s. IT-Standards der Landesverwaltung Brandenburg s. Vorhabenbox 19			
37	Ökobilanz-Dashboard für Kommunen pilotieren	DABB (MLUK, Stk, MIL)	Identifizierung Anwendungsszenarien/Bedarf in 2022	2022
	s. https://www.digital-agentur.de/schwerpunkte/digitaler-gruener-sektor/projekte/kommunales-dashboard-umweltdaten			

Maßnahmenbündel VI: Digitale Transformation der Wirtschaft fördern

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
38	Weiß-Flecken-Ausbau über die Richtlinie des Bundes	MWAE	Sukzessiver Ausbau und Inbetriebnahmen aller 37 bewilligten Projektgebiete von 17 brandenburgischen Landkreisen und drei kreisfreien Städten	12/2025
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
39	Graue-Flecken-Ausbau über die Richtlinie des Bundes	MWAE	Erste Antragstellungen brandenburgischer Gebietskörperschaften beim Land zur landesseitigen Beteiligung	2023/2024
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
40	Fortführung der Fördergegenstände in BIG-Digital	MWAE	Die Richtlinie läuft derzeit bis 31.12.2023. Die Fördergegenstände im BIG-Digital sollen bis über 2025 hinaus fortgeführt werden, um eine laufende Förderung von KMU zu gewährleisten.	fortlaufend
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 20				
41	Fortführung der Förderung der brandenburgischen Kompetenzzentren	MWAE	Überarbeitete WTT-Richtlinie soll Mitte/Ende 2022 in Kraft gesetzt werden, die die (vorübergehende) Förderung von Kompetenzzentren für den Wissens- und Technologietransfer vorsieht	fortlaufend
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 21				
42	Wettbewerb Digitale Orte	MWAE	Ende 2022 Start des ersten Wettbewerbs; 2024 voraussichtlich letzter Call.	2024
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 22				
43	Industriestrategie	MWAE	Abschlussbericht und Strategieentwurf	Mitte 2023
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
44	GRW-Innovationscluster „Volumetric Capture Studio Babelsberg (Volucap GmbH)“	MWAE	Errichtung des volumetrischen Studios Erweiterung des volumetrischen Studios	2024
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
45	LED Studio „Volume“ (Dark Bay GmbH, GRW-G)	MWAE	Errichtung des LED Studios Erweiterung des LED Studios	2023
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				

Fortsetzung Maßnahmenbündel VI: Digitale Transformation der Wirtschaft fördern

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
46	Energieportal des Landes Brandenburg	MWAE	Pilotphase zwischen 30.4.2022 und 31.12. 2022	Uneingeschränkte Inbetriebnahme am 1.1.2023
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
47	Touristische Dateninfrastruktur	MWAE	(Weiter-)Entwicklung touristischer Daten(bank)systeme, u. a.: Tourism Data Hub mit Open Data als Web-service (bis 2022) landesweite touristische Mediendatenbank (bis 2022) Datensystem für Gästekarte „BrandenburgCard“ (bis 2022/23) Buchungsverbund Brandenburg (bis 2023) Tourism Visitor Hub (bis 2024)	fortlaufend
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
48	Digitales Besuchermanagement	MWAE	Weiterentwicklung und flächendeckende Bereitstellung der Software „MeinBrandenburg“ zur Darstellung von Gästeinformationen auf verschiedenen digitalen Endgeräten Entwicklung eines zentralen Tourism Visitor Hubs für technologiebasiertes Besuchermanagement in Tourismusorten (bis 2024) Förderprogramm für digitale Gästeinformation und touristische Besucherlenkung (Digi-Tour-Invest, bis Ende 2022)	fortlaufend
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
49	Digitales touristisches Wissensmanagement	MWAE	Weiterentwicklung des B2B-Online-Portals "Tourismusnetzwerk Brandenburg" Entwicklung und Einsatz digitaler Software-Tools für touristische Betriebe und Organisationen (u. a. „meintracy“ zur Messung der Leistungsfähigkeit von Websites) digitale Schulungs- und Weiterbildungsformate	fortlaufend
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				

Fortsetzung Maßnahmenbündel VI: Digitale Transformation der Wirtschaft fördern

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
50	KI-Strategie für die Wirtschaft	MWAE	12/2021 Veröffentlichung 02/2022	Umsetzung ab 2022
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
51	Lausitzer Zentrum für Künstliche Intelligenz (LKZI) (im Rahmen des JTF; Lausitz)	MWFK/MWAE	Einrichtung eines Infrastruktur- und Dienstleistungszentrums Einrichtung eines fakultätsunabhängigen integrierten Forschungs- und Anwendungszentrum für KI bei der BTU Einbindung assoziierter außer-universitärer Forschungseinrichtungen in der Lausitz Einrichtung einer Koordinierungs- und Technologietransferstelle für das LZKI	2023 – 2027
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
52	5G-Strategie Brandenburg	MWAE	Ausschreibung 06/2022	Erstellung 2022
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
53	Fach- und Arbeitskräfte-strategie	MWAE	Kabinettsbeschluss 8. März 2022; Umsetzung bis Ende der Legislaturperiode	Mindestens bis Ende Legislaturperiode
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
54	Weiterführung des Regionalen Zukunftszentrums Brandenburg	MWAE	04/2022: Folgerichtlinie des BMAS für den Zeitraum 2023 bis 2025 ca. 09/2022: Antragsverfahren für die Fortführung der Förderung unter Einbeziehung des MWAE (Steuerungsgruppe). Ziel ist die Weiterführung des erfolgreichen Projekts mit Landeskofinanzierung ab 2023	Ende 2025: Entscheidungen über ein mögliches Folgeprojekt bzw. Alternativen
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				
55	Kompetenzzentrum Kfz der HwK Frankfurt (Oder) – Digitalisierung und Vernetzung mit Automotive Ethernet	MWAE	2022: Beginn der Förderung von Bund und Land BB im Rahmen der Richtlinie des BMWi zur investieren Förderung von ÜBS und deren Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren	2025: Ende der Landesförderung
s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg				

Fortsetzung Maßnahmenbündel VI: Digitale Transformation der Wirtschaft fördern

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
56	Innovation Campus Schwedt/Oder: Teilprojekte „Ausbildungs- und Simulationszentrum“ und „Virtueller Campus“ (im Rahmen des JTF; Uckermark)	MWAE	Aufbau eines Simulatorzentrums (inkl. Nutzung digitaler Zwillinge und immersiver Technologien) zur beruflichen Ausbildung, Weiterbildung, FuEul insbesondere im Bereich der Prozessindustrie Schaffung virtueller Angebote für Bildung, FuE und Technologietransfer des Innovation Campus Verzahnung mit Maker Spaces und Co-Workings	2023 – 2027

s. Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg

Maßnahmenbündel VII: Verwaltung und ihre Dienstleistungen modernisieren

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
57	Auskunftsplattform Wasser	MLUK	Q3/2022: Relaunch Abfragewerkzeuge zu Umweltfachdaten in Verbindung mit Wasserfachdaten Q4/2022: Weiterentwicklung: Etablierung eines Werkzeugs zur Grundwasserbilanzierung Q3/2023: Weiterentwicklung: Integration von Zeitreihen zur Oberflächengewässergüte	fortlaufend
s. Vorhabenbox 23				
58	Gründung eines Digital-Labors in der Staatskanzlei	Stk	Q3/2022: Auftakttreffen Q4/2022: Konzeptentwicklung	2022
s. Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 24				
59	E-Government-Strategie	MIK	IT-Basiskomponenten werden sukzessive zur Verfügung gestellt, Verfügbarkeiten sind aktuell unter https://ozg.brandenburg.de/ozg/de/bausteine/it-basiskomponenten/abrufbar. Insbesondere die nach EfA-Prinzip bereitgestellten und priorisierten Verwaltungsleistungen des OZG werden zur Nachnutzung in Brandenburg übernommen. Die E-Fördermittelakte und die E-Personalakte werden zur Verfügung gestellt (bis 2022). Evaluierung des BbgEGovG durch die Landesregierung (bis 2023). Die Behörden des Landes führen ihre Akten grundsätzlich elektronisch (bis 2024).	fortlaufend
s. e-Government-Strategie des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 25				
60	Online-Bezahlmodul Bußgeldstelle	MIK	Implementierung der IT-Basiskomponente „elektronische ePayBL-Bezahlplattform“	2022
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK) s. Vorhabenbox 26				

Fortsetzung Maßnahmenbündel VII: Verwaltung und ihre Dienstleistungen modernisieren

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
61	Potenzialanalyse daten- basierte Verwaltung	Stk	Q3/2022: Erstellung Impulspapier Q3/2022: Workshop zum Mapping von Anwendungsfeldern in der Staatskanzlei Q4/2022: Bericht Potenzialanalyse liegt vor Q4/2022: Workshop zu Ergebnissen der Potenzialanalyse und Sammlung möglicher Pilotprojekte Q1/2023: Workshop zur Ausarbeitung von Pilotprojekten Q2/2023: Steckbriefe für Pilotprojekte liegen vor	2023
s. Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 27				
62	Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens	MIL	Pilotierung ab 2022 anschließend landesweite Überführung	fortlaufend
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) s. Vorhabenbox 28				
63	Grundsteuerreform – Entwicklung und Bereitstellung von Informationswerkzeugen	MdFE	„Grundsteuer-Viewer“ bis 2022	2024
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 29				
64	Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“	MIK	Anschluss weiterer Ausländerbehörden an den „Online-Dienst § 24 AufenthG“ für Geflüchtete aus der Ukraine Weiteres Ausrollen des Online-Diensts „Daueraufenthaltsbescheinigung“	2022
s. e-Government-Strategie des Landes Brandenburg s. https://ozg.brandenburg.de/ozg/de/# s. Vorhabenbox 30				
65	Landesserviceportal – service.brandenburg.de	MIK	Ausbau Mehrsprachigkeit Darstellung Lebenslagen Weiterentwicklung und Optimierung Nutzerführung und Usability von Suchfunktion Menüführung, Darstellung	fortlaufend
s. e-Government-Strategie des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 31				

Fortsetzung Maßnahmenbündel VII: Verwaltung und ihre Dienstleistungen modernisieren

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
66	Planungsportal Brandenburg	MIL	Modul: Online-Beteiligung nach dem Baugesetzbuch Modul: Umsetzung Baulückenkataster bis 2023 Modul: XPlanungsserver bis 2024 Modul: Virtuelle Genehmigungsbehörde bis 2026	2026
s. Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) s. Vorhabenbox 32				
67	Bereitstellung von Open Data	MIK (Umsetzung der Datenstrategie in Kooperation mit DABB)	Entwicklung einer Datenstrategie (2022) Umsetzung der Datenstrategie (fortlaufend; mit DABB) gesetzliche Open-Data-Regelung Optimierung des Open-Data-Portals DatenAdler.de (fortlaufend) Akquise weiterer Datenbereitsteller (fortlaufend) Erweiterung des Datenbestandes (fortlaufend)	fortlaufend
s. Vorhabenbox 33				

Maßnahmenbündel VIII: Hoheitliche Aufgaben digital erfüllen

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
68	Flächendeckende Einführung der elektronischen Verfahrensakte (E-Akte) in der Justiz des Landes Brandenburg	MdJ	Flächendeckende Einführung der elektronischen Akte in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg bis zum 1. Januar 2026	2026
s. Digitale Agenda des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 34				
69	Sitzungssaalausstattung und W-LAN in Brandenburger Gerichtsgebäuden	MdJ	Evaluation der Pilotanlage im Landgericht Neuruppin 2022	fortlaufend bis 2026
s. Digitale Agenda des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg s. Vorhabenbox 35				
70	Schaffung eines modernen Arbeitsplatzes der Zukunft in der Polizei	MIK	Projektierung noch ausstehend	fortlaufend
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK) s. Vorhabenbox 36				
71	Schutz kritischer Infrastrukturen	MIK	Projektierung noch ausstehend	fortlaufend
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK) s. Vorhabenbox 37				
72	IT-gestützte Waldbrand-früherkennung	MLUK	Evaluierung und Vernetzung mit Leitstellen der Feuerwehr	fortlaufend
s. Digitalpolitische Ressortstrategie – Digitalisierung im Dienst von Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz s. Vorhabenbox 38				
73	Hochwassermeldezentrum	MLUK	Projektierung noch ausstehend	2025
s. Vorhabenbox 39				
74	Konsolidierung der Fachverfahren	MIK	Projektierung noch ausstehend	2030
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)				
75	Gewährleistung von Akteneinsichten im Abrufverfahren Bußgeldstelle	MIK	Auftragserteilung bis 2021	2022
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)				
76	Digitale Antragsstelle Verfassungsschutzgesetz	MIK	Einführung bis 2022	2022
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)				
77	Digitale Antragsstelle Sicherheitsüberprüfungsgesetz	MIK	Einführung bis 2023	2023
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)				

Maßnahmenbündel VIII: Hoheitliche Aufgaben digital erfüllen

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
78	Virtuelle Behörde	MIK	Test und Einführung des Systems bis 2024	2025
s. Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (ReDiStra-MIK)				
79	e-Rechnung	MdFE	Schnittstelle für Rechnungsempfänger*innen in 2021	2021
s. Digitalisierungsstrategie des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg				

Vorhaben: Steuerung & Koordination

#	Titel	Zuständigkeit	Ausgewählte Meilensteine	Zieldatum
80	Intensivierung Ausbau digitalpolitischer Social-Media-Angebote	Alle	Projektierung noch ausstehend	ab 2022
s. Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg				
81	Jährliche High-Level-Digitalkonferenz	Stk	Projektierung noch ausstehend	ab 2022
82	Entwicklung eines Online-Beteiligungsportals	Stk	Projektierung noch ausstehend	ab 2023
s. Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg				
83	pioneer4BB (Hospitationsprogramm)	MLUK	„Halbzeit“ des aktuellen Durchganges und Wechsel der Tandempartner in die Partnerorganisation im September 2022 Abschlussveranstaltung des aktuellen Durchganges im Dezember 2022	2022/ fortlaufend
s. Vorhabenbox 40				

II. Gremien und Akteure der Digitalkoordination in Brandenburg

	Vorsitz	Ebene	Stk	MIK	MWAE	MdFE	MSGIV	MBJS	weitere Ressorts	ZIT-BB	LKT	StGB	DIKOM	DABB	ILB
Digitalkabinett	Stk	Min.	x	x	x	x	x	x	x						
Digital-ABS	Stk	StS	x	x	x	x	x	x	x						
StS-Lenkungs-kreis	Stk	StS	x	x	x	x	x								
IMAG Digitalpolitik	Stk	RL/Ref.	x	x	x	x	x	x	x						
IT-Rat BB	MIK	StS	x	x	x	x				x	x	x			
UAG IT-Rat BB	MIK	Ref.	x	x	x	x				x	x	x			
OZG-Runde	MIK	Ref.	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x		
RIO-Ausschuss	MIK	Ref.	x	x	x	x	x	x	x	x					
DABB-Aufsichtsrat	MWAE	StS	x	x	x		x	x						x	x
Informations-austausch DABB	MWAE	RL/Ref.	x	x	x	x	x	x	x					x	

Gremien			
Digital-ABS	Digital-Amtscheffbesprechung	MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
StS-Lenkkreis	Staatssekretär*innen-Lenkkreis Digitales		
IMAG Digitalpolitik	Interministerielle Arbeitsgruppe Digitalpolitik	MIK	Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg
IT-Rat BB	IT-Rat Brandenburg		
UAG IT-Rat BB	Unterarbeitsgruppe IT-Rat Brandenburg	MdFE	Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg
OZG-Runde	Runde der Onlinezugangsgesetz-Koordinator*innen	MSGIV	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
RIO-Ausschuss	Ausschuss der Ressort Information Officer		
DABB-Aufsichtsrat	Aufsichtsrat der DigitalAgentur Brandenburg GmbH	MWAE	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg
Informations-austausch DABB	Informationsaustausch zur DigitalAgentur Brandenburg GmbH	StGB	Städte- und Gemeindebund
		Stk	Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Akteure		ZIT-BB	Brandenburgischer IT-Dienstleister
DABB	DigitalAgentur Brandenburg GmbH		
DIKOM	Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg	Ebenen	
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg	Min.	Minister*in
		Ref.	Referent*in
		RL	Referatsleiter*in
LKT	Landkreistag	StS	Staatssekretär*in

III. Wichtige Dokumente für die Digitalpolitik in Brandenburg

Cassini AG. 2021. Handlungsfähigkeit in Krisen sichern – Evaluation der Digitalen Resilienz des Landes Brandenburg. https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/09/210624_Evaluation-der-Digitalen-Resilienz_mit-Vorwort.pdf

Landesregierungen Brandenburg und Berlin. 2021. Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. https://www.berlin-brandenburg.de/_assets/sgr_grundlagen-text_juni_2021.pdf

Länder Berlin und Brandenburg (Hrsg.). 2019. innoBB 2025 Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg. https://innobb.de/sites/default/files/2020-01/inno_bb_2025_a4-broschuere_final_download_0.pdf

Landesregierung Brandenburg. 2019. Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit – Ein neues Kapitel für Brandenburg. Gemeinsamer Koalitionsvertrag von SPD Brandenburg, CDU Brandenburg, Bündnis 90 Die Grünen Brandenburg. https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf

Landesregierung Brandenburg (Hrsg.). 2019. Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg – Beschluss der Landesregierung Brandenburg vom 11.12.2018. https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2019/08/190529_Brosch%C3%BCre_A4_Gesamtstrategie_web.pdf

Ministerium des Innern und für Kommunales. 2021. e-Government-Strategie des Landes Brandenburg – Verwaltung. Einfach. Online. https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/09/20210921_eGovStrategie_LandBB.pdf

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie. 2022. Strategie zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz in brandenburgischen Unternehmen. <https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/KI-Strategie-Wirtschaft-Brandenburg.pdf>

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK). 2020. Open-Access-Strategie des Landes Brandenburg. https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/MWFK_Open_Access_DIN_A4_BARRIEREFREI.pdf

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) (Hrsg.). 2017. Transferstrategie Brandenburg – Verbesserung der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/MWFK_Transferstrategie_DIN_A4_2019-12-13.pdf

Prognos AG. 2020. Abschlussbericht – Evaluation der „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“. https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2020/10/Eval-Digitstrat-BB_Evaluationsbericht.pdf

IV. Digitalisierungsstrategien der Ministerien und der Staatskanzlei

Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK). Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales (Re-DiStra-MIK), https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/10/20211020_MIK_Digitalisierungsstrategie_V1_0_1.pdf

Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK). e-Government-Strategie des Landes Brandenburg, https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/09/20210921_eGovStrategie_LandBB.pdf

Ministerium der Justiz (MdJ). Digitale Agenda des Ministeriums der Justiz des Landes Brandenburg, [https://mdj.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Digitale Agenda %28RS%29.pdf](https://mdj.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Digitale_Agenda_%28RS%29.pdf)

Ministerium der Finanzen und für Europa (MdFE). Digitalisierungsstrategie des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, <https://mdfe.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/220111%20Digitalisierungsstrategie%20MdFE.pdf>

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE). Fortschreibung des Handlungsrahmens für die Digitalisierung der Wirtschaft des Landes Brandenburg, https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Digitalisierung_Wirtschaft_strategischer_Handlungsrahmen_Fortschreibung.pdf

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL). Digitale Agenda des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), <https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/10/398-21-MIL-Digitale-Agenda-MIL-Strategie.pdf>

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ). Strategische Ziele des MBSJ – Bildung, Jugend und Sport im digitalen Wandel, https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/bildung%2C_jugend_und_sport_im_digitalen_wandel_26.pdf

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK). Digitale Agenda des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/MWFK_digitaleAgenda.pdf

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV). Digitalisierungsstrategie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz 2021 – 2025, https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/10/Digitalisierungsstrategie_MSGIV_2021_2025.pdf

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK). Digitalpolitische Ressortstrategie – Digitalisierung im Dienst von Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz, https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/11/05a_Digitalpolitische-Ressortstrategie-des-MLUK-1.pdf

Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Besser vernetzt. Gemeinsam digital. Digitalisierungsstrategie der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, https://digitalesbb.de/wp-content/uploads/2021/09/210617_Digitalisierungsstrategie-der-Stk_Veroeffentlichung-210907.pdf

V. Verzeichnisse

Infoboxen

Infobox 1:	Die 10 Thesen des Digitalbeirats	8
Infobox 2:	Digitalisierung für Nachhaltigkeit – nachhaltige Digitalisierung	11
Infobox 3:	„Digitale Resilienz“ – Was ist das?	13
Infobox 4:	Verflechtung mit Berlin – Schwerpunktthemen im Handlungsfeld 6 „Digitale Transformation“ des SGHR	14
Infobox 5:	Innovative Infrastrukturen für strukturschwache Räume	15
Infobox 6:	Smarte Städte und Smarte Regionen	16
Infobox 7:	Modellprojekt Coworking-Space	18
Infobox 8:	„Precision Farming“ und Landwirtschaft 4.0	21
Infobox 9:	Anforderungen an Digitalvorhaben – Datenschutz und Informationssicherheit	23
Infobox 10:	Erprobung telemedizinischer Anwendungen	25
Infobox 11:	Daseinsvorsorge in der digitalen Welt	42
Infobox 12:	Telemedizin, Telematik und ihre Anwendungen	44
Infobox 13:	Datengestützte Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel	53
Infobox 14:	Waldbrand-Früherkennung	53
Infobox 15:	Bekämpfung von Kriminalität im digitalen Raum	76

Vorhabenboxen

Vorhabenbox 1:	Fortbildung für Fachkräfte und Ausstattung von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit digitalen Endgeräten	28
Vorhabenbox 2:	Steigerung der Digitalisierungskompetenz von Mädchen und Frauen	29
Vorhabenbox 3:	Schul-Cloud Brandenburg	30
Vorhabenbox 4:	Mobile Angebote der medienpädagogischen Bildungsarbeit	30
Vorhabenbox 5:	Digitalisierung in den Brandenburger Studentenwerken	32
Vorhabenbox 6:	Digitale Erwachsenenbildung und DigitalCampus Brandenburg	33
Vorhabenbox 7:	Digitales Qualifizierungs- und Kooperationsnetzwerk für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe – Netquali-BB	34
Vorhabenbox 8:	Digitale Barrierefreiheit	37
Vorhabenbox 9:	Smart Surfen	39
Vorhabenbox 10:	Digitalisierung der Gesundheitsämter	43
Vorhabenbox 11:	Digitales Leitkrankenhaus	44
Vorhabenbox 12:	DigitalPakt Schule	46
Vorhabenbox 13:	Fortschreibung der Mobilitätsstrategie 2030	46
Vorhabenbox 14:	Digitale Transformation von Kultureinrichtungen	49

Vorhabenbox 15:	Das kulturelle Erbe digital sichern und bewahren, zugänglich und erlebbar machen	50
Vorhabenbox 16:	Den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärker in der digitalen Welt verankern	51
Vorhabenbox 17:	Nachhaltige Lebensmittelkette – digitale Lösungen	54
Vorhabenbox 18:	Digitales Arten-Monitoring	55
Vorhabenbox 19:	Green-IT Strategie in Brandenburg	55
Vorhabenbox 20:	Fortführung der Fördergegenstände in BIG-Digital	57
Vorhabenbox 21:	Förderung von Innovations- und Kompetenzzentren	58
Vorhabenbox 22:	Wettbewerb Digitale Orte	60
Vorhabenbox 23:	Auskunftsplattform Wasser	62
Vorhabenbox 24:	Gründung eines Digital-Labors in der Staatskanzlei	63
Vorhabenbox 25:	E-Government-Strategie	64
Vorhabenbox 26:	Online-Bezahlmodul Bußgeldstelle	65
Vorhabenbox 27:	Potenzialanalyse datenbasierte Verwaltung	66
Vorhabenbox 28:	Baugenehmigungsverfahren digitalisieren	67
Vorhabenbox 29:	Grundsteuerreform – Entwicklung und Bereitstellung von Informationswerkzeugen	67
Vorhabenbox 30:	Federführung für das OZG-Themenfeld „Ein- und Auswanderung“	68
Vorhabenbox 31:	Landesserviceportal Brandenburg – service.brandenburg.de	68
Vorhabenbox 32:	Planungsportal Brandenburg	70
Vorhabenbox 33:	Bereitstellung von Open Data	71
Vorhabenbox 34:	Flächendeckende Einführung der elektronischen Verfahrensakte (E-Akte) in der Justiz des Landes Brandenburg	73
Vorhabenbox 35:	Sitzungssaalausstattung und W-LAN in Brandenburger Gerichtsgebäuden	74
Vorhabenbox 36:	Schaffung eines modernen Arbeitsplatzes der Zukunft in der Polizei	74
Vorhabenbox 37:	Schutz kritischer Infrastrukturen	76
Vorhabenbox 38:	IT-gestützte Waldbrandfrüherkennung	77
Vorhabenbox 39:	Hochwassermeldezentrum	77
Vorhabenbox 40:	pioneer4BB – Das MLUK stellt sich den Herausforderungen von morgen	83

Abbildungen

Abb. 1	Der Beteiligungsprozess des Digitalprogramms 2025	5
Abb. 2	Leitebenen und Rahmenbedingungen für das Digitalprogramm 2025	10
Abb. 3	Dimensionen und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Digitalen Resilienz	13
Abb. 4	Digitalkoordination im Land Brandenburg	80

Abkürzungsverzeichnis

#dp25	Digitalprogramm 2025
ABS	Amtschefbesprechungen
AG	Arbeitsgruppe
BB	Brandenburg
BbgDSG	Brandenburgisches Datenschutzgesetz
BIG	Brandenburgischer Innovationsgutschein
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
CTK	Carl-Thiem-Klinikum
DABB	DigitalAgentur Brandenburg
DIKOM	Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
E-Akte	Elektronische Akte
GFZ	Deutsches GeoForschungsZentrum
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
HwK	Handwerkskammer
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe
IoT	Internet of Things
JIM	Jugendinformations- und Medienzentren
JTF	Just Transition Fonds
IT	Informationstechnologie
IUC	Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus
KI	Künstliche Intelligenz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KRITIS	Kritische Infrastrukturen
KVP	Kontinuierlicher Verbesserungsprozess
MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
MdFE	Ministerium der Finanzen und für Europa
MdJ	Ministerium der Justiz
MIK	Ministerium des Innern und für Kommunales
MIL	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
MLUK	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
MSGIV	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz
MWAE	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie
MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
OZG	Onlinezugangsgesetz
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ReDiStra-MIK	Ressort-Digitalisierungsstrategie des Ministeriums des Innern und für Kommunales
RES	Regionalentwicklungsstrategie
RIO-Ausschuss	Ausschuss der Ressort Information Officer
SGB	Sozialgesetzbuch
SGHR	Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg
SLP	Strategische Leitpläne
StaF	„Stärkung der technologischen und anwendungsnahen Forschung an Wissenschaftseinrichtungen im Land Brandenburg“
Stk	Staatskanzlei
TFA	Technisches Finanzamt
ViP	Verkehrsbetriebe in Potsdam
ZDT	Zentrum der brandenburgischen Hochschulen für digitale Transformation
ZDPol	Zentraldienst der Polizei
ZenIT	Zentraler IT-Dienstleister der Justiz des Landes Brandenburg
ZIT-BB	Brandenburgischer IT-Dienstleister

#dp25

